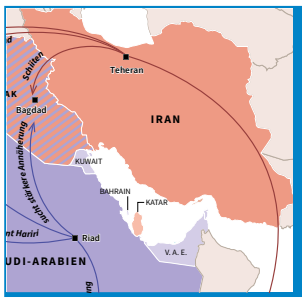
ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 12 (40) Dezember 2017/ Kislew – Tewet 5778 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €



Der iranische Eroberungszug im Nahen Osten
Nach dem Untergang des IS füllt Teheran das entstandene Machtvakuum
SEITE 8-9

Es brent, Brider, es brent!
Der jiddische Komponist Mordechai Gebirtig
SEITE 29

Lichtige und … ölige Chanukka
Warum am Chanukka Pfannkuchen gegessen werden
SEITE 38

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

es ist wieder soweit. Die Dezember-Ausgabe unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU liegt druckfrisch vor Ihnen. Das Jahr 2017 ist in seine letzte Phase getreten und wird sehr bald nur noch eine weitere Geschichtszahl sein.

Ihnen allen, unseren Lesern, danken wir für Ihre beständige Treue, für Ihre Anregungen und für Ihr stetes wohltuendes und wohlwollendes Interesse an der Arbeit unserer Redaktion und unserer Autoren.

Die Zahl unserer Leser hat auch in diesem bewegten Jahr 2017 weiter zugenommen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere den Gegebenheiten der Zeit entsprechenden, keinerlei Fakten ausblendenden, nicht selten kritischen und unbequemen Beiträge nicht nur von unseren jüdischen, sondern auch von unseren nicht-jüdischen Lesern immer häufiger als unverzichtbare authentische Alternative, Informationsquelle und Korrektiv der vielfach gleichsinnig-einseitigen, verzerrten und Fakten-filternden Israel-aversen Darstellung der regierungsnahen öffentlich-rechtlichen und anderer Mainstreammedien angenommen werden.

„Die Jüdische Rundschau ist eine kleine Wasserstelle der Freiheit in der Steppe der hiesigen Presse“ ist nur eines von vielen Zitaten aus den Reihen unserer Lesergemeinde, das uns mit Stolz und großer Genugtuung erfüllt. Ihr Zuspruch ist für uns vor allem Motivation und Verpflichtung, dem hohen Anspruch an unsere Inhalte als unabhängige jüdische Zeitung auch künftig gerecht zu werden und auch weiterhin konsequent, unbestechlich und kompromisslos gegen Antisemitismus und gegen die Delegitimierung des demokratischen jüdischen Staates, für die jüdische Sache, für Israel und für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.

Das bevorstehende Jahresende ist auch Anlass eine erste Würdigung der hinter uns liegenden elf Monate dieses Jahres 2017 zu wagen.

Seite 2 ▶▶

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

4 198807 003709 12

Qumran-Rollen: Wem gehört die jüdische Geschichte?

GALI TIBBON, AFP

Von Alexandra Margalith

Inzwischen wissen wir, dass man in Deutschland auf eine Ausstellung der Qumran-Rollen aus Israel wird verzichten müssen. Grund dafür ist, dass die deutsche Regierung, anders als zum Beispiel Österreich, die Niederlande oder Frankreich, die Rückgabe der Rollen an die israelische Regierung nicht garantieren will.

Die Begründung, nach welcher man der israelischen Regierung aus Deutschland die geforderte Immunitätszusage nicht erteilen könne, weil die Rollen im „besetzten“ Westjordanland aufgefunden worden waren, ist ebenso bedenklich wie fragwürdig:

Zunächst wird dadurch verkannt, dass ein Teil der Rollen völlig legal erworben wurde. So wurden zum Beispiel die ersten vier Rollen, die ihren Weg aufgrund von Spannungen in der Region über syrische christliche Geistliche bereits in den 1950er Jahren in die USA gefunden hatten, dort im Auftrag des Staates Israel durch Professor Sukenik, Archäologe an der Hebräischen Universität in Jerusalem, gegen Zahlung einer Summe von 250.000 US-Dollar erworben. Weitere Rollen erstand sein Sohn, Yigael Yadin, noch nach dem 6-Tage-Krieg 1967.

Allerdings hatte auch die jordanische Regierung einen Teil dieser Rollen erworben und im Rockefeller-Museum in Ost-Jerusalem aufbewahrt. Dieses Museum fiel natürlich nach dem 6-Tag-Krieg unter israelische Kontrolle.

Die Rollen sind in weiten Teilen auf Hebräisch verfasst

Weder dieser Umstand noch die Tatsache, dass auch die übrigen, später entdeckten Qumran-Rollen in einem Gebiet gefunden wurden, das international als umstritten gilt, ändern das Geringste daran, dass es sich bei den Rollen, die auf das antike Judentum zurückgehen und in weiten Teilen auf Althebräisch verfasst sind, um jüdisches und somit israelisches Kulturgut handelt. Mehr noch, in den Augen sehr vieler ist das ein eindeutiger Hinweis auf die allzu gern und oft geleugnete jüdische Präsenz – auch und gerade in diesen Gebieten.

Dass die Besitzverhältnisse in den Augen der Bundesbeauftragten für Kultur, Frau Monika Grütters, ungeklärt seien, ist fast schon ironisch. Immerhin hatte Frau Grütters, wie jüngst bekannt wurde, im Fall Gurlitt unter dem Verdacht der Raubkunst nach einer Hexenjagd auf einen alten kranken Mann eine ca. 1.500 Werke umfassende Kunstsammlung beschlagnahmen lassen. Die danach ins Leben gerufene „Task Force“ konnte nach vier Jahren lediglich bei fünf Werken feststellen, dass es sich tatsächlich um Raubkunst handelte, bei einem sechsten ist

◀◀ Fortsetzung von Seite1

Qumran-Rollen: Wem gehört die jüdische Geschichte?

dies höchstwahrscheinlich ebenso der Fall. Dieses völlig überzogene und exzessive Vorgehen begründete Frau Grütters mit der Verpflichtung Deutschlands, dafür zu sorgen, dass die Werke an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgeführt werden sollten.

Monika Grütters

Und nun stellt ebendiese Dame das rechtmäßige Eigentum des jüdischen Volkes und des jüdischen Staates an den Relikten seiner eigenen Ursprünge in Frage. Mehr noch, sie zieht in Erwägung, dass von „palästinensischer“ oder jordanischer Seite legitime Ansprüche auf diese Rollen erhoben werden könnten.

Die Geschichte eines Landes und eines Volkes ist die Grundlage für seine Vergangenheit und seine Zukunft. Die jüdische Verbindung zu den Qumran-Rollen anzuerkennen, käme noch keiner Anerkenntnis der jüdischen Verbindung zum Westjordanland gleich, dem Fundort der Rollen, obschon man, wenn man denn für historische Tatsachen offen ist, darin einen Hinweis eben darauf erkennen kann.

Hingegen wirft die Haltung von Frau Grütters und den weiteren zuständigen Personen die Frage auf, an wen man die Rollen im Zweifel herauszugeben hätte. Denn letztlich ist es nicht an einer Bundesbeauftragten für Kultur, darüber zu befinden, wem die Rollen und somit dieser wesentliche Teil der jüdischen Geschichte gehören.

Sie hätte sich, so wie die Beauftragten anderer Länder, darauf beschränken können und müssen, der Öffentlichkeit dieses Kulturgut zugänglich zu machen. Eben das wollte Frau Grütters nicht tun. Sie entschied sich vielmehr dafür anzuzweifeln, dass diese Rollen sich überhaupt im rechtmäßigen Eigentum des Staates Israels befinden.

Zumindest ist uns nun eine deutsche Task Force in Israel erspart geblieben.

Monika Grütters, die Bundesbeauftragte für Kultur.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auch wenn der jüdische Staat nicht gänzlich von Gewalt und islamischem Terror verschont geblieben ist und arabische Mord-Angriffe wie etwa am Tempelberg seiner ungeteilten und ewigen Hauptstadt Jerusalem oder in den befreiten Gebieten Judäas, Samarias und Galiläas, sowie von unseren Medien kaum noch erwähnter häufiger, auch von hiesigen Steuergeldern finanzierter Raketen-Beschuss aus Gaza Schatten werfen und uns mit Trauer um jedes verlorene Leben der jüdischen Terror-Opfer erfüllen, so vermittelt uns der Blick nach Israel viel Anlass zu großer Zuversicht, Freude und Genugtuung über die positiven Entwicklungen der zurückliegenden Monate.

Israel ist dank seiner hervorragenden wissenschaftlichen Potentials und des hohen Bildungsstandes seiner Menschen zu einer weltweit unumstrittenen und anerkannten technologischen Hochburg und Großmacht des neuen IT-Zeitalters geworden und erlebt eine nie dagewesene wirtschaftliche Blüte als unverzichtbarer Pionier, Schrittmacher und Exportland der voranschreitenden digitalen Revolution in nahezu allen Lebensbereichen. Dies hat den kleinen Staat Israel zu einem immer gewichtigeren, unverzichtbaren globalen Technologie-Partner gemacht.

Unterstützt durch die fähige und umsichtige Politik und Diplomatie der Netanjahu-Regierung genießt der kleine demokratische Staat Israel zunehmende diplomatische Anerkennung einer weltweit wachsenden Zahl von Völkern vor allem auch aus den Aufbruchsstaaten Asiens, trotz massiver Anfeindung durch die islamischen Unrechts-Staaten und Boykottaufrufen der westeuropäischen Islam-Anbiederer sowie der vorsätzlichen und ständigen Delegitimierung durch die UNO.

Das überfällige und erfreuliche Ausscheiden des eingeschworenen Israel-Feindes Obama aus dem Amt des US-Präsidenten, die glückliche Wahlniederlage seiner Gesinnungs-Genossin Clinton und die grundlegende positive Änderung der politischen Haltung der neuen US-Administration gegenüber dem jüdischen Staat am Anfang dieses Jahres tun ein Übriges. Dies gilt auch für die mehr als notwendige und berechtigte Änderung des politischen Kurses der USA gegenüber der zum Israel-Dauerverurteilungs-Club degenerierten, ganz und gar unnützen sogenannten UN-Organisation der im Hass auf Israel weitgehend vereinten Nationen und ihrer Unter-Verbände. Heilsam wirkte hier vor allem der in diesem Jahr vollzogene, unter Obama undenkbare Austritt der USA und Israels aus der – Geschichtsfälschung zu Lasten Israels betreibenden – UNESCO.

Trotz des unbeschreiblichen Flächenbrandes und des Zerstörungs-Desasters, das die islamischen Regime in Syrien und der ganzen Region angerichtet haben, trotz der Judenmord-Banden PLO, Hamas und Hisbollah, trotz der Judenvernichtungs-Mullahs im Iran, trotz des expansiven Panislamisten Erdogan, seiner westeuropäischen Unterstützer und trotz aller auf Vernichtung des israelischen Staates sinnenden Feinde – der jüdische Staat Israel und seine Menschen haben dank der hohen Verteidigungsbereitschaft seiner heldenhaften und moralisch hochstehenden Armee ein weiteres Jahr in Frieden, Sicherheit und Wohlergehen verbracht und Israel für die Zukunft sicherer gemacht. Die gilt für die Bürger Israels ebenso wie für die jüdischen Menschen, die bereits heute in immer stärkeren Maße aus dem sich zusehends islamisierenden und judenfeindlichen West-Europa zuwandern.

Genau an dieser Stelle, an der man die erfreuten Augen von Israel etwa auf West-Europa und Deutschland wendet, verliert der Blick auf den hinter uns liegenden großen Teil des Jahres 2017 seinen positiven Glanz.

Genährt durch die gegenüber der Mehrheits-Population hochgradig verantwortungslose, links-romantisierende, dogmatische und suizidale deutsche und westeuropäische Islam-Einlasspolitik hat die Islamisierung und damit die nachhaltige Zerstörung unserer bislang freiheitlich-demokratischen, säkularen, Religions-getrennten und Religions-toleranten abendländischen Wertewelt massiv an Fahrt zugenommen. Von unseren Medien wegen der alltäglichen Vielzahl der Vorkommnisse kaum noch thematisiert, wird mit der Ausweitung islamischer Populationen unser Tagesgeschehen beherrscht von Angst vor der Nutzung öffentlicher Plätze, Fußgängerzonen und ehemals als Schmuckstücke der europäischen Städte geltender Parkanlagen, Furcht vor der Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln, abgesagte Großveranstaltungen und Sportereignisse, Gewalt an Schulen, vornehmlich gegenüber jüdischen Schülern, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen, Messerangriffe, Autoattacken und Prügelangriffe auf alle und jeden. Die Politik der gegenüber dem Islam offenen Außengrenzen hat zu eingezäunten Weihnachtsmärkten und grenzartigen Schutzwällen vor anderen Veranstaltungsorten geführt.

Trotzdem wird von der westeuropäischen Islam-Appeasement-Politik beharrlich geleugnet, was längst nicht mehr nicht zu leugnen ist, und jeder Zusammenhang der desaströsen westeuropäischen Sicherheitslage mit dem Islam bestritten, obwohl der Nachweis in Osteuropa bereits geführt ist. Die Visegrad-Staaten sind von der islamischen Gewalt schlichtweg vor allem deshalb verschont, weil sie sich der muslimischen Massenzuwanderung verweigern.

Das erhöhte , überzufällige Vorkommen von Krebs und anderen Erkrankungen beim Rauchen von Zigaretten, hat folgerichtig nahezu überall zu einer weitgehenden Verbannung der Zigarette geführt. Beim Islam versagen sich unsere linkslastigen westeuropäischen und deutschen Gutmenschen dieser Logik vollständig. Das überzufällige und nachgewiesen erheblich erhöhte Aufkommen von Gewalt und Terror bei Populationen mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil führt hierzulande widersinnigerweise nicht zu einer Begrenzung der islamischen Einwanderung und auch nicht zu einer schnellen und konsequenten Ausweisung islamischer Straftäter.

Diese widersinnige Politik hat zu einer Spaltung Europas und unserer Gesellschaften geführt. Dazu hat die Politik der Kanzlerin Merkel zu dem größten reaktiven Rechtsruck in der deutschen Nachkriegsgeschichte mit weiteren Risiken vor allem für den jüdischen Bevölkerungsteil geführt.

Das, was das Leben bereits für die nicht-jüdische Bevölkerungsmehrheit erschwert, stellt für die Juden in Deutschland und Westeuropa eine weitgehende Verunmöglichung eines würdigen und normalen jüdischen Lebens dar, in dem Juden sich und ihre Kinder nicht dem zwischenzeitlich vorerst offiziös und hinter vorgehaltener Hand empfohlenen Verbergen ihrer jüdischen Identität in der Öffentlichkeit unterwerfen müssen, um Beschimpfungen, Beleidigungen und körperlichen Angriffen vor allem von muslimischer Seite zu entgehen.

Die zum Aufrechterhalten der allgemeinen Sicherheit und auch jüdischer Einrichtungen verstärkt erforderlich gewordene Polizei verliert zusehends das Vertrauen der Bevölkerung und wird bald kaum noch zum Schutz besonders jüdischer Einrichtungen und Menschen geeignet sein, da sie selbst nach Aussagen ihrer eigenen Vertreter bereits erheblich von kriminellen, islamischen Großfamilien unterwandert ist und wird. Gleiches geschieht bereits in öffentlichen Behörden und zusehends auch in der kommunalen Politik.

Fortsetzung auf Seite 13 ▶▶

Ein Jahr Trump – eine Bilanz

Die einseitige Beurteilung des US-Präsidenten durch deutsche Medien hält der Wirklichkeit nicht stand

Von Dr. Nikoline Hansen

Ministerpräsident Netanjahu mit Präsident Trump.

Ein Jahr ist es her, dass die Amerikaner aus Sicht der Deutschen einen fatalen Fehler begingen: Sie wählten einen Präsidenten, dessen Inauguration in Deutschland kaum jemand für möglich gehalten hatte, bis das Ergebnis amtlich bestätigt war. Denkbar knapp – und auch nicht mit einer echten Stimmenmehrheit, aber nach dem amerikanischen Wahlmännersystem – war er gewählt. Nach dem ersten Staunen wurde die Frage nach dem Warum nie ernsthaft beantwortet, vielmehr verfiel der ansonsten halbwegs gut informierte deutsche Bürger sofort in den Furchtmodus: Ein twitternder Präsident, der sicher nichts im Sinn hat als zum Zeichen seiner Machtausübung den „roten Knopf“ zu drücken und die Welt in einen Atomkrieg zu treiben.

Ganz anders war die Lage in Israel. Dort nahm man das Ergebnis zufrieden zur Kenntnis, da man sich von der Präsidentschaft eine Wende der amerikanischen Politik erhoffte. Wir erinnern uns: eine der letzten Amtshandlungen der Regierung Obama war noch im Dezember 2016 das Nichteinlegen eines Vetos gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats gewesen, das die Einstellung des Siedlungsbaus in den „besetzten Palästinensergebieten“ forderte. Für Israel konnte die amerikanische Politik also mit großer Wahrscheinlichkeit nur besser werden und wenn man sich ansieht, wie sich die Politik der Amerikaner gegenüber dem Nahen Osten geändert hat, stellt man fest, dass die Interessen Israels mit größerer Bestimmtheit verfolgt werden.

Israel wird unterstützt – in Wort und Tat

Dazu trägt nicht nur die UN-Botschafterin Nikki Haley bei, die immer wieder deutliche Worte findet, wenn es um Israel oder die Verteidigung der freiheitlichen Menschenrechte geht. Mitte November eskalierte ein Streit zwischen den „Palästinensern“ und den USA, da Washington sich weigerte, die Genehmigung zum Betrieb des Büros der „Palästinensischen Befreiungsbewegung“ in den USA um das übliche weitere halbe Jahr zu verlängern. Es folgte ein diplomatisches Fingerhakeln mit dem Ergebnis, dass sich das Büro an klare Vorgaben halten muss. Damit wird deutlich, dass es die Regierung Trump ernst meint: die geplante Anklage Israels durch die „Palästinenser“-Führung vor dem Internationalen Strafgerichtshof dürfte damit erst mal ad acta gelegt sein.

Donald Trump, Twitteraccount @realDonaldTrump, ist also der 45. Präsident der Vereinigten Staaten und er verkörpert das, was die Deutschen an Amerika nicht mögen: Er hat deutsche Wurzeln, ist ein Kapitalist wie er im Buche steht, und hat es, wenn auch nicht vom Tellerwäscher (da sein Vater bereits solide Grundlagen geschaffen hatte), so doch auch nicht nur zum Millionär, sondern als Immobilienunternehmer gar zum Milliardär gebracht. Dass er dabei weder Ehefrauen noch Angestellte mit ausgeprägter Höflichkeit behandelt und seine persönliche Einstellung zu sozialen Belangen und Menschenrechten eher wenig ausgeprägt ist, passt gut in das deutsche Denkschema, das in den USA nach wie vor einen bösen Aggressor und unwillkommenen Sieger im Zweiten Weltkrieg sieht. So wird der gegenwärtig amtierende Präsident eher wie der Tölpel vom Lande präsentiert, obwohl er mitten in Manhattan in einer Luxusimmobilie wohnt – zumindest residierte er dort, ehe er in das Weiße Haus einzog. Sein Markenzeichen: eine manchmal obskur wirkende Haarpracht, die durch strahlendes blond auffällt. So sorgt nicht nur seine Person, sondern auch sein unverkennbares Äußeres für Spott.

In Deutschland sahen selbst normalerweise recht besonnene Menschen das Ende der westlichen Welt gekommen und protestierten lautstark – unterstützt von einer aufgeschreckten amerikanischen Community, die auf Gegenmaßnahmen sann und ebenfalls demonstrierte. So gelang es der American Civil Liberty Union in kürzester Zeit die größte Spendenmenge ihrer Geschichte zu akquirieren, die Zivilgesellschaft, aber auch die politischen Gegner formierten sich, selbst in den eigenen Reihen der Republikaner. Viele von denen, die einen Posten in der neuen Regierung erhielten, hielten es dort nicht lange aus.

Inzwischen ist weitgehend Ruhe in das sich anfangs unermüdlich drehende Personalkarussel eingekehrt. Heute, ein Jahr später steht fest: Die Welt dreht sich weiter auch mit Donald Trump als amerikanischem Präsidenten und trotz nordkoreanischer Machtspiele.

So lautete eine „TOP-Nachricht“ in Deutschland Mitte November 2017: „Trump überdenkt Import-Verbot für getötete Elefanten“. Das zeigt, welche Nachrichten aus der größten westlichen Nation der Welt die deutschen Gemüter wirklich bewegen. In der Tat, wenn es um persönliche Vorteile geht, scheint Trump wenig Skrupel zu kennen. Auch deshalb musste er feststellen, dass die Spielregeln in der Politik andere sind als in der Wirtschaft, denn im Gegensatz zur Macht eines privaten Konzernchef ist die des Präsidenten eines demokratischen Landes begrenzt. Mag sein, dass er als „mächtigster Mann der Welt“ gilt, wie es der „Wissenspool USA-Wahl“ der deutschen Webseite „planet schule“ suggeriert. Allerdings beschränkt sich die tatsächliche Handlungshoheit auf das Verfügen von Erlassen, die von Gerichten wieder für unrechtmäßig erklärt werden können, ein Vetorecht für Gesetzesentwürfe und das Auslösen der Atombombe im Verteidigungsfall.

Der Atomknopf

Angesichts der inzwischen auch in Amerika gefürchteten Unberechenbarkeit des Präsidenten war die Atombombe tatsächlich am 14. November 2017 auch ein Thema im amerikanischen Senat, der eine Anhörung zur Gesetzeslage im Entscheidungsfall durchgeführt hatte, bei der der im Ruhestand befindliche ehemalige General Robert Kehler erklärte, dass das Militär ausschließlich legale Befehle zu befolgen habe. Im Endeffekt wurde deutlich, dass also auch dieses Problem in Amerika ernstgenommen wird. Trotzdem wurde auf eine Initiative zur Gesetzesänderung verzichtet, um die Verteidigungslage des Landes nicht zu gefährden. Die Debatte fand in Deutschland wenig Beachtung.

Die Macht der Gerichte

Das zeugt von einer beunruhigenden Ignoranz gegenüber sicherheitsrelevanten Themen. Zwar wurde ausführlich über das Verhältnis zwischen Putin und Trump berichtet, was teilweise soweit ging, dass Trump aufgrund seiner „guten Beziehungen“ des Landesverrates für schuldig befunden wurde. Aber inwieweit die Berichterstattung über Trump in Deutschland den Tatsachen entspricht oder nicht eher doch von dem Wunschdenken mitgeprägt ist, ihm Fehlverhalten vorzuwerfen und seine Amtsfähigkeit in Zweifel zu ziehen, zeigt die Einseitigkeit der Nachrichtenlage, die nach Empörungsmeldungen selten mit Richtigstellungen arbeitet. Dabei scheitert Trump selbst immer wieder an der Realpolitik in einem Politikapparat, der festen Regeln unterliegt und nach dem Mehrheitssystem funktioniert. Seine größte Niederlage dürfte bislang das Scheitern der Gesundheitsreform sein. Wie bereits im Fall der Verschärfung des Einwanderungsrechts wählte Trump nach dem endgültigen Scheitern auch des ausgehandelten Kompromisses im Oktober den Weg eines Erlasses, um seine Wahlversprechen wenigstens formal einzuhalten. Voraussichtlich wird das ebenso wie seine bisherigen Versuche an den Gerichten scheitern – denn es werden zahlreiche Klagen gegen den Erlass erwartet.

Von der Regierung Trump profitieren in Amerika also die Bürgerrechtsorganisationen und Rechtsanwälte. Und die Erfolge in der Außenpolitik? Die Finanzierung der Mauer zu Mexiko ist nach wie vor ungeklärt, auch wenn der Präsident inzwischen mehrere US-Firmen beauftragt hat, Prototypen zu entwerfen. Der Besuch in China endete mit einem euphorisierten Präsidenten, Verträge im Wert von mehr als 250 Milliarden Dollar in den Branchen Energie, Luftfahrt, Elektronik sowie Auto- und Nahrungsmittelindustrie wurden unterzeichnet. Mit drei chinesischen Staatsfirmen wurde eine Vereinbarung zur Förderung von Flüssiggas in Alaska getroffen. Im Gegensatz zu früher seien die Vereinbarungen nun nicht mehr einseitig, sondern auch die USA würden profitieren, so die offizielle Verlautbarung der Ergebnisse.

Ein weiteres wohl eher unerwartetes Phänomen, das für die Zukunft der Weltpolitik von Bedeutung sein wird, geht mit der Ära Trump einher: Er wurde quasi zum Geburtshelfer für ein stärkeres Europa, das sich in der Verantwortung sieht, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Mit der Einrichtung der „Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ setzen die europäischen Staaten ein Zeichen und senden das Signal, das auch sie nun gewillt sind, das Thema Sicherheit ernst zu nehmen. Zwar nur ein erster Schritt, aber sicher richtungsweisend.

Die Kurden können die „Palästinenser“ nur beneiden

Trotz echter eigener Kultur sind die Kurden international viel schlechter gestellt als die Araber mit der erfundenen „palästinensischen“ Identität

Von Amotz Asa-El (Audiatur)

SHAMAL AGRAWI, AFP

Die kurdische Führung (im Bild: Barzani und Talabani) hat sich verkalkuliert: Nach ihrem Kampf gegen den IS werden die Kurden nun alleine gelassen.

„Wenn ihr frei sein wollt, müsst ihr aufhören, euch gegenseitig zu bekämpfen“, mahnte Freiheitskämpfer Qazi Muhammed seine kurdischen Landsmänner am Tag, als er unter der Regierung des Schahs von Persien öffentlich hingerichtet wurde und sagte weiter: „Die Feinde der Kurden sind zahlreich.“

Es war das Jahr 1947, als der angesehene Richter, der eine kurzlebige kurdische Republik im West-Iran anführte, das Opfer eines weiteren Betrugs an seiner Nation wurde – in diesem Fall durch die Sowjetunion, die zuerst seinen Staat unterstützte, ihn dann aber im Rahmen eines umfassenderen geopolitischen Schachzugs im Stich ließ.

Die Kurden, eine Volksgruppe von der Größe der Bevölkerung Kanadas auf einer Fläche so groß wie Japan, sind vermutlich die am meisten ausgeplünderte Nationalität der Welt.

Separatisten an anderen Orten – von Katalonien und der Lombardei über Schottland bis hin zu Quebec – können die linguistische Unverwechselbarkeit der Kurden für sich nicht beanspruchen. Keiner von ihnen kann eine Bevölkerungsstatistik für sich beanspruchen, die auch nur annähernd an die der 35 Millionen Kurden heranreicht oder aber eine Geschichte, die Tausende Jahre zurückreicht, so wie die der Kurden, die von den bereits in der Bibel erwähnten Medern abstammen.

Die Kurden können die „Palästinenser“ nur beneiden, die keine eigene Sprache haben und erst in der Moderne zu einer Nation wurden, aber dennoch in der UN vertreten sind, großzügige internationale Finanzhilfen erhalten und die man, dank der europäischen Haltung seit den 1980er Jahren, weithin eines eigenen Staates für wert erachtet.

Wären die europäischen Regierungen aufrichtig oder zumindest konsequent gewesen, hätten sie ein unabhängiges Kurdistan ebenso unterstützt. Stattdessen ist Kurdistan, das sich von der südöstlichen Türkei und Nord-Syrien über den Norden des Iraks bis in den Westen des Iran erstreckt, derzeit nur eine rein geographische Bezeichnung, wie etwa die Walachei oder Savoyen.

Das Recht der Kurden auf nationale Einheit wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg anerkannt, als US-Präsident Woodrow Wilson ihnen und ihren armenischen Nachbarn unabhängige Staaten auf den Ruinen des Osmanischen Reiches versprach.

Beide Versprechen wurden jedoch zusammen mit dem 1920 geschlossenen Vertrag von Sèvres, in dem sie verankert waren, von Kemal Atatürks Türkischer Republik, die auf die Osmanen folgte, schlichtweg ignoriert. Seither brodelten in Kurdistan zahlreiche Aufstände gegen verschiedene türkische, syrische, irakische und iranische Regimes, die allesamt die kurdische Unabhängigkeit als eine strategische Bedrohung ansahen.

Tödlicher Gasangriff

Dies ist auch der Grund, warum die Türken das Unterrichten der kurdischen Sprache verboten; die Iraner verboten die Gründung kurdischer Parteien; die Syrer gewährten ihrer kurdischen Minderheit nicht einmal die Staatsbürgerschaft und Saddam Husseins Irak verübte 1988 einen tödlichen Gasangriff auf die in seinem Lande lebenden Kurden, bei dem 5.000 von ihnen zu Tode kamen.

Trotz alledem erwies sich die kurdische Identität als unausrottbar und die rebellische Gesinnung der Kurden als zu kraftvoll, um sie zu unterdrücken, selbst für Diktatoren wie den Schah von Persien oder Saddam Hussein im Irak.

In der Türkei, wo nahezu ein Fünftel der 79 Millionen Einwohner Kurden sind, wird die kurdische Eigenstaatlichkeit – egal an welchem Ort – als Auslöser für einen Zerfall der Türkei gefürchtet.

Im Irak fand ein derartiger Zerfall tatsächlich statt, als Nord-Irak – das derzeit rund acht Millionen Kurden beherbergt – nach dem Ersten Golfkrieg autonom wurde und sich eine dynamische Demokratie und Wirtschaft etablierte. Die geschätzten zwei Millionen Kurden Syriens flohen bereits zu Beginn des derzeitigen Bürgerkriegs vor der Herrschaft von Baschar al-Assad. Und im Iran waren es Gruppen wie die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan, die sich der Herrschaft des Ajatollahs widersetzten, während Hunderte Aktivisten verhaftet und einige ermordet wurden, wie etwa Abdul Rahman Ghassemlou 1989 in Wien oder die Tochter von Muhammed Efat, die 1990 in Västerås in Schweden Opfer einer Briefbombe wurde.

Israel und Kurdistan

Das einzige Land im Nahen Osten, das schon lange die Unabhängigkeit der Kurden unterstützt, ist Israel. Bereits in den 1960er Jahren begann Israel, den irakischen Kurden mit Waffenlieferungen und militärischen Schulungsprogrammen zur Seite zu stehen. Israel konnte jedoch nur etwas bewirken, wenn auch andere in der Region aktiv wurden, wie etwa als sich der Schah im Rahmen des Konflikts mit dem Irak um die Kontrolle des Grenzflusses Schatt al-Arab, mit den irakischen Kurden verbündete. Als dieser Konflikt 1975 durch ein Abkommen beigelegt wurde, wurden die irakischen Kurden jedoch wieder fallengelassen und Israel verlor seinen Zugang zu ihnen.

Das gleiche Spiel wiederholt sich auch jetzt wieder.

Der Versuch der irakischen Kurden, im letzten Monat ihre Unabhängigkeit durch ein Referendum einzuleiten, hatte eine iranisch-türkische Verschwörung zur Folge, ähnlich dem antikurdischen Deal von 1975 zwischen Saddam und dem Schah.

Der aktuelle Deal sah vor, dass iranische Einheiten und Milizen die kurdischen Ölfelder in Kirkuk einnehmen, während die türkische Armee den Keil vergrößert, den sie zwischen die syrischen und die irakischen Kurden getrieben hat.

Die irakischen Kurden wurden von dem iranischen Angriff überrumpelt und verloren in der Folge wertvolle Einnahmen aus der Erdölproduktion. Das Ganze geschah, weil sie den Willen des alten Qazi Muhammed ignoriert hatten.

Die Iraner umgingen Masud Barzani, den Präsidenten der autonomen Region Kurdistan, indem sie seinen Erzrivalen Bafel Talabani einspannten, dessen Kräfte auf mysteriöse Weise aus Kirkuk verschwanden, als die Iraner sich näherten.

Auch in Syrien sind die Kurden gespalten und die Tatsache, dass es kurdische Einheiten waren, die diesen Monat bei der Einnahme von Rakka – der Hochburg des Islamischen Staats – an der Spitze standen, ändert nichts an dem umfassenderen Bild, das sich so darstellt, dass die regionale Gepflogenheit, die Kurden zu spalten und zu beherrschen, nach wie vor lebendig ist – auch ein Jahrhundert nach dem Untergang des Osmanischen Reichs.

Fehlende Öleinnahmen und Flugverbote

Die irakischen Kurden begehen einen Fehler, wenn sie ihr Referendum durchführen, ohne im Vorfeld zu prüfen, ob nicht wenigstens die USA sie dabei unterstützen. Der Verlust der Einnahmen aus der Erdölproduktion wird ein großes Problem für sie darstellen, ebenso wie das von einigen Ländern verhängte Flugverbot in ihre Hauptstadt Erbil.

Dennoch kann niemand die Topografie des kurdischen Teils des Irak verändern, die einfach zu bergig ist, als dass die irakischen oder iranischen Streitkräfte sie erobern könnten, besonders, wenn man die militärische Unerschrockenheit und Effizienz der Kurden berücksichtigt. Die kurdische Autonomie im Irak wird daher vermutlich überleben und ein potentieller Kern für einen zukünftigen kurdischen Staat sein.

Nein, die irakischen Kurden werden sich wohl in allzu naher Zukunft nicht mit den Kurden Syriens, der Türkei oder des Iran zusammentun, aber ihre Autonomie wird diese möglicherweise inspirieren. Die Situation wäre bestimmt wesentlich einfacher, wenn Europa die kurdische Selbstbestimmung ebenso unterstützt hätte, wie sie derzeit die „palästinensische“ Eigenstaatlichkeit unterstützt. Ganz gewiss aber wäre sie gerechter gewesen.

„EU-Mitgliedsstaaten einig über Iran-Atomvertrag“. – Wirklich?

Deutsche Politiker stolpern von einer Blamage in die andere

Von Michael Guttmann

STR , AFP

Saad Hariri, der Regierungschef des Libanon, gerät zwischen die Fronten von Iran und Saudi-Arabien.

Dies ist eine Fortsetzung des Artikels „Niemand hat die Absicht eine Atombombe zu bauen“ (JR November 2017). Darin berichtete ich über die verlogenen Aussagen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel vor der UNO: Der JCPOA-Vertrag könne als Beispiel für Verhandlungen mit Nordkorea dienen; die Bundesregierung wünsche zwar ein anderes Verhalten des Irans im Syrienkrieg, seine Verpflichtungen im Atomdeal aber halte der Iran ein. Wir in der EU seien uns in Sachen JCPOA einig. Nur Trump bemängele diesen Deal.

Mittlerweile hat der Iran selbst die Öffentlichkeit informiert, dass Präsident Macron im Gegensatz zu Deutschland forderte, den Vertrag um den Bereich der ballistischen Trägerraketen zu ergänzen. Iran stellt damit seine deutschen Unterstützer, die der UNO Einheitlichkeit innerhalb der EU vorgegaukelt haben, als Lügner bloß. Indessen hat sich auch im Nahen Osten einiges getan, was führenden Politikern der gescheiterten Groko peinlich sein dürfte.

Zuckerbrot und Peitsche

Zunächst zum Iran. Führende Regimevertreter wenden sich an Europa: „Unsere ballistischen Raketen sind nicht auf Sie gerichtet. Beschäftigen Sie sich nicht mit unserem Raketenprogramm. Das geht Sie nichts an.“ Was anderes kann daraus geschlossen werden als eine kategorische Ablehnung jeglicher Mitwirkung von außen?

Anlass für die öffentliche Verweigerung waren die Forderungen des französischen Präsidenten vom 29. August 2017. Diese wurde in Form einer „doppelten Klarstellung“ veröffentlicht:

1. der offiziellen staatlichen Position, vorgetragen vom persönlichen Berater des Ober-Ayatollah Chamenei.

2. Verlockungen und Versuchungen, vorgetragen vom Vorsitzenden des Parlamentausschusses für Nationale Sicherheit und Außenpolitik.

Der erste Sprecher droht Frankreich direkt mit einem Anschlag auf seine nationalen Interessen im Nahen Osten, sollte es den Kurs der Einmischung fortsetzen.

„Es ist nicht vorteilhaft für Macron und für Frankreich, sich in die strategischen Angelegenheiten des Irans einzumischen. Der Iran bittet nicht um die Erlaubnis Fremder, die Reichweite seiner Raketen zu bestimmen. Wer ist dieser Macron, dass er sich einmischt?“

Der zweite Sprecher schmeichelt mehr um Verständnis:

„Iran hat die Reichweite seiner Raketen schon auf 2000 Kilometer reduziert, so dass Europa keinesfalls bedroht ist. Diese Reichweite genügt, um die US-Streitkräfte im Nahen Osten abzuschrecken, was ebenfalls Europas Interessen vor Übergriffen durch die USA schützt. Irans ballistische Raketen sind nur gegen Israel und die Interessen der USA im Nahen Osten gerichtet. Iran kann auch Raketen mit größerer Reichweite herstellen, um Militärbasen der USA und ihrer Verbündeten anzugreifen. Iran unterscheidet nicht zwischen USA und seinem zionistischen Verbündeten, ergo können wir außer US-Militärbasen auch die besetzten Gebiete attackieren. Iran kann das zionistische Regime auch mit konventionellen Waffen auslöschen. Iran braucht gar keine Atombomben. Sie besitzt die Technologie, ballistische Raketen auch mit über 2000 Kilometer Reichweite herzustellen, aber es ist nicht unsere Strategie. Unsere Raketen dienen nur der Verteidigung und nicht dem Angriff. Sie sind nicht geeignet für den Transport von nuklearen Waffen. Eine Flotte von Transportflugzeugen besitzt der Iran nicht. Wenn es gelingt, den Europäern diese Strategie klarzumachen, werden sie unsere Raketen akzeptieren und sogar verteidigen, wie sie es bei JCPOA praktiziert haben. Europa wird erkennen, dass seine Kooperation mit dem Iran sich nicht nur für seine Wirtschaft, sondern auch auf militärischem Gebiet lohnt. Und schließlich werden sie die Interessen des Iran in Irak, Syrien, Libanon, Afghanistan und Jemen offiziell anerkennen. Schon heute haben sie die Entmachtung Assads als Vorbedingungen für Friedensverhandlungen fallenlassen. Umgekehrt gilt, wenn wir uns Europa verweigern, hätten sie es leichter, sich der extremem US-Politik zu nähern…“

> „Unsere ballistischen Raketen gehen niemanden etwas an“.

Wenn solche Verlockungen Politiker der abgestraften Groko erreichen, könnten sie neue Konfliktfronten (USA – Europa) eröffnen. Vielleicht wird Merkels Erkenntnis, „dass die EU sich nicht länger auf die USA verlassen können“ bei den Ayatollahs auf offene Ohren stoßen.

Der Fall Hariri

Der gemäß dem religiösem Proporz des libanesischen Staatssystems amtierende sunnitische Ministerpräsident Saad Hariri suchte das Weite. Naheliegend ist die Lebensbedrohung Hariris durch die schiitische Hisbollah. Er selbst hat diese Erklärung der Presse und später Präsident Macron gegeben. Hariris Vater bezahlte seine Distanz-Politik zu Syrien und zur Hisbollah mit dem Leben (er wurde 2005 bei einem Bombenanschlag getötet). Die Hisbollah ist längst ein Staat im Staate. Dass die Saudis Hariri gefangenhalten, wurde gemutmaßt. Saudi-Arabien, der Förderer des islamischen Terrors, rief empört seinen Botschafter aus Berlin zurück – ein „Geschenk“ für die Ayatollahs im Iran, den konkurrierenden Förderern des islamischen Terrors.

Indessen wird die Welt Zeuge eines Angriffes auf Saudi-Arabien mit iranischen Raketen (Anfang November 2017 flog eine Rakete aus dem Jemen auf die saudische Hauptstadt Riad zu, sie kam mutmaßlich von den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen). Hat man je gehört, dass die Saudis das iranische Territorium terrorisieren? Ob die Raketen aus Richtung Iran oder Jemen in Riad einschlugen – die Verantwortung für diese Kriegshandlung ist doch in beiden Fällen klar – nur unseren Politikern nicht.

Was der Iran bisher im Nahen Osten angerichtet hat, übertrifft alle Kriterien der Aggression und Expansion unserer Zeit. Wir sehen heute, dass der JCPOA-Deal mit dem Iran der Ayatollahs ein Flop war, dass er dem Wettrüsten im Nahen Osten einen enormen Vorschub leistet und die Verbreitung der Nuklearwaffe nicht eindämmen kann. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik leidet zunehmend an Illusionen und mangelnden diplomatischen Grundsätzen. Vor lauter falscher Parteinahme und Einseitigkeit ist den taumelnden Politikern aus der Groko-Ära ihr Gleichgewicht verlorengegangen.

Noch sondiert und sondiert sich diese gescheiterte und von den Wählern abgestrafte Groko, denn es sind viele Fehler auch in der Sicherheits- und Außenpolitik aufzuarbeiten. Parteien, die keine Alternativen für politisch überholte Sichtweisen und alte Führungskräften sehen, erinnern an die Argumentationsweisen aus der Propaganda des Politbüros der DDR. Gelingen wird ein Neuanfang in Deutschland erst wenn die alten Bruchpiloten, die für das Menetekel Verantwortung tragen, ebenfalls aussondiert werden.

Von alleine werden sie nicht gehen.

„Geht zurück ins Meer."

Nicht immer sind Kompromisse möglich.

Von Thomas Eppinger

Margot Käßmann, die bekannteste Vertreterin der Evangelischen Kirche in Deutschland.

„Was können wir tun, damit Frieden ist? Was können wir Euch anbieten?", fragte ich. „Gar nichts. Geht zurück ins Meer. Oder sucht Euch ein anderes Land", antwortete sie. Von diesem Dialog erzählte mir die Fragestellerin, eine jüdische Bekannte. Die Antwort gab eine junge, westlich gekleidete Dame am Rande einer pro-palästinensischen Demonstration gegen eine Militäroperation Israels in Gaza. Die junge Palästinenserin hatte nichts Persönliches gegen die Wiener Jüdin. Sie wollte nur, dass die Juden aus Israel zurück ins Meer getrieben werden. „Sie wohnen in Wien? Dagegen haben wir nichts", meinte sie im Laufe des Gesprächs. Fast schon großzügig, in gewisser Weise, schließlich war das in dieser Stadt nicht immer so. Meine Bekannte war fassungslos über den bedingungslosen Hass, der nur mit Vernichtung oder Vertreibung zu stillen ist. Sie hatte irgendwelche maximalen politischen Forderungen erwartet, aber nicht „zurück ins Meer". Sie fragte mich, ob ich wüsste, wie man damit umgehen könne. Aber wer weiß das schon.

Im Schatten zweier Weltkriege kennen wir keine Feinde mehr, nur Interessenskonflikte, die man in Verhandlungen löst, indem man Kompromisse schließt. Und weil wir unsere eigenen zivilisatorischen Normen und Moralvorstellungen auf andere projizieren, scheitern wir im Umgang mit Despoten, Diktatoren und gewalttätigen Rassisten. In einem denkwürdigen SPIEGEL-Interview mit Margot Käßmann wird das offensichtlich.

„Spiegel: Frau Käßmann, war es ein gerechter Krieg, als die Alliierten Deutschland von der Herrschaft der Nazis befreiten?

Käßmann: Es war sicherlich ein Krieg mit einer guten Intention und am Ende die Befreiung vom Naziterror. Aber mir fällt es schwer, Kriege zu rechtfertigen. Es gibt nur einen gerechten Frieden. Wenn es zu einem Krieg kommt, ist das immer ein Versagen, weil es nicht schon viel früher Versuche gegeben hat, Waffengewalt zu verhindern.

Spiegel: Sie meinen, man hätte Adolf Hitler nur gut zureden müssen, dann wäre er schon friedlich geblieben und hätte keinen Krieg angezettelt.

Käßmann: So naiv bin ich nun auch nicht. Aber es gab frühe Warnungen, und auch die Alliierten sind nicht ohne jede Schuld geblieben, wenn Städte voller Flüchtlinge bombardiert und Frauen vergewaltigt wurden. Können Sie mir nur einen Krieg in den letzten 60 Jahren nennen, den man mit vernünftigen Gründen rechtfertigen kann?

Spiegel: Uns fallen vor allem Beispiele dafür ein, dass die Völkergemeinschaft durch ihr Wegsehen Massenmord zugelassen hat. 1994 zum Beispiel, als die Hutu in Ruanda mindestens 800.000 Tutsi und gemäßigte Hutu töteten. Oder 1995 in Srebrenica, als die Serben eine Uno-Schutzzone überrannten und ein Massaker unter den bosnischen Muslimen anrichteten.

Käßmann: Es ist interessant, dass Sie immer vom Ende her denken, wenn es keine gewaltfreie Lösung mehr zu geben scheint. Heute existieren viele Friedensforschungsinstitute, die Strategien entwickelt haben, um Konflikte zu vermeiden oder zu schlichten. Man muss es eben nur wollen. Aber am Willen hapert es. Das sehen Sie schon daran, dass Deutschland pro Jahr über 30 Milliarden Euro für Militär ausgibt, aber nur 29 Millionen für den Friedensdienst. Das ist eine schlimme Diskrepanz."

Reichspogromnacht

Gestern jährte sich die Reichspogromnacht, bei vielen besser als „Reichskristallnacht" bekannt. Ein Begriff, von dem man inzwischen Abstand genommen hat, weil er als verharmlosend wahrgenommen wurde. In dieser Nacht vom 9. auf 10. November 1938 brannten die Synagogen in Deutschland, Österreich und Tschechien. In einer von Reinhard Heydrich koordinierten Aktion plünderten und zerstörten die Nationalsozialisten jüdische Einrichtungen, Geschäfte, Wohnungen und Büros. An die 30.000 meist junge, wohlhabende Juden wurden in die Konzentrationslager nach Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau verschleppt, um sie zur Deportation zu zwingen und ihr Vermögen zu arisieren. Man schätzt, dass allein in dieser Nacht 400 Menschen ermordet wurden oder sich das Leben nahmen. Hunderte wurden in den Tagen darauf in den KZs erschossen oder starben an den Folgen von Misshandlung und Zwangsarbeit. Diese Nacht war der Startschuss zum größten Völkermord der Geschichte, der zugleich der größte Raubzug war, den die Welt je gesehen hat.

Hat der Holocaust am Ende nur stattgefunden, weil es damals noch nicht genug Friedensforschungsinstitute gab? „Man muss es eben nur wollen." Aber wer ist „man"? Hat es den Juden wirklich „am Willen gehapert", den Holocaust zu verhindern? Und wie hätte ein Angebot aussehen können, „um den Konflikt zu vermeiden oder zu schlichten"? Wir geben euch freiwillig alles was wir haben und verschwinden aus dem Land, in dem wir geboren und aufgewachsen sind, dafür seid ihr so freundlich, uns nicht tot zu prügeln, zu erschießen und ins Gas zu treiben?

In Wirklichkeit gab es natürlich nichts, was die Juden ihren Mördern anbieten hätten können. So wie es nichts gab, was die Tutsis mit den Hutus zu verhandeln hatten oder die Muslime von Srebrenica mit den Serben.

Margot Käßmann: So naiv bin ich nun auch nicht.

Es mag Zufall sein, dass gerade in Deutschland Meinungen wie jene von Frau Käßmann populär sind, wahrscheinlicher ist etwas anderes: Wenn Schuld sich immer gleich verteilt, relativiert das die eigene. Wenn „man nur wollen muss", tragen die Opfer die gleiche Verantwortung wie die Täter, sie hätten ja nur wirklich wollen müssen, dann wäre es schon nicht so schlimm gekommen. Wir sind alle mit dem Satz aufgewachsen, dass zum Streiten immer zwei gehören. Zum Streiten schon, aber für den Entschluss zu rauben und zu morden, braucht es nur einen.

> Wir müssen die Natur der Angreifer verstehen, wenn wir Frieden wollen.

„Lieber Frosch, nimmst du mich auf deinem Rücken mit zur anderen Uferseite? Ich kann nicht schwimmen." Der Frosch erwidert: „Nein, das werde ich nicht tun. Sobald wir in der Mitte des Flusses angekommen sind wirst du mich mit deinem Giftstachel stechen und wir werden beide sterben." „Warum sollte ich das tun? Wenn ich dich steche, so werde auch ich ertrinken und ich hätte nichts dabei gewonnen…"

Der Frosch überlegt kurz und entschließt sich letztlich den Skorpion doch mit zur anderen Flussseite zu nehmen. In der Mitte des Flusses angekommen, holt der Skorpion mit seinem Stachel aus und sticht den Frosch in den Rücken. Mit den letzten Atemzügen fragt der Frosch: „Warum hast du mich gestochen? Jetzt sterben wir beide…" „Ich bin ein Skorpion, es ist meine Natur, ich kann nicht anders…"

Vielleicht liegt in dieser Fabel die Antwort auf die Frage meiner Bekannten. Wir müssen die Natur der Angreifer verstehen, wenn wir Frieden wollen.

Im Gegensatz zu Fröschen und Skorpionen ist die menschliche Natur veränderbar. Das Deutschland von heute wurde auf den Trümmern des verlorenen Krieges errichtet, materiell und ideell. Erst die totale Niederlage öffnete den Weg zur Rückkehr in die Zivilisation. Und erst, wenn ein „judenreiner" Naher Osten genauso fern ist wie der Endsieg der Deutschen im August 1945, ist Frieden in Sicht. Denn die Natur des „Nahostkonflikts" (als ob es nur diesen einen gäbe) liegt nicht im mangelnden Willen der Parteien, sondern im Antisemitismus der Feinde Israels.

„Zurück ins Meer", hoffen die Antisemiten, wenn ausgerechnet der deutsche Außenminister Machmud Abbas seinen Freund nennt. „Zurück ins Meer", hoffen sie, wenn sich ausgerechnet der deutsche Bundespräsident vor dem Grab von Jassir Arafat verneigt. Im November gedenkt das offizielle Deutschland der Reichspogromnacht, jener Nacht, in der alles angefangen hat. Ich denke heute an „zurück ins Meer." Denn mit diesem Satz fängt alles an.

Eine schrecklich arme Familie und eine Reporterin voller Mitgefühl

Von Henryk Broder

Anfang November begab sich die RTL-Reporterin Raschel Blufarb von Tel Aviv nach Gaza, wo „die Frauen weder verhüten noch abtreiben dürfen“ und sich „nach Selbstbestimmung und Freiräumen sehnen“, so die Moderatorin des RTL-Nachtjournals, Ilka Essmüller, in ihrer Anmoderation.

In Gaza, einer „der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt“ – eine Floskel, die in keinem Bericht aus Gaza fehlen darf –, besucht Raschel Blufarb eine leicht atypische Familie. Jamal, seine drei Frauen und insgesamt 34 Kinder. „Wir können sie schlicht nicht ernähren“, sagt eine der drei Ehefrauen von Jamal, die mitnichten unterernährt oder verwahrlost aussieht, ganz im Gegenteil. Auch die beiden anderen Frauen machen einen properen Eindruck, ebenso wie die 34 Kinder der Großfamilie. Alle wohnen unter einem Dach, jede Frau hat eine Etage für sich und ihre Kinder. Vater Jamal pendelt, von einer Etage zur anderen, und weil es ihm langsam fad wird, wünscht er sich eine vierte Ehefrau, mit der er weitere Kinder haben möchte, sie müsste nur eine „dünnere und jüngere“ sein als die drei, die er schon hat.

Kein Wunder, dass Jamal arbeitslos ist. Wer hätte unter diesen Umständen Zeit zum Arbeiten? Gut, dass er sich wenigstens ein paar Minuten freinimmt, um die RTL-Reporterin zu empfangen, nachdem er ein wenig auf dem Markt eingekauft hat. Für den Fall, dass ein Zuschauer an dieser Stelle stutzen und fragen sollte, womit oder wovon er die Einkäufe bezahlt, erklärt Raschel Blufarb, wie der 34-fache Vater das Versorgungsproblem löst: „Die Familie lebt hauptsächlich von Spenden.“ Könnten es UNRWA-Zuwendungen sein? Oder hat sich womöglich eine der in Gaza wohltätigen deutschen NGOs der Familie angenommen?

Es ist ein Schmierenstück der Extraklasse, bei dem Bild und Ton auseinanderlaufen. Man sieht eine fröhliche Familie, die unter Umständen lebt, von denen die meisten Menschen in Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon nur träumen können, und hört, wie arm sie ist und welche Mühe die Mütter haben, ihre Kinder satt zu kriegen. Am Ende des Tages bleibt ihnen nur die Hoffnung, „dass sie den nächsten Tag überstehen werden und dass es irgendetwas zu essen gibt für ihre 34 Kinder“.

Margot Käßmann

Das kann doch nicht wahr sein, dachte ich, nachdem ich den Bericht gesehen hatte, und schickte eine E-Mail an Peter Kloeppel, den RTL-Nachrichtenchef, mit der Bitte um Aufklärung. Der reichte die E-Mail an seine Reporterin in Tel Aviv weiter. So kam es zum folgenden Notenwechsel:

„Lieber Herr Broder, Peter Kloeppel leitete mir eine Mail von ihnen weiter. Gern beantworte ich ihnen die Fragen zum Bericht aus Gaza. Bitte geben sie mir doch ihre Telefonnummer. Ich melde mich dann.
Herzliche Grüße, Raschel“

„liebe frau blufarb, ich gebe ihnen gerne meine tel-nummer. wir können uns auch in cafe mersand treffen oder die rehov sheinkin rauf- und runterflainieren. seien sie aber so nett, vorher die mail zu beantworten, die ich an herrn klöppel geschickt habe, der offenbar noch nie in gaza war.
dash, b.“

„liebe frau blufarb, kann ich noch mit einer antwort von ihnen auf die mail rechnen, die herr klöppel an sie weiter geleitet hat? die drei minuten werden sie doch zwischen zwei besuchen bei den armen von gaza wohl noch finden, oder?
shalom, b.“

„Lieber Herr Broder, ich rede gern und ausführlich mit ihnen über das Thema, und beantworte gern alle Fragen. Warum das schriftlich stattfinden soll, erschließt sich mir nicht. Wenn sie also Zeit finden für ein persönliches Gespräch unter Journalisten, sehr gern. Die zwei Minuten werden sie doch haben, nahon? :)
Lg, R.“

„lo nahon. es geht nicht um ein gespräch „unter Journalisten“. ich will mit ihnen auch nicht ins separee. sie teilen sich ihren zuschauern öffentlich mit und sollten in der lage sein, fragen zu ihrem auftreten auch öffentlich zu beantworten. haben sie das auf der reporterschule nicht gelernt?
b.“

(„Nahon?" bedeutet „stimmt?" Und „lo nahon“ bedeutet „stimmt nicht!". Jetzt warte ich auf den nächsten Tearjerker von Raschel Blufarb, über den sie nur unter vier Augen sprechen möchte.)

Zweiter Teil von „Eine schrecklich arme Familie und eine Reporterin voller Mitgefühl“

Von Henryk Broder

Kaum hatten wir den Beitrag über eine „schrecklich arme Familie“ in Gaza und „eine Reporterin voller Mitgefühl“ online gestellt, wurde Raschel Blufarb kooperativ und schickte mir eine E-Mail, in der sie einiges klarstellte, z. B. wie die Familie, die sie in Gaza besucht hatte, über die Runden kommt.

„Hallo Herr Broder,
die Familie *erhält vom Sozialministerium der palästinensischen Autonomiebehörde eine monatliche Zuwendung von umgerechnet 150 Euro aus einem Hilfsprojekt, welches arme Familien in Gaza und dem Westjordanland unterstützt. Die PA wiederum bekommt die Gelder für das Hilfsprojekt von der EU.*

Die UNRWA (nicht UNWRA – bitte richtiges Kürzel beachten!) stellt für die Familie drei Mal jährlich vier Nahrungsmittel-Rationen (Reis, Öl, Mehl, Zucker) bereit, die sich die Familie abholen kann. Bei Bedarf erhält die Familie auch medizinische Dienstleistungen in den Kliniken der UNRWA, denn die Familie lebt in einem offiziell von der UNRWA anerkannten Flüchtlingslager.

Das Wohnhaus selbst ist von einer lokalen Hilfsorganisation in Gaza gespendet worden, die wiederum Spenden aus internationalen und lokalen Quellen erhält.

Gestatten Sie mir noch eine persönlichen Bemerkung: Ich hätte tatsächlich lieber mit Ihnen telefoniert, z.B. auch, um Ihnen die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Familie detaillierter beschreiben zu können. Nur so viel: Ihr Eindruck, das Haus sehe doch recht ‚propper‘ aus, täuscht. Die Familie ist arm.

Die Mailkorrespondenz habe ich als mitunter recht unangenehm empfunden. Auf der „Reporterschule“ habe ich auch gelernt, dass wir Journalisten in der Sache beharrlich, im Ton selbst aber respektvoll sein sollten …
Herzliche Grüße, Raschel Blufarb“

„nun, verehrte frau blufarb,

das hört sich schon recht anders an als das, was sie in ihrem RTL-nachtjournalbeitrag verbreitet haben.

die familie ist mitnichten arm, sie wird vollversorgt, deswegen kann sich der vater darauf konzentrieren, kanonenfutter und terrornachwuchs für die hamas - oder wer immer in Gaza das sagen hat oder haben wird - zu produzieren. und ich, als eu-bürger und deutscher steuerzahler, kann stolz darauf sein, meinen teil dazu beizutragen.

sie trauen offenbar ihren eigenen bildern nicht. sie zeigen ein aufgeräumtes haus, ordentlich gekleidete, gut gelaunte kinder, die alles, nur keinen ärmlichen oder verwahrlosten eindruck machen, und drei gebärmaschinen, die vermutlich dermaßen übergewichtig sind, weil sie die UNRWA-rationen komplett an ihre kinder verfüttern.

das ist nicht journalismus, das ist sozialkitsch. die flüchtlinge, die in griechenland in lagern gehalten werden, wären froh, unter solchen schrecklichen verhältnissen leben zu können.

vielen dank für den hinweis, dass es nicht die UNWRA, sondern die UNRWA ist, die sich um diese ‚flüchtlinge‘ kümmert. wir meinen doch dieselbe organisation, hoffe ich, die nichts unternommen hat, als aus deren schulen raketen auf israel abgefeuert wurden. oder war dafür die UNWRA verantwortlich, die United Nations War and Resistance Agency?

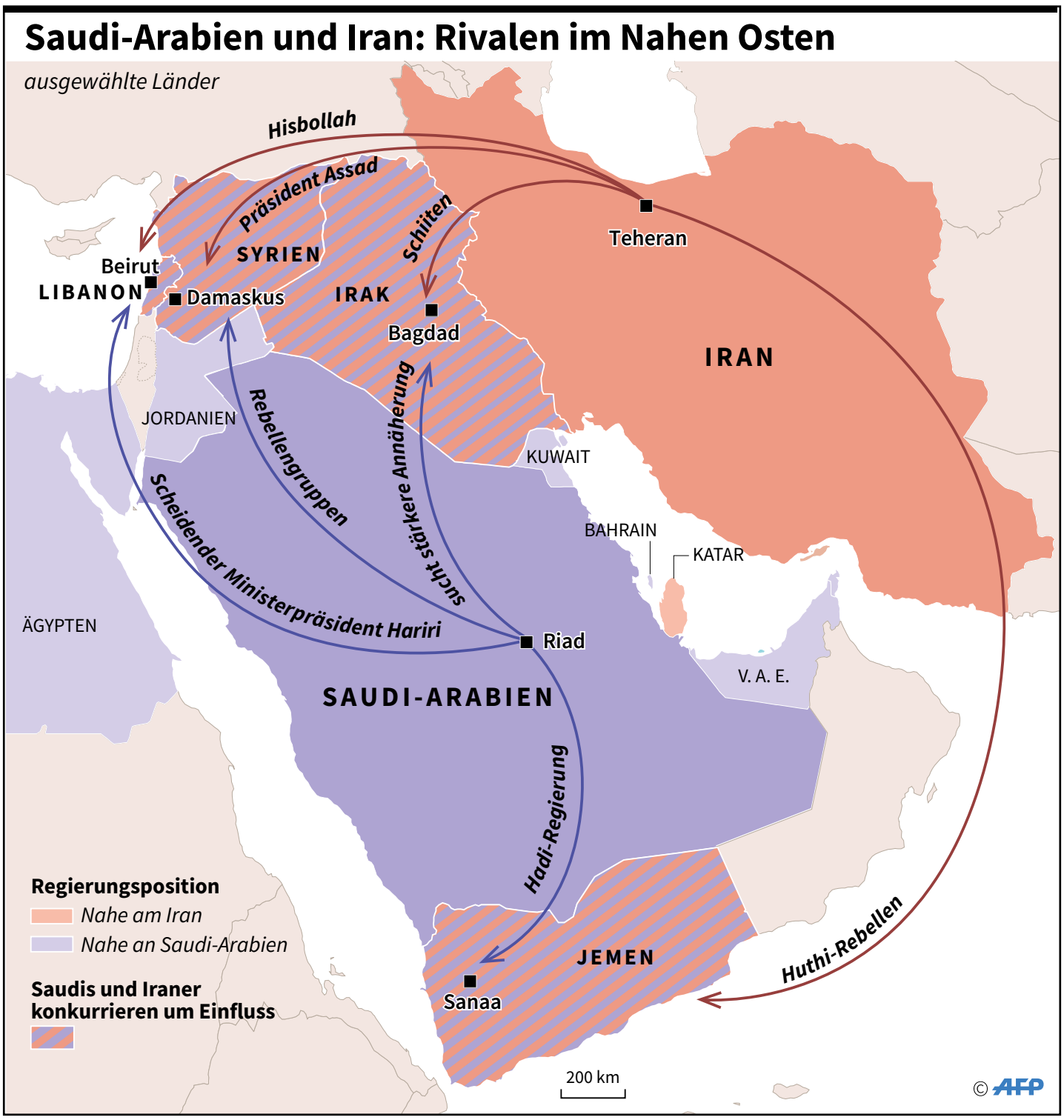
ich werde jetzt jeden tag 100 mal UNRWA auf die Tafel schreiben, während sie sich ein paar arbeiten von gunnar heinsohn über den „youth bulge“ besorgen, also über den zusammenhang von kinderreichtum und opferbereitschaft. könnte auch ein thema für das RTL-nachtjournal sein.
viele grüße, b“

(Zuerst erschienen bei „ACHSE DES GUTEN”)

Der iranische Eroberungszug im Nahen Osten

Nach dem Untergang des IS unterstützen Deutschland und die EU den Iran beim Auffüllen des entstandenen Machtvakuums

Von Ulrich Jakov Becker



Vor ein paar Jahren gab es hier in Israel eine Zeit, wo ein großer Krieg in der Luft lag. Man bekam neue Gasmasken, machte mehr Sirenen-Übungen, die Damen mussten noch mehr als sonst die Familien alleine bewältigen, weil die Herren öfter im Reservedienst für den Krieg üben mussten, und in den Nachrichten konnte man sich die Analysen der Spezialisten anhören, wann es denn nun soweit sein könnte und wie viele Tote es wohl geben werde.

Das Gute ist: Der Krieg ist nicht ausgebrochen.

Das Schlechte ist: Diese Zeiten scheinen jetzt zurückzukommen.

Man könnte sagen, dass der sich der damals anbahnende iranisch-israelische Krieg (einschließlich Hisb'Allah, Hamas und Co.) vom arabischen „Frühling" unterbrochen wurde und man eine allgemeine „IS-Pause" einlegte.

Israel war damit beschäftigt die diffusen Entwicklungen im blutrünstigen „Dschungel" um es herum genau zu verfolgen und nicht in einen kleinen Grenzkrieg abzurutschen oder von großen IS-Terroranschlägen überrascht zu werden, während der Islamische Staat sich im Sinai und im Golan festsetzte, und auch zunehmend Herzen, Messer und Maschinenpistolen bei den „Palästinensern" und israelischen Arabern für sich gewann.

Der Iran und die Hisb'Allah hatten alle Hände voll zu tun, die zwar absolut grausame, aber militärisch nicht strategisch starke Terrormiliz – im Irak mit Hilfe der amerikanischen Luftwaffe und westlichen Spezialeinheiten, und in Syrien mit Hilfe der russischen Luftwaffe und russischen Spezialeinheiten – abzubremsen, um sich dann Stück für Stück den zusammenfallenden IS-Kuchen einzuverleiben.

Was bleibt vom IS?

Der IS besteht heute nur noch aus einem Zipfel seines vorübergehenden Flächenstaates – eingekeilt zwischen Irak und Syrien, umzingelt von Assads und der irakischen Armee, schiitischen und kurdischen Milizen, iranischen, russischen, amerikanischen, israelischen und anderen Beratern oder Spezialtruppen.

„Der Böse ist tot, wir können nach Hause gehen!" Sollten jetzt nicht die „Nachkriegsjahre" anfangen, Schluss mit dem Blutvergießen, Sehnsucht nach Ruhe und Banalität? Wiederaufbau und Wirtschaftswunder im Nahen Osten? Nicht in diesem Winkel der Erde!

Je mehr der IS als wirklich oder herbeigeredeter ernstzunehmender Faktor von der nahöstlichen Bildfläche verschwindet, desto mehr drängeln sich regionale Machtinteressen mit gezückten Säbeln in den Raum.

Rakka, die Hauptstadt des Islamischen Staates, fiel nach fünf Monaten von Kämpfen offiziell am 16. Oktober 2017. Kein Tag verging danach bevor die großen Machtverschiebungen und sichtbaren Interessenskämpfe losgingen, bei denen momentan ein Ereignis das nächste jagt.

Iran-treue Truppen nahmen das kurdisch beherrschte Kirkuk ein

Am 16. Oktober fiel nämlich nicht nur Rakka, sondern auch Kirkuk.

Iran-geführte Truppen mit „schiitischen Milizen" und irakischer Armee eroberten in einem Blitzschlag die zentrale und ölreiche kurdisch kontrollierte Kirkuk-Region samt ihrer Hauptstadt mit fast einer Million Einwohnern. Die Kurden hatten in jahrelangen Kämpfen den IS Stadt für Stadt und Dorf für Dorf zurückgedrängt – als „Partner" der irakischen Regierung, welche wiederum stark vom Iran beeinflusst ist.

> 2015 kamen etwa 80 % der israelischen Erdölimporte aus Kurdistan.

Jetzt – sobald der IS besiegt war, und man die Kurden nicht mehr brauchte – wendete sich die iranische Militärmaschine gegen seine Bündnispartner von gestern. Für die Kurden und ihre Unabhängigkeitsbestrebungen war dieser Tag ein Schock, eine Katastrophe, ein Trauma. Die Iraner hatten die Kurden mit großer Geschwindigkeit und Masse überwältigt und sie auch durch interne Intrigen verschiedener kurdischer Gruppen gegeneinander ausgespielt und geschwächt.

Das Referendum der Kurden Ende September hatte Hoffnungen auf einen greifbar nahestehenden Staat Kurdistan geweckt. Die Kurden hatte es in ihrem langen, verlustreichen Kampf geschafft ein territorial verbundenes Gebiet von Nordsyrien bis Nordirak zu schaffen. Israel war der erste Staat, der seine Unterstützung für einen kurdischen Staat im Nordirak betonte und unterstützte die Kurden auch konkret, während viele Kurden wiederum Israel bewundern – als ein Vorbild nationaler Selbstbestimmung in dieser schroffen Gegend.

Kurdisches Öl für Israel

Aber die Beziehungen gehen über nette Worte hinaus. Nach einem Bericht der „Financial Times" kamen 2015 ca. 80 % der israelischen Erdölimporte aus Kurdistan. Und das meiste Öl in Kurdistan kommt aus der Gegend von Kirkuk.

Der Iran nahm dem möglichen zukünftigen Kurdistan mit seinem Schlag am 16. Oktober nicht nur eine bevölkerungsreiche und strategisch wichtige Region, sondern kappte eine milliardenschwere Einnahmequelle der aufstrebenden Nation, versetzte ihr einen moralischen Bauchschlag, schadete dabei auch Israel, und – kaum bemerkt – übernahm zur gleichen Zeit auch fast alle kurdischen Gebiete im so wichtigen, verbindenden Grenzgebiet zwischen Syrien und Irak. Jetzt werden die „zwei Hälften von Kurdistan", die syrischen und die irakischen Gebiete, nur noch durch ein paar Kilometer Land, und einen Grenzübergang über den Tigris zusammengehalten, während das Gebiet vom Süden iranisch-irakischer und vom Norden türkischer Gnade ausgesetzt ist.

Die Iraner und die Iraker machen erstmals seit 1979 gemeinsame Manöver

Die irakische und die iranische Armee hatten Anfang Oktober im syrisch-irakisch-türkischen Grenzgebiet eine große gemeinsame „Übung" als Zeichen gegen die Kurden abgehalten. Zwei Wochen später wehte dort keine kurdische Fahne mehr.

Übrigens – was macht der Irak jetzt mit dem Öl von Kirkuk? Es dauerte nur

wenige Wochen, bis Iran und Irak feierlich verkündeten, dass das Öl aus der Kirkuk-Region jetzt nach Iran verkauft wird.

Die USA griffen nicht ein und blieben still. Der Iran kam der Verwirklichung seines Plans vom schiitischen Halbmond vom Libanon, über Syrien, Irak, Iran bis nach Afghanistan also noch einen Schritt näher.

Die Syrer sind plötzlich angriffslustiger geworden

Israels wurde strategisch getroffen. Und noch etwas passierte am 16. Oktober: Israelische Aufklärungsflugzeuge auf Routinemission über dem Libanon wurden von syrischen Luftabwehrraketen beschossen. Israel hielt nicht still und zerstörte die Luftabwehrbatterie in Syrien: Das waren Kampfhandlungen zwischen Israel und Syrien, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hatte. Woher hatte Syrien plötzlich die Angriffslust, die es seit Beginn seines Bürgerkrieges nicht gezeigt hat?

Der Krieg gilt als gewonnen und der große Iran und auch Russland stehen hinter Syrien. Es scheint der Iran wolle auch versuchen Israel mit Hilfe von Russland davon abzuschrecken, regelmäßig sein Raketenprogramm in Syrien zu bombardieren. Anfang November hat Israel offenbar eine große Raketenfabrik bei Homs vernichtet. Nach dem israelischen Fernsehen, war gleichzeitig fast die gesamte israelische Luftwaffe in der Luft und große Truppenverbände waren kampfbereit (bei einer „Übung") im Golan. Es gibt mehr Provokationen auf der syrischen Seite und erst in den letzten Tagen hat Israel mehrmals mit Panzern verbotene, neu errichtete, syrische Armeestützpunkte in der entmilitarisierten Zone beschossen.

Auch im Gasastreifen hat man bemerkt, dass der Wind sich dreht. Die sunnitische Hamas hat sich mittlerweile – nach ein paar Verstimmungen während des arabischen „Frühlings" – direkt unter die schiitischen Fittiche Teherans begeben und sein Auslandshauptquartier mit Einwilligung der Hisb'Allah und des Irans ausgerechnet in den Libanon verlegt – nachdem sie Katar verlassen mussten.

> „Solche Kampfhandlungen hatte es zwischen Israel und Syrien seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben."

Der Iran steht an der Grenze Israels

Für Israel bedeutet das – nach Libanon und Syrien - eine weitere Iranisierung auch der südlichen Grenze. Der Islamische Dschihad und Hamas und zwölf ihrer Terroristen wurden erst Anfang November durch Israel mit dem gezielt herbeigeführten Einsturz von Angriffstunneln erwischt. Am 4. November standen dann in den großen israelischen Städten überall „Eiserne Kuppel"-Batterien bereit, um feindliche Raketen abzufangen – wie zu den Hochzeiten des letzten Gasakriegs. Aber keine Rakete flog an diesem Tag über Tel Aviv oder Jerusalem – dafür aber über Riad.

Der Iran nimmt Saudi-Arabien in die Zange

Die jemenitischen Huthis – eine weitere iranisch gesteuerte Miliz – beschossen erstmals die saudi-arabische Hauptstadt. Nachdem der Iran Saudi -Arabien in die Zange genommen hat (vom Norden her im Irak und vom Süden her im Jemen), machen sich die Saudis so viel Sorgen, dass sie sogar dazu bereit sind sich öffentlich mehr in der Nähe Israels zu zeigen und aktiver und finanziell großzügiger gegen die iranische Hegemonie vorzugehen. Die Raketen über Riad werden da sehr geholfen haben.

Aber noch etwas passierte am 4. November: Der libanesische Premier Hariri erklärte überraschend im Fernsehen – gesendet aus Saudi-Arabien – seinen Rücktritt und damit ein Aus der Regierungskoalition mit der Hisb'Allah.

Zur gleichen Zeit stellte sich der russische Außenminister explizit hinter die iranische Präsenz in Syrien. Israel reagierte am 14. November mit einer selten schroffen und entschlossenen Warnung an Putin: „Wir werden unsere Interessen verteidigen – auch für den Preis eines Krieges mit der Hisb'Allah!"

Am 16. November unternahm Israel dann die größte gemeinsame Luftwaffenübung seiner Geschichte mit befreundeten Nationen –der teilnehmende deutsche Pilot durfte übrigens die obligatorische Rede halten. Am gleichen Tag wurden israelische Luftaufnahmen einer neuen iranischen Armeebasis in Südsyrien beim BBC veröffentlicht.

Die Zusammenarbeit Israel – Saudi-Arabien wird offiziell

Aber noch etwas passierte am 16. November, etwas Historisches für Israel und etwas Historisches für Saudi Arabien: An diesem Tag erschien ein Interview mit Israels Armeechef (der fast gar keine Interviews gibt) in einer saudisches regierungstreuen Zeitung. In diesem Interview sagte Gadi Eisenkot: „Wir arbeiten zusammen gegen den Iran". Der Iran sei eine „echte und die größte Gefahr für die Region" und das Israels militärische Stärke heute größer sei denn je.

Das war eine große saudische Geste an Israel und eine sehr beruhigende Geste an Saudi-Arabien.

Angeblich soll Saudi-Arabien Israel Milliarden angeboten haben für den gemeinsamen Kampf gegen die iranische Achse, die die Region mehr und mehr unter ihre Kontrolle bringt.

Drei Tage später war Saudi-Arabien in Kairo in einer „Notstandsitzung" dabei die sunnitischen „gemäßigten" Bündnispartner in die neue Allianz (mit Israel) gegen den Iran einzuschwören:

„Was Iran gegen die arabischen Länder unternimmt, ruft nach mehr als einem Mittel, um diese Aggressionen, Einmischungen und Drohungen zu stoppen", sagte der Stellvertretende Vorsitzende der Arabischen Liga. Man signalisierte Einigkeit und eine „starke Botschaft".

Sicher kein Grund zum Feiern, denn die Arabische Liga ist bestimmt nicht plötzlich zu einem Club der Israelfreunde geworden, aber der zunehmende regionale Druck des Irans lässt einige saudische Medien bereits so „nett" sein zu sagen, dass man Israel natürlich nicht möge, das aber nicht heißen muss, dass man keine gemeinsamen Interessen verfolgen könne.

An der Börse würde man zur jetzigen Situation im Nahen Osten sagen „die Nervosität ist groß". Als Israeli kann man Kriegswarnungen schon lange nicht mehr ernstnehmen, aber die letzten Monate scheinen ein neues Konflikttempo zu entwickeln, und für fast alle Beteiligten steht viel auf dem Spiel.

Und selbst wenn in Teheran, Moskau, Washington, Riad, Jerusalem, Damaskus, Ankara und Gasa alle weiterhin die Nerven behalten, so sollten wir uns dennoch in den nächsten Wochen und Monaten auf einige Überraschungen gefasst machen.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE

Was in Großbritannien ein Skandal ist und was nicht

Großbritanniens Ministerin für internationale Entwicklung musste nach einem Israel-Besuch von ihrem Amt zurücktreten

Von Stefan Frank

DANIEL LEAL-OLIVAS, AFP

Ministerin Priti Patel

Weil sie sich bei einem Familienurlaub in Israel mit israelischen Politikern, darunter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, getroffen und ein Lazarett besucht hat, in dem syrische Kriegsflüchtlinge behandelt werden, musste Großbritanniens Ministerin für internationale Entwicklung, Priti Patel, am 8. November von ihrem Amt zurücktreten – die Anklagen gegen sie reichen von „Bruch des Protokolls“ bis hin zum Vorwurf, eine israelische „Spionin“ zu sein.

Wie die dpa unter Berufung auf die israelische Tageszeitung Haaretz schreibt, habe Patel „unter anderem ein Lazarett der israelischen Armee auf den Golanhöhen besucht (…), in dem Flüchtlinge aus Syrien behandelt werden. Sie habe dabei angeregt, dass britische Hilfsgelder dem Lazarett zugutekommen könnten. Beobachter sehen darin einen klaren Verstoß gegen das Protokoll, wonach britische Regierungsvertreter nicht auf israelische Einladung hin in besetzte Gebiete reisen.“

Beobachter sind sich einig, dass Priti Patel mit ihrem Rücktritt einem Rauswurf durch Premierministerin Theresa May zuvorkam – die sie sogar gezwungen hatte, vorzeitig von einer Uganda-Reise nach London zurückzukehren, um schnellstmöglich zurückzutreten. Weit auseinander gehen die Darstellungen allerdings bei der Frage, ob Patel „geheime“ Treffen abhielt oder ob die britische Regierung informiert war. Der israelische Politiker Yair Lapid twitterte am 24. August ein Foto, das ihn zusammen mit Patel zeigt; dazu schrieb er: „Großartiges Treffen heute mit Priti Patel, Großbritanniens Ministerin für internationale Entwicklung. Sie ist eine wahre Freundin Israels.“

Keine Absprache mit der Chefin?

Nach Darstellung Mays habe Patel weder sie noch das Außenministerium über ihre Treffen informiert – dieser Bruch der Gepflogenheiten sei demnach auch der Grund, weswegen Patel als Ministerin nicht mehr tragbar sei.

Dem widersprechen nicht nur Patel selbst, sondern auch Recherchen der Londoner Wochenzeitung „Jewish Chronicle“ und sogar Politiker der Opposition. Tom Watson, der stellvertretende Labour-Vorsitzende, zweifelt öffentlich an, dass May keine Kenntnis von Patels Treffen in Israel hatte. Hier muss man einen Moment innehalten und fragen: Wenn Theresa May sagt, sie sei nicht informiert worden und eben darin den Grund sieht, aus dem Patel zurücktreten müsse; wenn aber die Opposition glaubt, dass das nicht stimmt und May sehr wohl informiert gewesen sei – worin besteht dann der Skandal aus Sicht der Opposition? Der wahre, unausgesprochene, Vorwurf ist hinter Scheinvorwürfen versteckt: Patel hätte am besten gar nicht nach Israel reisen und schon gar nicht den Urlaub zu politischen Gesprächen nutzen sollen – noch dazu, wie kaum ein Artikel zu erwähnen vergisst, in Begleitung von Lord Polak, dem Ehrenpräsidenten der Organisation „Conservative Friends of Israel“. „Lobbyist organisierte Priti Patels Treffen mit hochrangigen israelischen Offiziellen“, titelte die linksgerichtete Tageszeitung „The Guardian“.

Besuche in Israel sind „auszubalancieren“

Patel ist als erklärte Freundin des jüdischen Staates nach Israel gereist – das ist es, was man ihr nicht verzeiht. Der Bericht der Nachrichtenagentur Reuters spricht es offen aus: „Nach dem britischen Protokoll … werden Besuche bei Israelis typischerweise durch Treffen mit Palästinensern ausbalanciert.“ Die hier beschriebene Haltung – die auch für andere EU-Regierungen gilt – ist also die: Israelis die Hand zu schütteln bringt Pech, wovon man sich nur befreien kann, wenn man nachfolgend einer gleich großen Anzahl von Israels Feinden die Hand schüttelt. Dies ist kein Verhalten, das ein Freund Israels an den Tag legen würde, und genau darum geht es: Bloß nicht als Freund Israels erscheinen. Darum musste Prati Patel zurücktreten.

Adam Levick

„Es gibt wohl keinen Zweifel daran, dass Nachrichtenorgane wie der Guardian niemals auch nur annähernd so viel Getöse gemacht hätten, wenn Patel unter vergleichbaren Umständen irgendein anderes Land besucht hätte“, sagt Adam Levick von der Medienbeobachtungsgruppe „UK Media Watch“ gegenüber „MENA Watch“. „Die Wahrheit ist, dass selbst wenn Patel womöglich Fehler bei der Offenlegung von Treffen gemacht hat, Israel nichts auch nur im entfernten Sinne Unsauberes getan hat. Hinzu kommt, dass die linken britischen Medien es lieben, Patel – eine Tory-Ministerin und starke Brexit-Befürworterin – aufs Korn zu nehmen.“ Hat die Kampagne antisemitische Züge? „Voreingenommenheit und das Messen mit zweierlei Maß“ seien für sich genommen „noch nicht notwendigerweise Antisemitismus“, so Levick. „Aber Storys, die den ‚unzulässigen israelischen Einfluss auf die britische Politik’ betonen oder die ‚Macht’ der britischen Juden, die Regierung zu beeinflussen, spielen ganz klar in antisemitische Stereotypen hinein.“ Dazu, so Levick, gehörten etwa die Berichte, „die sich auf britische jüdische Lobbyisten konzentrieren, die halfen, den Besuch zu organisieren – obwohl auch sie sich keiner Verfehlung schuldig gemacht haben“.

„Nahe an der Spionage“

Ein gutes Beispiel für diese Art Kommentator ist der Unternehmensberater Nick Tolhurst. Tolhurst war früher Mitarbeiter im britischen Außenministerium, heute arbeitet er für die Deutsche Bank in Frankfurt am Main. Wie sein Twitter-Account zeigt, hat er ein alles überragendes Interesse: Schätzungsweise 98 Prozent seiner Tweets tragen den Hashtag #Brexit. Tolhurst ist gegen den Austritt Großbritanniens aus der EU, schließlich bereitet dieser der Deutschen Bank sehr viel Ärger. Der Brexit macht Tolhurst und Patel zu politischen Gegnern, und Tolhurst macht sich antisemitische Klischees zunutze, um Patel zu diskreditieren. In einem über das Internet verbreiteten Pamphlet schreibt er:

„Eine solche Mission zu planen und zu unternehmen, macht es nötig, die eigenen Kommunikationsmittel zu verwenden – ein klares Sicherheitsrisiko. Ein solcher Besuch, bei dem die ausländische Regierung weiß, dass ein Minister heimlich agiert, macht diesen zudem sofort für eine mögliche Erpressung anfällig. Es gibt einen Grund, warum diplomatische Visiten und Staatsbesuche im Ausland strikt nach Protokoll geplant werden: Um das Problem zu vermeiden, dass Politiker (oder andere Staatsbedienstete) in Situationen kommen, wo sie eingeschüchtert oder erpresst werden können.“

Aus einer Urlaubsreise nach Israel macht Tolhurst eine Art Entführung in einen Feindstaat. Zu einem seichten Neuaufguss der Dreyfus-Affäre fehlt nur, dass er Patel der Spionage bezichtigt. Nein, es fehlt nicht: Auf Twitter schreibt Tolhurst: „Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass solches Verhalten normalerweise als nahe an der Spionage eingestuft wird.“

„Zu zionistisch“

Wozu Israelis die britische Entwicklungshilfeministerin erpressen wollen sollten, sagt er nicht. Das braucht er auch nicht: In etlichen Zeitungsberichten wird es als etwas besonders Perfides dargestellt, dass Patel nach ihrem Besuch in Israel die Idee vorbrachte, Großbritannien solle das israelische Lazarett auf dem Golan, in dem syrische Patienten behandelt werden, finanziell unterstützen. Ist es das, was Israel heimlich von langer Hand geplant hat? Die „Times“ schreibt:

„Priti Patel wollte britische Hilfsgelder verwenden, um ein Programm der israelischen Armee zu unterstützen, bei dem in den besetzten Golanhöhen verletzte syrische Dschihadisten, darunter Al-Qaeda-Kämpfer, behandelt werden.“

Aus der humanitären Hilfe wird eine Beihilfe zum Terror – für die Patel dann auch noch britisches Geld zur Verfügung stellen wollte. Geht es irgendwie staatsgefährdender? Dazu ist wichtig zu wissen, dass ein Dokumentarfilm über die medizinische Versorgung syrischer Kriegsopfer in Israel im britischen Fernsehen nicht gezeigt werden kann, weil er als „zu zionistisch“ betrachtet wird.

Unterdessen wurde bekannt, dass der Antisemitismus in der Labour-Partei noch weiter verbreitet ist als bislang angenommen. Labour-Aktivisten posten im Internet Botschaften, in denen die Juden als „korrupte Herrenrasse“ bezeichnet werden, die „die Zuhälterei, die Pornografie und die Kriege weltweit kontrolliert“. Ein anderes Labour-Mitglied schrieb: „Jeder verdammte Jude, der im Holocaust starb, ist ein Segen.“ Das berichtet die „Daily Mail“ unter Berufung auf Material, das jüdische Labour-Mitglieder in einem Workshop gegen Antisemitismus gezeigt hätten.

An dem „Skandal“ um die Urlaubsreise von Priti Patel fällt auf, wie wenig Aufregung es um die Kontakte des Labour-Chefs Jeremy Corbyn gibt, der mit Bombenbauern der IRA zusammengearbeitet hat, sich vom staatlichen Fernsehsender des Iran anheuern ließ und auch Hamas und Hisbollah zu seinen „Freunden“ zählte. Zurücktreten muss er nicht. Mit Terroristen zusammenzuarbeiten gilt für einen britischen Spitzenpolitiker als weniger schimpflich, als Israelis zu treffen.

Die Unterwerfung Europas unter den Islam wird zunehmend zum Alltag

Die neueste Barbie kommt mit Kopftuch auf den Markt, während die Kippa aus dem Straßenbild verschwindet

Von Thomas Eppinger

OLIVIER MORIN, AFP

Selbst Kinderspielzeug wird im Westen islamisiert.

„Jede dieser jungen Frauen, mochte sie noch so hübsch sein, wäre glücklich und stolz, von mir auserwählt zu werden, und würde sich geehrt fühlen, mein Bett mit mir zu teilen. Sie wären es wert, geliebt zu werden. Und auch mir würde es gelingen, sie zu lieben.

Ähnlich wie es mein Vater einige Jahre zuvor erlebt hatte, würde sich mir eine neue Chance bieten; es wäre die Chance auf ein zweites Leben, das nicht besonders viel mit dem vorherigen gemein hätte.

Ich hätte nichts zu bereuen."

Der Literaturwissenschaftler François hat seine besten Tage längst hinter sich. Zum Trinker geworden und von der Universität pensioniert, leuchtet die Zukunft verheißungsvoll, die er sich am Ende von Michel Houellebecqs Roman „Unterwerfung" ausmalt. Alles was er tun muss, ist zum Islam zu konvertieren und sich dem neuen französischen Präsidenten anzuschließen, dem charismatischen Ben Abbes, der Frankreichs laizistische Verfassung abgeschafft und im nunmehr theokratischen Staat die Scharia, das Patriarchat und die Polygamie eingeführt hat. Dann winken akademische Anerkennung und junge Ehefrauen. Drei Frauen könnte er wohl ohne Probleme haben, als Hochschulprofessor, sorgsam für ihn ausgewählt von einer Heiratsvermittlerin.

Was zählen Liberté, Égalité und Fraternité, wie schwer wiegen Laizismus und Rechtsstaatlichkeit, moralische Integrität und intellektuelle Redlichkeit im Vergleich zur Aussicht auf Sex, Macht und Geld? Die – männliche – akademische Klasse, die Houellebecq beschreibt, beantwortet diese Frage, indem sie sich den neuen Machthabern eilfertig unterwirft und die Früchte ihres Verrats erwartungsfroh erntet. Houellebecqs Roman spielt im Frankreich des Jahres 2022. Und je näher wir diesem Datum kommen, desto realistischer erscheint sein Plot.

Die Flagge des Islamismus

Seit 9/11 haben islamische Terroristen mit jedem Attentat die Latte für den Begriff „Islamischer Fundamentalist" ein kleines Stück höher gelegt. In der öffentlichen Wahrnehmung gelten Muslime nur mehr als radikal, wenn sie im Namen ihres Glaubens töten. Doch unterhalb dieser Wahrnehmungsschwelle verbreitet sich im Windschatten seiner terroristischen Avantgarde in atemberaubender Geschwindigkeit ein Islam, der mit der westlichen Demokratie nicht vereinbar ist.

Während wir den einen oder anderen Hassprediger vor Gericht stellen, lehren radikale Moscheen und Imam-Hatip-Schulen weiter ihre Ideologie. Während wir halbherzig Niqab und Burka verbieten, gewöhnen wir uns an den Hijab. Dabei ist das islamische Kopftuch nichts Anderes als die „Flagge des Islamismus", wie Alice Schwarzer es unlängst ausdrückte. Auch die Schweizerin Saïda Keller-Messahli geißelt den Hijab als „politisches Gebot der Islamisten" und erinnert an dessen Ursprung im 7. Jahrhundert, als das Kopftuch dazu diente, „den sozialen Rang der muslimischen Frau als freie Frau – im Gegensatz zur Sklavin – zu markieren und die freie Frau so vor sexueller Belästigung zu schützen". Der Hijab ist kein modisches Accessoire, sondern grenzt „anständige" Frauen von „ungläubigen" ab, die als sexuell verfügbar stigmatisiert werden. Die populären Vergleiche mit Kopftüchern von Grace Kelly, der Queen oder Bäuerinnen verraten uns nicht das Geringste über das Wesen des Hijabs, aber alles über die Oberflächlichkeit derjenigen, die solche Vergleiche in die Debatte werfen.

Im Westen wächst die Zahl der Musliminnen, die das Kopftuch freiwillig tragen. Sie halten es für ihre religiöse Pflicht, tun es aus „Ehre und Stolz" oder tragen es als identitäres Zeichen ihres Bekenntnisses zum Islam. Doch dieser Islam ist mit den Werten der Aufklärung und unserer Vorstellung von einer modernen, demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar. Der Islam der Kopftuchträgerinnen verkörpert die Vormoderne, das Patriarchat und die Unterdrückung der Frau. Dieser Islam steht für ein Recht, das direkt von Gott abgeleitet wird. Und wo das Recht von Gott gesetzt wird, hat der Mensch sein Recht verloren. Freiwilligkeit ist außerdem ein dehnbarer Begriff. Jenseits der Jugendkultur sind es meistens Väter, Brüder, Cousins und nicht zuletzt Mütter, die junge Musliminnen kontrollieren und deren „sittsames Verhalten" möglichst lückenlos überwachen.

> „Das islamische Kopftuch grenzt „anständige" Frauen von „ungläubigen" Frauen ab.

Barbies, Emojis und ein Präsident

Vor kurzem berichteten österreichische Medien stolz, dass es eine Österreicherin auf die „Times"-Liste der 30 einflussreichsten Teenager geschafft habe. Die 16-jährige Wienerin Rayouf Alhumedhi hatte Apple ein Kopftuch-Emoji vorgeschlagen, das der Konzern in sein jüngstes Software-Update integrierte. Alhumedhi sagte dazu, dass „dies ein Schritt vorwärts ist, um Diversity zu feiern und den Islam in der Gesellschaft zu akzeptieren." Außerdem ist sie sich sicher, dass „dieses Emoji die Welt indirekt positiv beeinflussen wird, sobald Menschen, die gegen das Kopftuch oder den Islam als Glaubensform sind, das Emoji auf ihrer Tastatur entdecken." Ob all die unzähligen Musliminnen, die von Algerien bis Iran gegen die Verschleierung kämpfen, oft genug unter Lebensgefahr, das auch so sehen, ist nicht überliefert.

Der Spielzeug-Konzern Mattel stellte dieser Tage eine Hijab-tragende Barbie vor. Die Puppe ist von Kopf bis Fuß mit blickdichtem Stoff bekleidet, nur Gesicht und Hände sind sichtbar. Sie ist der Säbelfechterin Ibtihaj Muhammad nachempfunden, der ersten muslimischen Amerikanerin, die bei Olympischen Spielen einen Hijab trug. Abseits von Olympia fiel Muhammad als notorische Israel-Hasserin auf, die auf Twitter Israel unter anderem der „Apartheid" und der „ethnischen Säuberung" beschuldigte. Mattels Hijab-Barbie gehört zur „Shero"-Linie, mit welcher der Konzern weibliche Helden feiert. Pläne des Konzerns für einen „Hero"-Ken in Springer-Stiefeln sind nicht bekannt.

Das Eindringen des Islams in unseren Alltag

Die Hijab-Barbie und das Hijab-Emoji sind nur zwei Beispiele für das Eindringen von reaktionären frauenfeindlichen Schulen des Islams in unseren Alltag. Ende März sagte der österreichische Bundespräsident in einer (nicht nur wegen dieses Satzes unfassbaren) Stellungnahme: „Bei dieser tatsächlich um sich greifenden Islamophobie wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. – Alle! – Als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun."

Noch 2016 hielt der als links-liberal geltende Van der Bellen unter dem Hashtag #IchbinFeminist ein Schild in die Kamera, auf dem stand: „Ich bin Feminist, weil Frauenrechte sind Menschenrechte." Ein Jahr später solidarisiert er sich nicht mit den Millionen muslimischer Frauen, die unter den Schleier gezwungen werden, sondern propagiert das Kopftuch als probates Mittel im Kampf gegen den Popanz der Islamophobie – jenen politischen Kampfbegriff, mit dem der Politische Islam seinen Kritikern eine zwanghafte Angststörung unterstellt, um sich gegen Kritik zu immunisieren. Es gibt Geschichten, die kann kein Autor erfinden.

Hingegen stellt sich Europas links-liberale Elite gegenüber realen Bedrohungen durch Muslime lieber taub und blind. Antisemitismus ist auch in Österreich (nicht nur) bei muslimischen Jugendlichen weit verbreitet. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bochum tragen öffentlich keine Kippa mehr. In Nordrhein-Westfalen verzichten sie schon lange auf das Tragen der Kopfbedeckung in „Problemvierteln", als solche gelten Stadtviertel mit hohem muslimischen Anteil. Und schon seit Jahren wandern französische Juden nach Israel aus, weil sie in Frankreich nicht mehr sicher sind.

Bei Houellebecq eint 2022 ein charismatischer islamischer Führer Sozialisten und Konservative hinter sich, um Marine Le Pen zu verhindern. Die willfährige intellektuelle Klasse arrangiert sich daraufhin mit der neuen Macht, sei es um des eigenen Vorteils willen oder aus schierer Ignoranz. Manchmal vergehen fünf Jahre schneller als man glaubt.

Französische Juden sind zu „Binnenflüchtlingen“ geworden

Selbst in den heute islamisierten Banlieus lebten einst große jüdische Gemeinden

Von Giulio Meotti (Gatestone Institute)

CHRISTOPHE ARCHAMBAULT, AFP

Der französische Premierminister Edouard Philippe mit nachdenklichem Blick bei einem Rosch-Haschana-Empfang.

Die Vororte („banlieues“) – weit weg von den wohlhabenden Boulevards und Bistros von Paris – bilden das „andere Frankreich“. Sie sind das „periphere Frankreich“ („La France Périphérique“), wie es der Geograph Christophe Guilluy in einem wichtigen Buch nennt. Sie sind es, wo das Zusammenleben zwischen den Gemeinschaften wirklich erprobt wurde. In den letzten 20 Jahren sind diese französischen Vorstädte nicht nur zu „Sammelbecken von Armut und sozialer Isolation“ geworden, sondern sie sind auch von einigen der am dichtesten jüdisch besiedelten Gegenden Frankreichs zu „verlorenen Gebieten der Republik“ geworden, so der große Historiker Georges Bensoussan in seinem Buch „Les territoires perdus de la République“. Diese Vorstädte sind zu einem der sichtbarsten Zeichen der Islamisierung Frankreichs geworden.

Ilan Halimi

Antisemitismus ist als eine der schlimmsten Krankheiten Europas zurückgekehrt. In Frankreich lebt die größte jüdische Gemeinde Europas, und die Juden sind aus den Vorstädten geflohen, um entweder auszuwandern oder in die mondänen Viertel der Städte zu ziehen, wo sie sich besser geschützt fühlen. Was mit den Juden geschieht, wird einen seismischen Einfluss auf den gesamten Kontinent haben.

Im Pariser Vorort Bagneux zerstörte kürzlich jemand die Gedenktafel für Ilan Halimi, einen jungen Juden, der 2006 von der Bande der „Barbaren“ entführt, gefoltert und ermordet wurde, nur weil er Jude war. Damals war es Frankreichs erster Fall von mörderischem Antisemitismus seit vielen Jahren. Danach ermordeten Islamisten Juden in einer Schule in Toulouse und in einem koscheren Supermarkt in Paris. Wie „Le Monde“ in einer erschreckenden neuen Untersuchung berichtete, klopft Antisemitismus nun täglich an die Türen der französischen Juden. Das hat einen ernsten Migrationstrend ausgelöst: Französische Juden sind zu „Binnenflüchtlingen“ geworden.

Französische Juden sind nicht nur in ihren Synagogen und Schulen bedroht, sondern auch in ihren Häusern. Eine jüdische Familie wurde kürzlich in ihrer Wohnung im Vorort Seine Saint-Denis als Geisel genommen, geschlagen und ausgeraubt. Davor wurde eine pensionierte jüdische Ärztin und Lehrerin, Sarah Halimi, verprügelt und von ihrem Balkon im Pariser Stadtteil Belleville in den Tod geworfen. Der Mann, der sie ermordet hat, während er „Allahu Akbar“ („Allah ist größer“) schrie, war ein muslimischer Nachbar. Zwei jüdische Brüder wurden kürzlich auf einer Pariser Straße von Männern mit einer Bügelsäge angegriffen, die schrien: „Ihr dreckigen Juden! Ihr werdet sterben“.

Vor kurzem erhielt „Paul“ in seinem Briefkasten bei Noisy-le-Grand einen Brief mit Morddrohungen. Die Notiz besagte „Allahu Akbar“ und enthielt eine 9-mm-Kugel. Der nächste Tag brachte den zweiten Brief. Darin stand: „Ihr werdet alle sterben“. Diesmal enthielt er die Kugel eines Kalaschnikow-Gewehrs. Viele jüdische Familien, warnt „Le Monde“, stehen unter Druck. In Garges-lès-Gonesse (Val-d‘ Oise) wurden junge jüdische Männer, die im Hof ihrer Synagoge eine provisorische Laubhütte (Sukkah) gebaut hatten, in der Nachbarschaft von Leuten angegriffen, die „Dreckige Juden“ riefen. Historische jüdische Viertel sind geleert worden. Jérôme Fourquet und Sylvain Manternach erzählen in ihrem Buch „L‘ an prochain à Jérusalem?“ („Nächstes Jahr in Jerusalem?“) von jüdischen Kindern, die öffentliche Schulen zugunsten privater verlassen. Organisationen haben 400 jüdischen Familien geholfen, ihre Kinder in Privatschulen umzusiedeln, um mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Sarah Halimi

Zwischen 2005 und 2015 gab es in Frankreich 4.092 antisemitische Angriffe. Laut einer Studie der „Fondation pour l’innovation politique“ vom September gaben 60 % der Juden in Frankreich an, sie seien „besorgt darüber, auf der Straße als Juden körperlich angegriffen zu werden“.

Nach den Terroranschlägen von Paris im Jahr 2015 bereitete eine mit der „Jewish Agency“ verbundene Denkfabrik einen Plan vor, um 120.000 französische Juden bei der Auswanderung nach Israel zu unterstützen. Es gab 5.000 Ausreisen im Jahr 2016 und 7.900 im Jahr 2015. Zusätzlich zu den insgesamt 20.000 Juden, die in den letzten drei Jahren aus Frankreich nach Israel ausgewandert sind, hat es auch eine interne Verlagerung von „großem Ausmaß“ vom östlichen in den westlichen Teil von Paris gegeben – in das sechzehnte und das siebzehnte Arrondissement. In den letzten 10 Jahren sind „60.000 der 350.000 Juden der Île-de-France umgezogen“, so Sammy Ghozlan, Präsident des „Nationalen Dienstes für Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus“. Die französische Regierung hat eine Aktion zum Schutz von 800 Synagogen, Schulen und Gemeindezentren eingeleitet. Aber wie „Le Monde“ erklärt, gibt es wenig, was sie tun kann, um die Juden auf der Straße und in ihren Häusern zu schützen. Der islamische Antisemitismus verschlingt die Französische Republik.

Laut einer Studie des Ifop ist die „Exposition gegenüber antisemitischer Gewalt in hohem Maße mit dem Tragen einer Kippa verbunden“. Die jüdische Schädelkappe ist in vielen Gegenden Frankreichs aus der Öffentlichkeit verschwunden. In Marseille wurde dies explizit: Ein örtlicher jüdischer Führer rief die Juden zu ihrer eigenen Sicherheit auf, das Tragen der jüdischen Symbole in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Während jüdische Symbole verschwinden, vermehren sich islamische Symbole – von Burkinis an den Stränden bis hin zum Schleier am Arbeitsplatz. Juden, die nicht aus Frankreich geflohen sind, versuchen „unsichtbar“ zu werden.

Bis zum Jahr 2000 war der Pariser Vorort Bondy „mit 250 bis 300 jüdischen Familien und seinen Synagogen am Sabbat schön und ruhig. Jetzt sind nur noch etwa hundert jüdische Familien übrig“, sagte ein Einheimischer, Alain Benhamou, der wegzog, nachdem er die Worte „schmutzige Juden“ an die Wände gemalt sah. Jüdische Familien haben auch Toulouse wegen des Antisemitismus verlassen. Der ehemalige Premierminister Manuel Valls sprach von einer „territorialen, ethnischen und sozialen Apartheid“. Frankreichs Vorstädte werden rasch zu Apartheidgesellschaften.

Die Opfer des Anschlages von Toulouse

Vor ein paar Tagen haben die französischen Behörden Abdelkader Merah, den Bruder des Terroristen, der vier Juden in Toulouse ermordet hat, wegen seiner Beteiligung an einer kriminellen terroristischen Verschwörung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prozess wurde von einem französischen Islamwissenschaftler, Gilles Kepel, als „Biopsie“ des „anderen Frankreichs“ bezeichnet: das islamisierte, entjudaisierte, periphere Frankreich. „Es ist auffallend, dass [Merahs] Mutter nach Jahrzehnten in Frankreich immer noch sehr schlechtes Französisch spricht und dass es notwendig war, einen Übersetzer vor Gericht zu bemühen“, sagte Kepel.

In Seine-Saint-Denis sind heute 40 % der Einwohner muslimisch. Das Ergebnis? Historische jüdische Gemeinden in Städten wie La Courneuve, Aubervilliers, Stains, Pierrefitte-sur-Seine, Trappes, Aulnay-sous-Bois, Le Blanc-Mesnil und Saint Denis verschwinden jetzt. Wegen der mangelnden Sicherheit gibt es in Orten wie Courneuve, wo es 600 bis 700 jüdische Familien gab, heute weniger als 100. Für viele dieser Juden ist es eine zweite Flucht. 70 % der halben Million Juden in Frankreich sind sephardisch: jene Sepharden, die 1492 aus Spanien vertrieben wurden und in den Nahen Osten, nach Nordafrika und in die Türkei flohen, statt nach Europa. Sie kamen zwischen 1956 und 1962 nach Frankreich, als Algerien, Marokko und Tunesien die Unabhängigkeit erlangten – wie zum Beispiel zwei französische Nobelpreisträger für Physik, Claude Cohen-Tannoudji (1996), geboren in Algier, und Serge Haroche (2014), geboren in Casablanca, Marokko.

In einem Vorort südlich von Paris, Kremlin-Bicêtre mit 25.000 Einwohnern, sind heute 25 % Muslime. Bis 1990 waren 10 % der Bevölkerung jüdisch, heute sind es 5 %. Der Antisemitismus hat Frankreich revolutioniert – sowohl geographisch als auch demografisch. Der Judenhass ist zum Entréebillet zu „La France soumise“ geworden: der Unterwerfung Frankreichs.

Giulio Meotti, Kulturredaktor für Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor.

Die Zustände verschlechtern sich nach französischem, belgischen und schwedischen Muster hierzulande mit der Zunahme der islamischen Populationsdichte, die nach aktuellen Erhebungen selbst bei künftiger – bisher keinesfalls hinreichend vollzogener – Sicherung unserer Grenzen erheblich weiter wachsen wird. Dies gilt besonders drastisch für die vor den untätigen, wenn nicht sogar billigenden Augen der politisch Verantwortlichen bereits sichtbar hinausgedrängte und abwandernde jüdische Minderheit.

Importierter gewalttätiger Judenhass muslimischer Einwanderer bleibt nahezu ungeahndet. Eine Abhilfe ist weder von der Seite der etablierten Politik noch von den sich bei der Kanzlerin und ihrer Entourage anbiedernden und bestens domestizierten jüdischen Berufsvertreter zu erwarten, die ganz offensichtlich beharrlich und tragisch die gegenwärtigen Gegebenheiten und die vom etablierten linken Parteienspektrum verursachten wirklichen heutigen Gefahren für jüdisches Leben verkennen. In treuem Schulterschluss mit der deutlich abgewählten linkslastigen Merkel-Regierung, verteufeln sie im Interesse des Machterhalts dieser Kanzlerin alle und jeden, der sich gegen die nahezu ausschließlich von Islam-Appeasement, Israel-Anfeindung und starkem antijüdischen Vorbehalt geprägte etablierte Politik stellt.

Linke Empathielosigkeit gegenüber den hier lebenden Juden, abgrundtiefe Anfeindung des jüdischen Staates gepaart mit linksideologischer Islamanbiederung, Verständnis für islamischen Terror gegen Israel, linke Kumpanei mit dezidierten, die Vernichtung Israels und der Juden anstrebenden islamischen Judenfeinden und das auf linker Weltsicht beruhende Kleinreden von Islam-generierten Gewaltverbrechen gegenüber jüdischen Menschen sind heute die wirklichen Gründe für die zunehmende Ausgrenzung und Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande und in ganz Westeuropa.

Jede Stimme der oppositionellen Vernunft wird larmoyant von linker Seite dämonisiert und in die rechtsradikale Ecke geschoben oder gar mit dem zum Dauer-Totschlagargument gewordenen Begriff „Nazi“ belegt. Davon bleiben irrwitzigerweise selbst Juden, die Nachkommen im Holocaust umgekommener Vorfahren sind, nicht ausgespart.

Dabei ist völlig eindeutig, dass die Juden aus Deutschland und West-Europa trotz der dortigen Unappetitlichkeiten nicht wegen Herrn Gauland, und schon gar nicht wegen Frau Weidel, auch nicht wegen Herrn Wilders verlassen, sondern wegen der von Frau Merkel und ihrer Regierung geduldeten und durch Einlass geförderten gewalttätigen islamischen Judenhass-Mehrung.

Auch als der prominente, durch und durch liberale und Religions-tolerante Schöngeist Karl Lagerfeld der deutschen Kanzlerin mitteilte, dass man, selbst wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, in Deutschland nicht Millionen Juden ermorden kann und dann Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land einlassen darf, erlebte er einen Entrüstungssturm durch unsere Islam-affine Politik und ihre Medien.

Kaum ein Wort der Beachtung, schon gar nicht der Entrüstung war dagegen zu hören als kürzlich deutlich antisemitische schriftliche Einlassungen des britischen Thronfolgers Prinz Charles zur Einwanderung osteuropäischen Juden nach Israel aus der Vergangenheit bekannt wurden.

Ebenso wenig beeindruckt war unsere Politik von dem Umstand, dass am Flughafen Frankfurt und damit auf deutschem Boden wieder Juden selektiert werden. Diesmal von islamischen Judenhassern, die einem jüdischen, israelischen Fluggast trotz vorhandenen Flugtickets die Beförderung in einer kuwaitischen Maschine verweigert haben – einzig und allein deshalb, weil er Jude und Israeli ist – und ein deutsches Gericht die Richtigkeit und Berechtigung dieses widerwärtigen Treibens bestätigt hat.

Allzu einseitig ist die Sicht der etablierten Politik zu Gunsten des Islam und gegen jedes jüdische Interesse gerichtet.

Das belegt auch der neuerliche Geschichts-klitternde Angriff auf den unzweifelhaften jüdischen Ursprung der Thorarollen von Qumran und die Weigerung der deutschen Regierung hier klare Position zu Gunsten Israels gegen einen irrwitzigen und aus der Luft geholten Besitzanspruch einer nur vor wenigen Jahrzehnten von dem Terroristen Arafat erfundenen „palästinensischen“ Nation.

Dabei wird verkannt, dass sich diese Politik des Islam-Appeasements nicht nur gegen die jüdische Existenz in diesem Lande, sondern gegen die gesamte freiheitlichen Werte unserer abendländischen Lebenswelt richtet.

In diesem Sinne ist auch die absolute Koalitions-Farce nach den Wahlen in Deutschland zu verstehen. Es geht trotz Wahlabstrafung durch die Wähler um die Fortsetzung der Islam-Einwanderung im Allgemeinen und den Machterhalt der islamischen Judenhass-Import-Kanzlerin Merkel im Besonderen.

Auch das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen hat an der Zielsetzung nichts geändert. Der in sein Amt von den Wahl-Verlierer-Parteien zuvor hineinproporzte Bundespräsident Steinmeier wittert wieder Morgenluft und sieht eine Chance sich bei seinen alten Freunden, die ihm gerade noch rechtzeitig vor dem Niedergang der seiner Partei den Platz im Schloss Bellevue verschafft haben, erkenntlich zu zeigen.

Wie schon bei seiner Amtsbestellung ohne jede Rücksicht auf das Wohl des Landes oder gar den erkennbaren Volkswillen und trotz einer Erdrutsch-artigen, historischen Wahl-Abstrafung der Parteien der unsäglichen Merkel-Regierung schiebt Steinmeier jetzt mit aller Kraft eine Neuauflage eben dieser Merkel-GroKo an, die dem Land, der Sicherheit seiner Bürger und vor allem seinem jüdischen Bevölkerungsteil mehr Schaden zugefügt hat, als irgendeine Nachkriegs-Regierung vor ihr.

Dazu gehört Ämterköderung für seine unzufriedenen und leer ausgegangenen ehemaligen Parteigenossen ebenso wie gezielte Seitenhiebe auf die noch widerspenstigen Jusos und Druckausübung auf seine alte Partei, einfach auf alle und jeden. Nur sich nicht noch einmal dem Volkswillen stellen – nur keine Neuwahlen.

Mit der Fortsetzung der Politik dieser Kanzlerin und der Beteiligung der SPD dürfte das Ausmaß des bislang schon vielfach irreversiblen Islam-generierten Schadens an unserem freiheitlich-demokratischen Rechtssystem, an unseren Religions-toleranten und Religions-getrennten, säkularen Lebenswerten sowie unserem Aufklärungs- und Revolutions-geläuterten kulturellen Erbe noch schneller und dramatischer zunehmen als bisher.

Dies und die damit auch verbundene zunehmende Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland haben ganz offensichtlich – trotz aller Gedenktags-Heucheleien für tote Juden – die Fehlbesetzung im Amt des Bundespräsidenten allerdings auch schon als Fehlbesetzung im Amt des Außenministers nicht sonderlich gestört.

Der Arafat-Hofierer und deutsche Bundespräsident Steinmeier sieht jetzt wieder die Chance, den Freund des Judenmörders Abbas und glühenden Verfechter des Atom-für-den-Iran-Abkommens Sigmar Gabriel ins Amt zu bringen und eine echte Opposition gegen die Islamisierung außen vor zu halten.

Leider stehen die Zeichen eher gegen eine Änderung dieser zumindest fahrlässigen Politik. Der Islam nimmt Besitz von Deutschland und West-Europa sowie er es im Mittleren Osten getan hat und jetzt auch in Myanmar, Thailand und bald ganz Südostasien, und überall dort tut, wo es ihm eine leichtfertige Selbstaufgabe-Politik im Stile der deutschen Kanzlerin und ihrer politischen Helfer möglich machen.

Der Islam ist allem anderen voran eine sich hinter dem Alibi eines sehr schlechten Religionsplagiats tarnende, in jeder Hinsicht gegenüber Andersenkenden unduldsame, hegemoniale und expansive, radikale Weltbeherrschungsideologie.

Als Andersdenkender unangefochten neben dem Islam zu leben, ist – wenn überhaupt – dann nur dort möglich, wo der Islam noch nicht prävalent ist. Da, wo der Islam dominiert, gibt es keine Rechte und keinen Schutz für Andersdenkende. Das belegt die Minderheiten-Situation in quasi ausnahmslos allen islamischen Regimen.

Sich der aggressiven Ausbreitung des Islam und seiner Anhänger entgegenzustellen, ist ein Vernunft-gebotenes grundliegendes Anliegen simpelster Selbsterhaltung und somit ein legitimer Akt fundamentaler Notwehr.

Da, wo der Islam zu Hause ist, gibt es weder Freiheit noch Toleranz – schon gar nicht für Juden. Die Geschichte der Judenvertreibungen aus dem zwischenzeitlich nahezu vollständigen islamischen Mittleren Osten gibt beredtes Beispiel dafür.

Dank der Existenz des wundervollen demokratischen Staates Israel werden die Juden dieses Mal nicht abgewiesen von Land zu Land herumirren müssen.

Allen nicht-jüdischen Freunden eine schöne Adventszeit und ein frohes Weihnachtsfest.

Allen jüdischen Lesern, allen Kindern, dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ein glückliches und fröhliches Chanuka Sameach.

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

In Frankfurt werden wieder Juden selektiert

Kuwaitisches Unrecht wird in Deutschland vollstreckt

Von Gerd Buurmann

Kuwait verhält sich absurderweise feindlicher gegenüber Israel als gegenüber dem Irak, der es noch 1990 überfiel.

Im Sommer 2016 wollte ein Mann mit Kuwait Airways von Frankfurt nach Bangkok fliegen. Sein Flug wurde jedoch storniert als die Fluggesellschaft herausfand, dass er israelischer Staatsbürger ist. Der Mann verklagte daraufhin die Fluggesellschaft, aber am 16. November 2017 wies das Frankfurter Landgericht die Klage ab und bestätigte, dass Kuwait Airways keine israelischen Staatsangehörigen befördern muss.

Das kuwaitische Gesetz aus dem Jahre 1964, das Vereinbarungen mit israelischen Staatsbürgern verbietet, hat somit auch auf dem Frankfurter Flughafen Gültigkeit. Andere Länder, andere Sitten.

Die Diskriminierung von Israelis hat eine gewisse Tradition in einigen islamischen Ländern. Auch ich bin davon betroffen. Es gibt nämlich acht Länder, die nicht nur Israelis abweisen, sondern darüber hinaus keine Menschen einreisen lassen, die in Israel waren!

Ich kann somit nicht das bunte Nachtleben Libyens erleben und die Schwulen- und Lesbenszene im Sudan muss auch ohne mich auskommen. Ich kann nicht mit Feministinnen im Auto um die Blocks von Saudi-Arabien ziehen. Und das alles nur, weil ich in Israel war! Syrer können mich zu Hause besuchen – ich jedoch nicht mehr Syrer in ihrem Haus!

In Flugzeugen wurden Israelis schon öfter selektiert. Ich war gerade mal fünf Wochen alt, als Juden in einem Flugzeug von Deutschen selektiert wurden. Sie wurden selektiert, um getötet werden zu können. Unter den Selektierten waren auch Kinder!

Am 27. Juni 1976 wurde Flug 139 der „Air France“, der von Tel Aviv nach Paris führen sollte, nach einer Zwischenlandung in Athen entführt. Es waren zwölf Besatzungsmitglieder und zweihundertachtundfünfzig Fluggäste an Bord. Die Entführer nannten sich „Kommando Che Guevara“, benannt nach dem Mann, der noch heute die Herzen vieler „Kapitalismuskritiker“ höher schlagen lässt. Einige Terroristen gehörten zu der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ und zwei Terroristen waren Deutsche. Sie gehörten zu den „Revolutionären Zellen“. Ihre Namen waren Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Gemeinsam zwangen sie die Piloten der „Air France“-Maschine den Flughafen Entebbe in Uganda anzufliegen, da dort die Terroristen durch das Regime Idi Amins unterstützt wurden.

Mit der Flugzeugentführung sollte die Freilassung von insgesamt dreiundfünfzig Inhaftierten aus Gefängnissen in Israel, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz erpresst werden. Darunter waren auch Mitglieder von zwei deutschen Terrororganisationen, nämlich der „Roten Armee Fraktion“ um Andreas Baader und Ulrike Meinhof und der „Bewegung 2. Juni“. Außerdem forderten die Entführer fünf Millionen US-Dollar von der französischen Regierung für die Rückgabe des Flugzeuges.

Die Passagiere wurden in der alten Transithalle des Terminals von Entebbe als Geiseln gehalten, wo sie in Juden und Nicht-Juden selektiert wurden. Die Selektion wurde von den Deutschen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann vorgenommen, die anhand der israelischen Papiere, aber auch aufgrund vermeintlich jüdischer Namen die Menschen selektierten. So wurden auch einige Passagiere fälschlicherweise als Juden identifiziert. Nach der Selektion wurden die Juden als Geiseln gehalten und die übrigen Menschen freigelassen. Ein Überlebender des Holocausts zeigte Wilfried Böse bei der Selektion seine eintätowierte Häftlingsnummer, um ihn so an die Selektion in den Konzentrationslagern zu erinnern. Wilfried Böse erklärte daraufhin, er sei kein Nazi, sondern Idealist.

Wenn Idealisten selektieren, ist es offensichtlich etwas anderes.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

**gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.
Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!**

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Warum Jamaika scheitern musste

Wie aus Staatsträgern Sargträger der Demokratie werden

Von Carl Christian Jancke

ODD ANDERSSEN, AFP

FDP-Chef Christian Lindner mit Bundeskanzlerin Merkel.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Form des vermeintlich satirischen Magazin „Neo Royale“ empfahl Christian Lindner den Selbstmord, nachdem dieser den niveaulosen Sondierungs-Schachereien des unwirklichen „Jamaikas“ ein Ende bereitet hatte: „Möllemann hätte früher die Reißleine gezogen“. Und als Jürgen Trittin die „FDP von Lindner“ als „rechte Protestpartei“ geißelte, war klar, dass der FDP-Chef recht gehabt hatte: Es gab nie ein ausreichendes Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien, um über die Wahl von Angela Merkel zur Kanzlerin hinaus etwas zu bewirken. Wer das von der FAZ veröffentlichte „Protokoll“ der Gespräche liest, erkennt schnell, dass auch die inhaltlichen Differenzen unüberbrückbar blieben.

Die Säuernis auf den Vorzeigeliberalen erklärt sich auch aus der Zerstörung einer Illusion. Schwarz-Grün, so die weitverbreitete, unterschwellige, aber unberechtigte Hoffnung, hätte die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sanktioniert und den der FDP unterstellten „neoliberalen Marktradikalismus“ eindämmen sollen. Tatsächlich wären die „Liberalen“, deren Programm vor sozialdemokratischer Industriepolitik („W-Lan für alle“) nur so strotzt, das fünfte Rad am Wagen der Wahlverwandschaft zwischen Merkels CDU und den Grünen. Kretschmann, Özdemir und Göring-Eckardt vermittelten einen moderaten Pragmatismus, der nicht dem Mehrheitsverhältnis in ihrer Partei entspricht. Auch das zeigte die Rede der grauen Eminenz Trittin, der schon vor vier Jahren den Traum der Leitmedien zerstören wollte, eine Schwarz-Grüne Regierung zu bilden.

Keiner hatte damit gerechnet, dass die Sozialdemokratie den Marsch in die Opposition so schnell abbricht. Da brauchen die Minister ihre Dienstwagen gar nicht erst abzugeben. Martin Schulz hatte mit der Proklamation nur seinen eigenen Posten retten und Andrea Nahles in Schach halten wollen, der er den Fraktionsvorsitz anbot. So unterband er schnell eine Diskussion um seine Person.

Mit der vermeintlich staatstragenden Aufforderung des ruhenden SPD-Mitgliedes Steinmeier ist dem Machterhalt in der Schrumpf-Koalition Tür und Tor geöffnet und die ausgerufenen Forderungen der Sozialdemokraten lassen auf geringes Lernvermögen und einen großen Mangel an Demut schließen. Niemand unter den Stegners, Nahles und Konsorten kommt selbstkritisch auf die Idee, dass sie deshalb nur noch eine 20-Prozent-Partei repräsentieren, weil die Bürger längst begriffen haben, dass sie selbst die sozialen Füllhorne, die die Sozialdemokraten über ihnen ausschütten, bezahlen – abzüglich dessen, was beim Staate hängen bleibt.

Raumschiff Brüssel

Dass es in diesem Land, anders als vom ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments vermutet, der von Brüssel aus ein Raumschiff dirigierte, schon ziemlich gerecht zugeht, ist ebenfalls allenthalben bekannt. Wenn man mal von der Tatsache absieht, dass gerade die Unter- und Mittelschicht über mindestens 40 Prozent des von ihnen erwirtschafteten Einkommens nicht verfügen können und der Durchschnitt der schon länger hier Lebenden 54 Prozent bei Vater Staat abgeben darf.

In jedem Fall sind die Sozialdemokraten um nichts besser als der dämonisierte Christian Lindner. Sie wählen nicht die Kanzlerin, damit das Land zu seinem Wohle endlich eine Regierung bekommt, sondern stellen Forderungen, als ob sie nicht fünf Prozent verloren, sondern zehn Prozent gewonnen hätten. Der Nimbus des edlen Machtverzichts ist verloren gegangen. Die vermeintliche Demut vor dem Wählerwillen hatte eine Halbwertszeit von knapp acht Wochen.

Doch mit ihrem als Altruismus verkleideten Eigennutz sind die Sozialdemokraten nicht allein. Horst Seehofer etwa ist sich gewiss, dass er als CSU-Vorsitzender nur noch dann eine Chance hat, wenn er Söder in München als Ministerpräsident nicht weiter im Weg steht. Deshalb taktiert der schlaue Oberbayer und will sein Forderungen und seine Personal-Vorschläge gerne so spät wie möglich präsentieren. Anders macht Seehofers Seniorenkommission aus den Pensionisten Waigel, Stamm und Stoiber keinen Sinn, die das Personaltableau der Zukunft bestimmen sollen.

Auch die Kritik der Grünen ist nicht die Folge staatspolitischer Verantwortung, sondern tatsächlich dem Verlust der bereits sicher geglaubten Macht geschuldet. Schließlich ist es für die Generation Özdemir wohl die letzte Chance, noch einen Ministerposten zu erhaschen, bevor Ska Keller und Co. ihnen diese streitig machen. Die Grünen überleben bisher nur als „modernere Alternative“ zur Sozialdemokratie, die nicht so penetrant das hohe Lied der „sozialen Gerechtigkeit“ intonieren.

Jamaika wäre der Selbstmord der FDP gewesen

Bevor sich die Liberalen allzu sehr freuen: Auch ihr Austritt aus den Sondierungsgesprächen war vom Selbsterhaltungstrieb motiviert. Wären sie tatsächlich in eine CDU/CSU/Bündnis 90 Grüne/FDP-Koalition eingetreten, so wären sie wieder reihenweise aus den Parlamenten geflogen. Und das wäre dann ihr vollständiges Ende gewesen.

Bleiben die CDU und Angela Merkel, die mittlerweile untrennbar miteinander verbunden zu sein scheinen. Anders ist nicht zu erklären, dass die Partei der Kanzlerin und Vorsitzenden nicht spätestens 2016 den Garaus gemacht hat. Abseits jeder Demoskopie war damals schon erkennbar, dass man bestenfalls trotz ihr noch Wahlen gewinnen konnte. Dass sich die AfD überhaupt etablieren konnte, hat einen Grund: Angela Merkel.

Die Kanzlerin scheint kritikresistent. Sie wisse nicht, so sagt sie, was sie hätte besser machen können. Und niemand könne eine Regierung gegen sie bilden. Nun schwant ihr, dass niemand außer den Grünen eine Regierung mit ihr bilden will.

Die Diskussion in Deutschland gleicht seit Monaten einer politischen Selbstbefriedigung, die die drängendsten Probleme werden schlicht ignoriert. Vordringlich ist die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und die Durchsetzung des Gewaltmonopols im Innern und an den Außengrenzen. Es ist schlicht falsch, wenn Angela Merkel behauptet, diese seien nicht zu schützen. Dass alljährlich hunderttausende, letztlich unberechtigte Asylbewerber einwandern und nur hunderte unter horrenden Kosten abgeschoben werden, ist absurd. 43 Prozent der vermeintlich minderjährigen Zuwanderer sind in Wirklichkeit über 18 Jahre alt, die Kriminalität steigt durch die Zuwanderung, von der islamisch motivierten Terrorgefahr ganz zu schweigen.

Immer „mehr Europa“

Als nächstes steht die europäische Dauerkrise an, die sich nur durch eine tiefgreifende Reform der Institutionen herstellen lässt. Das Elitenprojekt „Europäische Einigung“ ist gescheitert. Die Leute wollen nicht immer mehr Europa, sondern ein besseres, das sich auf seine Kerntugenden konzentriert. Diskriminierungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit (für diejenigen, die nicht in die Sozialsysteme einwandern wollen) und einen funktionierenden Binnenmarkt. Dass man sich dabei das Einhalten absurder Emissionswerte in den Innenstädten vorschreiben lassen wollte, kann schwerlich behauptet werden.

In Berlin wird sich eine Koalition der Verlierer bilden, die froh sind, sich noch einmal auf die Regierungsbank gerettet zu haben. Sie werden einen neuen Vierjahresplan schmieden, den sie Koalitionsvereinbarung nennen und der nicht den Willen der Wähler, sondern das Programm der Parteien und den Goodwill der Funktionäre ausdrückt. Die Lücke, die längst zwischen dem Bürger und der Funktionärskaste klafft, wird langsam zur unüberbrückbaren Schlucht. Profitieren wird davon nur eine Partei: Die AfD.

So werden aus den vermeintlich staatstragenden Parteien und ihren Funktionäre die Sargträger eines überlebten politischen Systems, das dringend einer Reform an Haupt und Gliedern bedarf.

Wir fordern einen jüdischen Feiertag für Deutschland!

Keine Religion existiert so lange auf dem Gebiet des heutigen Deutschland wie das Judentum

Odd ANDERSEN , AFP

Von Eva Quistorp

Das erste Mal in meinem Leben – ich bin ein Nachkriegskind aus dem August 1945 – als ich von einem jüdischen Feiertag gehört habe, war wohl schon bei meiner Patentante Luise Thilo in Haan bei Wuppertal, die in der Zeit der Bekennenden Kirche mit einer Jüdin befreundet war, die überlebt hatte und die mir von ihren Besuchen in tiefer Erinnerung ist. Doch das ging als Kind an mir vorbei. Es gehörte aber zu meiner Lern- und Lebensatmosphäre auch in dem Pfarrhaus der Bekennenden Kirche, in dem ich in Heiligenkirchen, Kleve und Minden mit meinen Eltern aufwuchs.

Mein Vater sprach wortgewaltig und in der prophetischen Tradition fast in jedem Gottesdienst, bei dem ich allmählich etwas verstand, die Judenverfolgung als großes Verbrechen an und donnerte gegen das Versagen der Christen. In vielen Formen, auch beim Tischgebet oder den Zinzendorflosungen (Herrnhuter Losungen) erinnerte er uns ständig an die Wurzeln des Christentums im Judentum, im Alten Testament, der Thora. Bei mir hat sich das tief eingeprägt. Es kam mir selbstverständlich vor.

Doch er hat sich damit in der Nachkriegswendehälsezeit nicht viele Freunde gemacht, galt daher als kantig und anstrengend, und das war nicht karriereförderndend – auch nicht in der Kirche. Er schien aber zu einem Freundeskreis von Johannes Rau und Gustav Heinemann zu gehören, denen ich mit sieben Jahren beim Kreiskirchentag bei uns in Kleve Apfelsaft einschenkte. Sie fanden wohl, dass ich ein nettes rothaariges Mädchen sei, das dann merkwürdigerweise 30 Jahre später die Friedensdemos gegen Atomwaffen in Europa in Bonn organisierte und so die beiden Männer wiedertraf.

> Ein jüdischer Feiertag sollte eingeführt werden! Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern Europas.

Es gibt mir seit einigen Jahren zu denken – daher greife ich in der Erinnerung so weit zurück – dass es weder auf den von mir besuchten Kirchentagen, wo es ja auch den christlich-jüdischen Dialog mit Professor Gollwitzer gab, oder in der Studentenbewegung und APO bei „Teach-ins“ oder bei Adorno und Habermas (und was ich alles in den 60ern noch an Büchern verschlungen habe), im Suhrkamp- oder Rowohlt-Verlag irgendeinen Essay gab (Zeitungen habe ich damals nicht gelesen), wo ein offizieller jüdischer Feiertag für Deutschland gefordert hätte. Als Teil der sogenannten Aufarbeitung, wegen der Einsicht in die Schuld der Naziverbrechen und ihrer Mitläufer, als eine Form des Neuanfangs hätte man damit ein Zeichen setzen können.

Mit dem Judentum in Form lebendiger Menschen traf ich dann im Hause Gollwitzer durch seine Frau, seine ehemalige Verlobte Eva Bild, zusammen und als meine Patentante Luise mich zu ihrer alten Freundin Shapiro nach Turin schickte, wo ich vollkommen naiv war und fast nur von den Themen der Studentenbewegung sprach.

Ausgerechnet die internationale Friedensbewegung gegen Atomwaffen wurde bei mir zu dem Ort der Begegnung und Kulturerweiterung,bei der ich das erste Mal gemeinsam mit Juden aus England, Frankreich, Italien, Griechenland, den USA und Russland zusammen aktiv sein durfte.

Ebenso machte ich in den 90ern gegen die Belagerung von Sarajevo und den Völkermord in Sebrenica mobil, wiederum mit jüdischen Menschenrechtlern und Journalisten aus England, den USA, Polen und Frankreich, während ich in Deutschland zu diesem Thema kaum Mitstreiter fand.

Das erste Rosch Haschana

Es war Cora Weiss, eine Friedensaktivistin und Intellektuelle aus den USA, die mich zusammen mit ihrem Mann Peter Weiss, das erste Mal in meinem Leben zu einem jüdischen Festtag einlud: Rosch Haschana. Sie fragte fragte mich, in welches jüdische Restaurant sie da mit mir und Solange Fernex, meiner Anti-Atom-Freundin aus dem Elsass, gehen könne. Damals gab es weder Internet noch Google und ich traute mich nicht nach der Geschichte des Festes zu fragen. Bei dieser Gelegenheit lernte ich aber zum ersten Mal, dass dieser Tag das Neue Jahr nach dem jüdischen Kalender feiert. Dass die Juden eine Zeitrechnung haben, die nicht mit Christi Geburt beginnt, das hatte ich in meinem Elternhaus gelernt – aber nicht in der Schule.

Erst als Micha Brumlik in Frankfurt ein jüdisches Bad vor dem Abriss zu retten versuchte, meldete ich mich zum Thema jüdische Kultur in Deutschland öffentlich als Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen zu Wort und unterstütze ihn.

Auch für das jüdische Ehepaar in Bonn, das bei Bauarbeiten für ein Hotel die Fundamente einer jüdischen Synagoge besetzte und das sich gegen

die Verwahrlosung jüdischer Friedhöfe oder deren Schändung durch rechtsradikale Jugendliche starkmachte, setzte ich mich ein.

Aber irgendwie dachte ich immer, dass ich mich in die Forderungen, die die lebenden und nach Deutschland wiederkehrenden Juden stellen, nicht einmischen.

Als in den Medien gemeldet wurde, dass die NPD zu Wahlen antritt und sich Neonazis wieder in der Öffentlichkeit breitmachten, kaufte ich mir zum ersten Mal den jüdischen Kalender als „Gegengift“ und bin das erste Mal in eine jüdische Buchhandlung in Berlin gegangen.

Nachdem ich eine schweren Autounfall überlebt habe, bei dem ich in Andalusien auf dem Bürgersteig angefahren wurde von einem, der entweder an Drogen oder am Handy hing, bin ich aus Dank mein Überleben, zum ersten Mal in Berlin in eine Synagoge gegangen – erst im Jahre 2000!

Es war in der linken Szene Westberlins überhaupt nicht üblich, die Synagoge zu besuchen oder Kontakt zur jüdischen Gemeinde zu halten – eher im Gegenteil.

Die Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ soll sogar einen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum geplant haben und viele Linke aus der Westberliner Szene sympathisierten eher mit den „Palästinensern“ und fuhren zur Waffenausbildung nach Jordanien oder in den Libanon. Ich habe da mal eine Einladung ziemlich bewusst abgelehnt – auch wenn ich das unzerstörte und schöne Beirut so nie im Leben gesehen habe. Aber das hatten mir meine Eltern und mein Professor Gollwitzer ziemlich nahe gebracht – dass ich als Deutsche für das Existenzrecht Israels einzutreten habe.

Ich dachte nur viele Jahrzehnte lang, „das machen schon andere als ich, der Staat, die Parteien, die Kirchen, die Kultur.“ Ich war naiv. Rückblickend konnte ich beispielsweise gar nicht glauben, dass der Auschwitzprozess noch solche Widerstände ausgelöst hat und dass Fritz Bauer so viele Gemeinheiten und Widerstände erfahren musste – was ich alles erst Jahre später erfuhr.

Spätestens seit dem Film über Fritz Bauer, der ja erst viele Jahrzehnte später herauskam, fragte ich mich, ob eventuell die 68er-Generation doch einiges vergessen und nicht richtig diskutiert hat.

Wie z.B. den 5. Juni 1967, als der 6-Tage-Krieg ausbrach und ich wie die meisten nur mit dem Mord an Benno Ohnesorg als einem von uns beschäftigt war, und von der Politik und den Kriegen im Nahen Osten wenig wusste. Ja, es gab die deutsch-israelische Studentengruppe, es gab Reisen nach Israel, es wurde über Philosemitismus diskutiert, aber der Antisemitismus schien Geschichte und vergangen zu sein.

Die Stolpersteine scheinen eine gute Form das Gedenkens an die vertriebenen und ermordeten Juden Europas zu sein. Es gibt „Aktion Sühnezeichen“, den „Verein gegen das Vergessen“, die Städtepartnerschaften, die Jüdischen Kulturtage etc.

Der Grüne Ströbele forderte einen islamischen Feiertag

Doch spätestens als Hans-Christian Ströbele von Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten zu Gewalt in arabisch-moslemischen Milieus als Hilfsmittel für Integration ausgerechnet einen islamischen Feiertag forderte, sträubten sich mir alle Haare – und ich habe viele.

Ungeheuerlich fand ich diesen Vorschlag. Wie kann man im Land, das den Holocaust an den Juden organisiert und wenige der Überlebenden entschädigt und zurückgeholt hat, einen moslemischen Feiertag fordern, ohne je an einen Feiertag der Juden gedacht zu haben und sich dafür eingesetzt zu haben? „Da stimmt doch was nicht!“, sagte ich mir damals.

Nun aber – nachdem fast eine Million Moslems aus recht reaktionären und israelfeindlichen Ländern von Merkel (bejubelt von vielen Parteien, den Kirchen und Medien) als „humanitäre Großtat“ illegal ins Land gelassen wurden – und kurz bevor die AfD nicht nur in Landtagen, sondern auch bei der Bundestagswahl mehr als 10 Prozent gewinnen würde, wurde dieser Vorschlag wieder aufgegriffen.

Die Zeiten haben sich gewandelt, und was gestern noch ein Grüner forderte, schlägt heute ein CDU-Innenminister namens Thomas de Mazière vor. Von dem glück- und planlosen SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz wurde der Vorschlag sogleich nachgeplappert, schließlich will man auch Wählerstimmen der Moslems – anscheinend auch von Erdogan-Anhängern und DITIB-Followern.

In den Medien wurde über den Vorstoß berichtet, aber kaum kritisiert, nicht einmal als Opportunismus, geschweige denn als vollkommen falscher Ansatz zur Integration der Moslems.

Dass der Antisemitismus sich nicht nur bei Alt- und Neonazis sowie in Teilen der Höcke-AfD wieder breitmacht, wird noch immer zu wenig wahrgenommen.

Bereits im Oktober 2015 habe ich darauf hingewiesen, dass es sofort geändert werden sollte, dass in Deutschheften für Asylbewerber nur Moschee und Kirche, aber nicht die Synagoge vorkommt. Bis heute wurde dieser Missstand nicht behoben, und seitdem trage ich mich mit dem Gedanken, einen jüdischen Feiertag für Deutschland zu fordern!

Einen jüdischen Feiertag, damit alle, die nach Deutschland wollen, hier leben und arbeiten wollen, wissen, dass dieses ein Land ist, in dem Juden leben und mit ihrer Religion und Kultur und Leistungen respektiert werden und eine lange Geschichte haben, voll wissenschaftlicher, wirtschaftler und künstlerischer Erfolge.

Nun, ich möchte praktisch werden: Wann, wenn nicht jetzt, wo die Integrationsfrage so hohe Wellen schlägt und sich Europa neu formiert, wo der Antisemitismus auch in Ungarn und Frankreich leider um sich greift und der islamistische Terror viele west-europäische Länder bedroht?

Ein jüdischer Feiertag sollte eingeführt werden! Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern Europas.

Jom Kippur, welches ich in der Synagoge in Berlin erlebt habe, ist – wie es mir scheint – ein zu „schwieriges“ Fest für alle.

Rosch Haschana, das jüdische Neujahrsfest

Jedoch gibt es ein Fest im jüdischen Kalender, das als „gemeinsamer Feiertag“ dienen könnte: Rosch Haschana, das jüdische Neujahrsfest.

Laut der jüdischen Weisen im Babylonischem Talmud werden bei der Rosch Haschana alle Menschen dieser Welt gerichtet, und zwar nicht nur Juden, sondern wirklich alle. Deshalb wäre ein Tag, an dem man innehält und über sein Leben nachdenkt, gerade in unseren Zeiten dringend nötig.

Eva Quistorp

Da in Neujahrs-Feierlichkeiten immer die Hoffnung auf einen Neuanfang, auf Überwindung des Bösen und der vergangenen Schuld enthalten ist, ist es gut, wenn wir alle als Teil einer gemeinsamen weltoffenen Leitkultur Europas auch in Deutschland lernen, die wichtigsten Feiertage anderer Religionen zu kennen, wie es der interkulturelle Kalender ja seit Jahren versucht – und Rosch Haschana als Teil der langen deutsch-jüdischen Kultur anzuerkennen.

Ich würde mich freuen, wenn ich noch erleben dürfte, dass im Jahreskalender der Kitas, Schulen und Unis vielleicht schon im Jahr 2019 – 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland – ein jüdischer Feiertag eingeführt wird.

Ich fordere meine jüdischen Freunde zur Diskussion auf und hoffe, dass einige dazu schnell und vereint aktiv werden und so die großen Reden von Integration und Toleranz konkretisieren.

Ich fände es tröstlich, wenn ich jetzt langsam alt werde und auch eingestehen muss, was ich übersehen oder vergessen habe in meinem politischen Leben, wenn es neben dem 27. Januar und dem 9. November das jüdische Neujahrsfest, einen positiven jüdischen Tag also, als gemeinsamen Festtag in Deutschland geben würde.

(Ich danke Rabbiner Elischa Portnoy für die Beratung)

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.**

Integrationsräte – nützlich, überflüssig oder schädlich?

„Interkulturelle Öffnung" als Euphemismus für „feindlichen Übernahme"

Von Jaklin Chatschadorian

Die Ehefrau von Bundespräsident Steinmeier und Aydan Özoguz begrüßen eine Vertreterin des Islams.

Bernd von Jutrczenka, AFP

Integrationsräte sind kommunale Gremien, die zwischen Migrant und Kommune als Mittler stehen. Sie sollen sich für die Vereinfachung der dem Migranten obliegenden Integration in die Stadtgesellschaft einbringen, etwa durch Konzepte für städtische Integrationsangebote.

Die Mitglieder der Integrationsräte gelten regelmäßig ausschließlich aufgrund ihres eigenen Migrationshintergrundes als Experten. Eine gesonderte fachliche Ausbildung oder politische Erfahrung ist ebenso wenig Voraussetzung wie eine abgeschlossene Integration, ein abgeschlossener Schulabschluss oder eine besondere Loyalität gegenüber der Allgemeinheit, in welche es zu integrieren gilt. Einzig der Wille zur Teilhabe sowie eine geglückte Wahl eröffnen den Weg in die politische Beratung und Mitgestaltung städtischer Belange mit Integrationsrelevanz. In keinem anderen Bereich ist der Weg in die Führungsebene, und ein direkter Draht in die Stadt- und Landespolitik so kurz und bequem.

Unterwanderung durch Radikale

Es versteht sich von selbst, dass gerade finanzstarken Migranten- und Religionsverbänden viel daran liegt, bei der Besetzung dieser Gremien die eigenen Leute zu entsenden. Die Wahlkampfhilfe, die in bestimmten Kreisen bei Briefwahlen als Wahlschein-Ausfüllhilfe für die nicht Deutsch sprechende Klientel angeboten wird, mag ehrliche Demokraten überraschen und empören. Sie gehört aber zum Standardrepertoire vieler Mitspieler. So kommt es, dass neben den wenigen, meist unerfahrenen Migranten mit gutem Willen viele Kollegen mit einer eigenen politischen Agenda und einer verfassungsfeindlichen, nationalistischen oder nationalislamistischen Organisation im Rücken, neben einem sitzen und mitgestalten.

Zwar darf der Integrationsrat nur bedingt Fragen allein entscheiden. Doch darauf kommt es nicht an, wenn kommunale bzw. landespolitische Entscheider fragwürdige Personalien und Qualifikationen auf ein Podest heben. Die sich hierhinter verbergende Unlust, sich selbst mit bestimmten Dingen rational zu beschäftigen, die Arroganz, sich für wichtigere Dinge aufzuheben und die Gier nach versprochenen neuen Wählerpools sowie nicht zuletzt auch die Popularität, die einem aus diesem orientalischen Bazar entgegengebracht wird, sind Antrieb eines Soges, welcher sich allem voran zu Lasten der Allgemeinheit auswirkt.

In der Integrationspolitik gelten, angesichts der Zusammensetzung der Gremien, ungeschriebene Gesetze, die es zu beachten gibt, wenn man nicht Verruf geraten will. Es ist eine einzigartige, aber sich auch in anderen Bereichen etablierende Übernahme orientalischer Mentalitäten.

Orientalisches Stillhalten statt westlicher Diskussionskultur

Allem voran geht es um bestimmte Wahrheiten, die Harmonie garantieren sollen. Dieser Gleichklang von Inhalten ist mitnichten Kennzeichnen einer gesunden Demokratie. Freiheitlich-demokratische Gesellschaften des Westens sind gerade wegen der Debatte, dem Streit, dem Zweifel und der Kritik zu neuen und guten Ergebnissen, zu Fortschritt und Wohlstand gelangt. Hingegen ist es gerade der islamisch geprägte Orient, der keinen Widerspruch gegen herrschende Meinungen und Obrigkeiten duldend in entscheidenden Bereichen stehengeblieben ist. Es ist letztlich nicht nachvollziehbar, warum unsere Gesellschaft ihren eigenen Motor boykottiert und sich – auch an dieser Stelle – in Unterwerfung übt.

Die Einheimischen als Gegner

Zu den integrationspolitischen Wahrheiten gehört der nicht auszurottende Rassismus der Deutschen, in dessen Folge es das „WIR und DIE" stets zu beachten gilt. Während das WIR für alles Gute steht, steht das DIE nicht nur für den politischen Gegner, sondern das deutsche Volk. Diese sich selbst überhöhende Segregation ist existentiell für das politische Wirken integrationspolitischer Akteure. Gleichwohl wird es, um die Harmonie nicht zu stören und sich selbst nicht das Geschäft zu verderben, nicht offen ausgesprochen. Man spricht nicht verallgemeinernd von „den Deutschen" und einem „latenten Rassismus", welchen man gerne mit der Geschichte des Holocausts instrumentalisierend in Verbindung bringt, sondern von der „Verwaltung" und von „institutionellem Rassismus" oder von „vermehrter Beobachtung der Ablehnung von Nordafrikanern" anlässlich der Silvesternacht von 2015/2016. Ja, es geht in dieser Welt um die Silvesternacht von Köln, in der viele Männer feiern wollten und Grenzen nicht eingehalten wurden. Es geht nicht um die massenhafte Bedrängung, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung von Frauen. Es geht nicht um Diebstahl, Raub und Sachbeschädigung. Es geht nicht um moslemische Männer, ihre Sozialisation, das übersexualisierte Verhältnis zu Frauen. Zudem soll es, jawohl so soll es gewesen sein, auch deutsche Männer gegeben haben, die in jener Nacht Frauen bedrängt haben. So wie auf dem Oktoberfest, Jahr für Jahr.

> „In keinem anderen Bereich ist der Weg in die Führungsebene, und ein direkter Draht in die Stadt- und Landespolitik so kurz und bequem.

Mantra: „Alle wollen sich integrieren, aber dürfen nicht."

Alle Migranten sind gut, wollen sich integrieren und dürfen nicht. Das ist das zweite Mantra der Integrationspolitik. Schuld ist das unzureichende Angebot an Migranten, die Erschwerung der Teilhabe, das Schulsystem, der Lehrer, das Amt, die mangelnde Kultursensibilität städtischen Personals, der Deutsche, die mangelnde Wertschätzung des Migranten, seiner Herkunft und Sprache. Kurz: Der überall zu spürende deutsche Rassismus.

Für einzelne Migranten, die medial negative Aufmerksamkeit erregen, gilt es die Medien und nicht die Sozialisation in bestimmten Migrantengruppen zu kritisieren. Es gibt keinen Nationalismus unter Migranten, am wenigsten unter denen aus der Türkei. Frauen mit Migrationshintergrund sind gleichberechtigter und erleben weniger häusliche Gewalt und Vergewaltigung als manche ihrer deutschen Geschlechtsgenossinnen. Es gibt keinen Islamismus unter Muslimen. Jene, die sich in die Luft sprengen oder mit Macheten durch deutsche Straßen laufen, haben ihren Glauben falsch verstanden, sie missbrauchen ihn. Sie sind keine Muslime. Basta.

Während man in allen Bereichen der Politik hart an der Sache kämpft und debattiert, ist man sich in der Integrationspolitik immer einig, will nur Gutes für Gute. Wage keiner ein Veto zu erheben. Jeder – noch so offensichtlich ungeeignete – Vorschlag ist der Diskussion würdig und darf den Anspruch erheben, ernstgenommen zu werden. Einzige Bedingung: Die Vorschläge müssen von den Experten kommen und in erster Linie diesen dienen.

Ein Beispiel aus der Praxis: In Köln meldet sich ein Integrationspolitiker, der dem türkischen Nationalislamismus zuzurechnen ist, zu Wort. Er erzählt von seiner letzten Anstellung, ein Praktikum im Flüchtlingsheim, im Bereich Hausverwaltung und Security. Ausgehend von seinen dortigen Beobachtungen unterbreitet er, im Rahmen einer öffentlichen Sitzung, den Vorschlag, im Rahmen der Verteilung von Gebrauchsgegenständen bitte darauf zu achten, dass dem weiblichen Geschlecht zuzuordnende Hygieneartikel bitte nur von weiblichen Mitarbeitern an weibliche Flüchtlinge verteilt werden sollen. Es gehe um Kultursensibilität in muslimischen Kreisen, die es integrationsfördend zu achten gelte. So wird dieser Vorschlag, um den Herrn nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, süffisant angenommen und man wechselt schnell zum nächsten Thema.

Die Zwickmühlen des moslemischen Überlegenheitsdenken

Ein neues Flüchtlingsheim? Ja. Ein Frauenhaus für Musliminnen. Ja. Nein, lieber nicht. Sonst könnte man meinen, Gewalt gegen Frauen sei ein religiös bedingtes Problem. Was also tun mit den anständigen Frauen, die nicht mit den nichtmuslimischen Prostituierten und Dro-

genabhängigen in ein Zimmer wollen? Nächstes Thema. Denn dieses ist nicht zu lösen, ohne den Ruf der Muslime zu schädigen.

Auch ein kritischer Umgang mit Migranten oder mit vom Verfassungsschutz beobachteten Vereinigungen ist alles andere als erwünscht. Wer hier von türkischen Rechtsextremen wie den „Grauen Wölfen“ oder der vom Verfassungsschutz beobachteten „Milli Görüs / IGMG“ spricht, zeigt seine Vorbehalte gegen alle Muslime. Er übertreibt und nutzt die Effekthascherei der Medien. Wer mit Verfassungsschutzberichten argumentiert, wird auf den NSU-Skandal hingewiesen. Also ist es legitim, während einer Integrationsratssitzung die Hand zu heben und das Wort für eine der ältesten Moscheen Kölns zu ergreifen. Lasst uns doch bitte gemeinsam ein neues Mietobjekt zur Moscheegründung finden, eben auch eines für eine der „Milli Görüs“-Gemeinden, die zu ihrem Antisemitismus und ihrer Christenfeindlichkeit stehen, obgleich sie über diese Überzeugungen nicht in deutscher Sprache sprechen.

Amtssprache aushebeln – Integration verunmöglichen

So kommt es, dass ein Integrationsrat empfiehlt, im Rahmen des städtischen Services die städtischen Behörden anzuweisen, nicht autochton deutsche Mitarbeiter aktiv zu ermuntern, die eigene Herkunftssprache im Rahmen Kundenbetreuung einzusetzen. Dass nach § 23 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz Deutsch als Amtssprache gilt und dass dies einen bestimmten Grund hat, die Regelung etwa der Rechtssicherheit dient, darf den Nichtrassisten nicht interessieren.

Dass mit einer solchen Maßnahme jede Motivation zum Erlernen der deutschen Sprache im Keim erstickt wird, ist gewollt. Es geht – zwischen den Zeilen immer – darum, aus diesem Land, ganz im Sinne der immer noch amtierenden Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz, das Deutschsein jeden Tag neu zu verhandeln und mit ausschließlich der eigenen Kultur (in Ermangelung einer deutschen Kultur!) zu bereichern. Manch einer spricht von Deutschenfeindlichkeit und Eroberung.

Die schleichende moslemische Bevorzugung

Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger mit Wohnsitz in Deutschland (also für die türkischen Staatsangehörigen ebenso wie für die nicht zu integrierenden Integrationsverweigerer und Flüchtlinge), die Bebilderung städtischer Flyer mit Personen „migrantischen Aussehens“, die Bevorzugung von Personen mit Migrationshintergrund bei der Besetzung von Arbeitsplätzen, die Einrichtung eigener Schwimmbadzeiten nur für muslimische Frauen, die Durchbrechung des staatlichen Neutralitätsgebotes mit klagefreudigen Trägerinnen des islamischen Kopftuches, die Einrichtung sog. binationaler Kindergärten und Schulen sind nur einige weitere Ziele einer fehlgeleiteten Integrationspolitik in Bearbeitung.

Es geht bei der Einrichtung binationaler (vorwiegend deutsch-türkischer) Kindergärten und Schulen nicht um die Vereinfachung der Integration des einzelnen Schülers, sondern um die Etablierung der türkischen Sprache, in Konkurrenz zu den Weltsprachen Englisch oder Französisch. Wer Maßnahme und entsprechende Studien kritisiert, gilt als Rassist. Er zeigt damit schließlich, dass es ihm an der Wertschätzung für Sprache und Kultur der sog. Herkunftsstaaten fehlt.

Rassismus von Migrantenseite

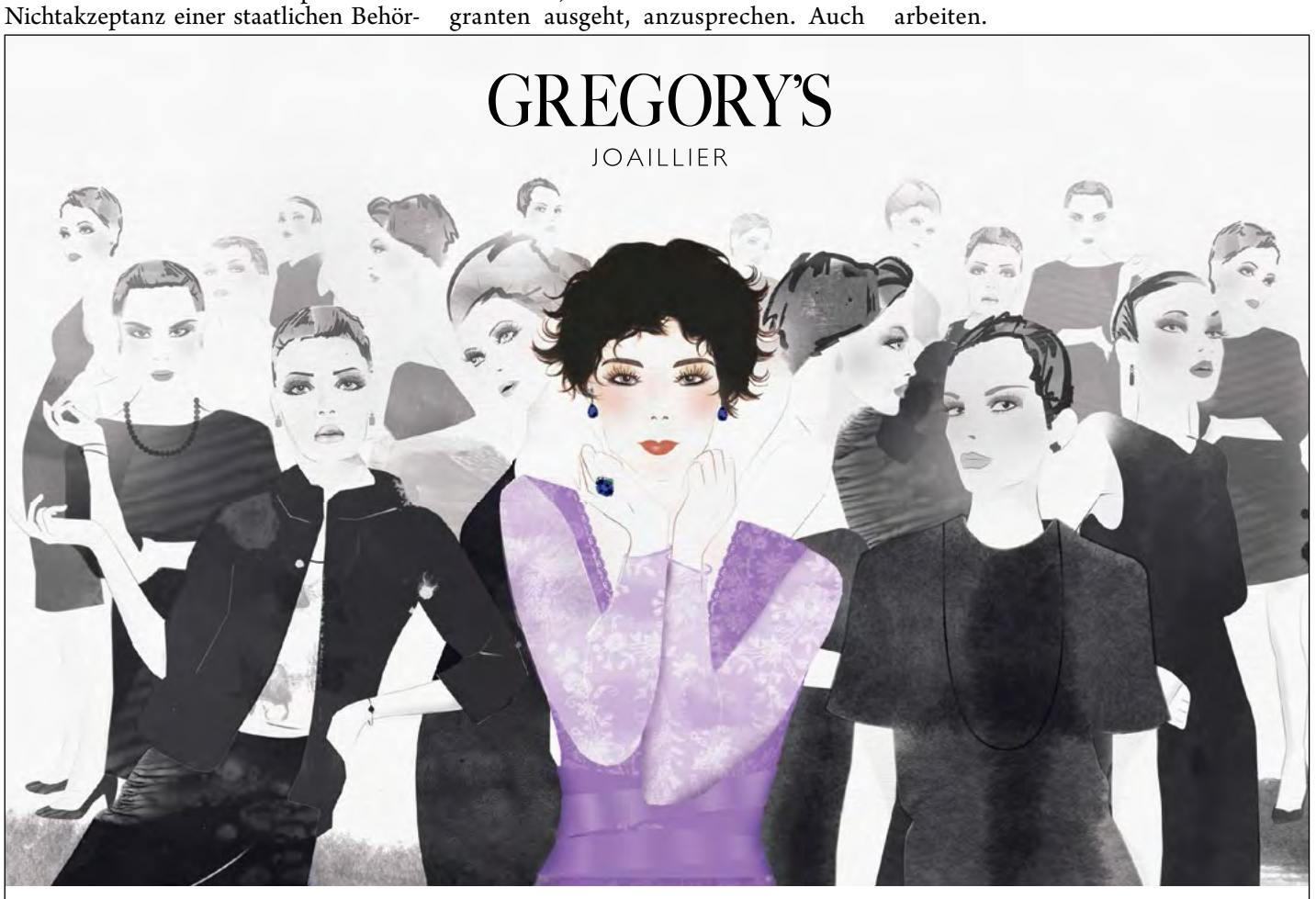
Hinter dem wohlfeil klingenden Aushängeschild der „interkulturellen Öffnung der Verwaltung“ verbirgt sich die Taktik einer feindlichen Übernahme. Mit der Aufforderung, in entscheidenden Bereichen des Staates die Gesellschaft „widerzuspiegeln“ und Diskriminierung in Bewerbungsverfahren zu unterbinden, werden staatliche Arbeitgeber de facto zur Diskriminierung von deutschen Bewerbern aufgefordert. Es wird die integrationspolitische Wahrheit verbreitet, dass eine interkulturelle Stadtverwaltung Alltagsdiskriminierung (der latente Rassismus der Deutschen) verhindere und zudem integrationsförderlich sei, weil (sic!) viele Migranten sonst staatliche Behörden nicht so leicht akzeptieren. Die Nichtakzeptanz einer staatlichen Behörde bzw. des den Staat vertretenden Sachbearbeiters allein aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um ethnisch deutsche Mitarbeiter handelt, wird hier unredlich als Kultursensibilität behandelt. Dabei geht es einzig um Rassismus – von Migrantenseite.

> Über ihren Antisemitismus und ihre Christenfeindlichkeit sprechen sie nicht – nicht in deutscher Sprache.

Die Tatsache, dass viele Kommunen (in Nordrhein-Westfalen etwa) vergeblich Migranten für die Verwaltung suchen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Es zeigt, dass es gerade bei der Ausbildungsplatzvergabe nicht um Diskriminierung junger Migranten geht, sondern um fehlende Qualifikation geht.

Der Schaden entsteht auf Seiten der Allgemeinheit. Es gibt keinen etablierten Politiker, der sich traut, den Rassismus, der von muslimischen Migranten ausgeht, anzusprechen. Auch die meisten Medien weigern sich noch immer diesem Bereich die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und konzentrieren sich allenfalls auf den Rassismus, der von Dschihadisten in Aktion ausgeht. Und selbst da überwiegen nicht selten Diskussionen um den psychischen Gesundheitszustand moslemischer Attentäter, um zum Beispiel dem politischen Islam, dem man nun überall, wohlwollend, naiv und zuweilen zum eigenen Vorteil die Türen geöffnet hat, nicht die Absolution zu nehmen.

Eine Integrationspolitik mit Integrationspolitikern, die nicht an der Integration muslimischer Migranten in die deutsche Gesellschaft interessiert sind, weil sie ebendieser nur Verachtung bzw. Selbstüberhöhung entgegenbringen, kann nicht zum benannten Erfolg führen. Es stellt sich daher die Frage, warum dieses Spiel so vehement aufrechterhalten wird? Ein existenzberechtigender Teufelskreislauf darf als Legitimation nicht ausreichen. Es ist Zeit über die Abschaffung dieser Gremien nachzudenken und an Alternativen zu arbeiten.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A I0707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Die Opfer-Familien vom Breitscheidplatz klagen an

Die Angehörigen der Terroropfer vom Dezember 2016 in einem offenen Brief zur mangelnden Anteilnahme von Bundeskanzlerin Merkel

John MACDOUGALL, AFP

Von Gerd Buurmann

In einem offenen Brief an Angela Merkel erheben Familienangehörige aller zwölf Todesopfer, die am 19. Dezember 2016 von einem islamistischen Terroristen in Berlin ermordet wurden, sowie Menschen, die bei dem Anschlag verletzt wurden und Nothelfer, die am Breitscheidplatz erste Hilfe geleistet hatten, schwere Vorwürfe an die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung.

Die Angehörigen erklären:

* Deutschland mangele es an grundlegender Professionalität im Umgang mit dem Terrorismus.

* Es herrsche ein Kompetenzchaos bei den deutschen Behörden.

* Die Berliner Behörden hätten nicht ausreichend gut mit den Angehörigen der Opfer kommuniziert. Es wären Rückrufe versprochen worden, die jedoch nicht erfolgt seien. Es soll sogar Zurechtweisungen von Angehörigen gegeben haben.

* Angela Merkel sei ihrem Amt nicht gerecht geworden.

* Der Anschlag am Breitscheidplatz sei eine tragische Folge der politischen Untätigkeit von Angela Merkel und ihrer Bundesregierung.

Die Angehörigen bemängeln:

* Die Bundeskanzlerin habe den Angehörigen fast ein Jahr nach dem Anschlag weder persönlich noch schriftlich kondoliert hat.

* Heiko Maas habe keine Anstrengungen unternommen, zumindest alle Familienangehörigen ersten Grades direkt zu erreichen.

> „Ist das Erinnerung oder kann das weg?“

* Das erste offizielle Schreiben von Bundesjustizminister Heiko Maas soll erst 22 Tage nach dem Anschlag gekommen sein und sei nur an einen Teil der Familienangehörigen gerichtet gewesen.

* Es habe ganze 60 Tage gedauert, bis der damalige Bundespräsident Joachim Gauck die Angehörigen zu einem Zusammentreffen eingeladen und kondoliert haben soll.

* Die Angehörigen hätten tagelang nicht gewusst, wo sie ihre Opfer finden konnten und wie es um sie stand.

* Der Trauergottesdienst habe bereits stattgefunden, als noch nicht alle Angehörigen wussten, dass ihre geliebten Menschen unter den Todesopfern waren.

Der offene Brief kann im „Spiegel“ nachgelesen werden.

Wer den offenen Brief gelesen hat, wundert sich nicht mehr über die Art und Weise, wie den Opfern auf dem Breitscheidplatz gedacht wird. Einige Monate stand an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eine provisorische Erinnerungsstätte. An dieser Stätte waren allerdings sämtliche deutschen Opfer gesichtslos. Nur von einem deutschen Opfer wurde der Name genannt. An die Opfer aus Italien, Tschechien, Israel und Polen wurde mit Namen und Gesicht erinnert. Ich schrieb vor einiger Zeit dazu:

„Solange die Opfer des Anschlags kein Gesicht und keine Geschichte haben, werden deutsche Politikerinnen und Politiker weiterhin so unsägliche Dinge sagen wie: ‚Wir lassen uns unsere Art zu leben nicht nehmen!‘“

Uns wurde am 19. Dezember 2016 aber sehr wohl etwas genommen. Uns wurden zwölf Welten genommen! Zwölf Menschen, die leben und lieben wollten, zwölf Menschen mit einem Gesicht. Der Philosoph Emmanuel Lévinas sagte einst: „Im Antlitz des Anderen erkennst Du Gott“

Im November 2017 wurde der provisorische Erinnerungsort lieblos auf einen Haufen gefegt. Wer dafür verantwortlich ist, weiß niemand.

Ich schrieb damals: „Wie geschmacklos. Jetzt fehlt eigentlich nur noch, dass Lastkraftwagen zur Belieferung des Weihnachtsmarkts über die Kerzen fahren!“

Nachdem der alte Erinnerungsort weggekehrt war, wurde eine neue provisorische Gedenkstätte am Breitscheidplatz errichtet.

Hinter dieser neuen Gedenkstätte liegt die alte Gedenkstätte wie eine Müllhalde. Ich frage damals: „Ist das Erinnerung oder kann das weg?“

Am 19. Dezember 2017 soll den beiden provisorischen Gedenkstätten eine offizielle Gedenkstätte folgen. Der Senat der Stadt Berlin hat entschieden, dass der Boden auf dem Breitscheidplatz einen Riss bekommen soll, der mit einer goldenen Legierung aufgefüllt wird. In die Stufen der Gedächtniskirche sollen zudem die Namen der Opfer verankert, sowie ihre Herkunftsländer erwähnt werden.

Hoffentlich geht die Stadt Berlin im Rahmen der Einweihung des neuen Mahnmals mit der Entsorgung der alten Gedenkstätten würdevoller um als es bisher geschehen ist und fegt nicht einfach alles in eine Ecke auf einen Haufen und lässt es dort erst mal für unbestimmte Zeit liegen.

Und vielleicht meldet sich endlich auch mal Angela Merkel bei den Angehörigen!

Berliner Polizei: Der Feind über den eigenen Reihen

Auch die gezielte Unterwanderung der Berliner Ordnungskräfte wird man nicht durch Diffamierung der Whistleblower beseitigen

Von Alexander Wendt

CLEMENS BILAN, AFP

Polizeipräsident Klaus Kandt

Kürzlich gab es einen Auftritt von Innensenator Andreas Geisel (SPD), Polizeipräsident Klaus Kandt und Noch-Vizepolizeipräsidentin Magarete Koppers vor dem Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, der die Stadt eigentlich hätte erschüttern müssen. Wenn es sich bei der Stadt nicht ausgerechnet um Berlin handeln würde, die Schlimmergehtsnichtmehr-Metropole.

Anzutreten hatten die politisch Verantwortlichen, nachdem Berichte über Polizeianwärter aus kriminellen Großfamilien und Polizeischüler mit Migrationshintergrund und auffälligen Disziplinproblemen durch Whistleblower in die Medienöffentlichkeit gelangt waren. Nach den ersten Berichten in der Hauptstadtpresse begann zunächst eine mediale Gegenoffensive: Kaveh Kooroshi, Redakteur des ARD-Magazins „Panorama“, erklärte nicht die Zustände an der Berliner Polizeiakademie auf der Internetseite des Politmagazins zum Skandal, sondern die Berichte und Debatten darüber.

„Es ist schon absurd, was derzeit in Berlin passiert. Polizeiausbilder verunglimpfen Polizeischüler mit Einwanderungshintergrund in rassistischer Weise – und das wird – das ist das wirklich Absurde – von weiten Teilen der Politik und den Medien wie ernstzunehmende Sachkritik ‚geprüft‘. Geprüft heißt hier, dass den anonymen Vorwürfen von angeblichen Polizeiausbildern nachgegangen wird.“

Kein „angeblicher“, sondern ein tatsächlicher Ausbilder

In Koorshis Satz stecken gleich drei Manipulationen. Erstens weiß die Polizeiführung mittlerweile, wer der Beamte war, der in einem heimlichen Audiomitschnitt die Disziplinlosigkeit in seiner Klasse dokumentierte. Es handelt sich also erstens nicht um bloße Vorwürfe, zweitens ist die Quelle nicht anonym. Und drittens handelt es sich nicht um einen „angeblichen“, sondern einen tatsächlichen Ausbilder. (An dieser Stelle drängt sich die Frage auf: stellen die ständig von der ARD gelobten ARD-Faktenchecker ihre Arbeit ein, wenn ein Redakteur mit Migrationshintergrund jemand an den Rassismuspranger stellt?)

Aber es geht noch weiter in seinem Panorama-Text:

„Als ob die bloße Anwesenheit eines Deutschen, dessen Eltern und Großeltern nicht in Deutschland geboren wurden, der Beleg für‘ Unterwanderung sei. (…) Umgehend müssen diejenigen, die solche Aussagen treffen und Polizisten ausbilden (!), ermittelt und sanktioniert werden.“

Der Redakteur gehört übrigens zu der Pressure-Group „Neue Deutsche Medienmacher“, die sich zum Ziel gemacht hat, Sprachregelungen für alle Berichte zu Migrationsfragen durchzusetzen.

Das dürfte eine Premiere sein: ein Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens fordert, einen Whistleblower zu bestrafen; er verlangt nicht, die im Raum stehenden Vorwürfe aufzuklären, sondern erklärt es schon für „rassistisch“, sie überhaupt ernst zu nehmen. Begründung: Es geht um türkische und arabische Zuwanderer beziehungsweise Kinder aus deren Familien.

Diese Strategie geht weit über Berlin hinaus: nach diesem Muster hatten die britische Polizisten in Rotherham jahrelang einen der schlimmsten Fälle von sexuellem Massenmissbrauch vertuscht. Die bloße Angst, als „Rassist“ angeprangert zu werden, funktionierte dort lange als zuverlässiger Knebel.

Und neuerdings eben auch in Berlin. Kandt nahm Koorshis Vorlage auf und erklärte:

„Wir haben hier eine Diskussion, bei der alle türkisch- und arabischstämmigen Mitarbeiter sich einem Generalverdacht ausgesetzt sehen.“

Innensenator Geisel kleidete seine Abwehrstrategie in eine Frage, die er für sich allerdings beantwortet zu haben schien:

„Wird hier Stimmung gemacht gegen Migranten in der Polizei? Das werde ich nicht dulden.“

Der Punkt ist: Niemand von den Whistleblowern macht Stimmung gegen „Migranten in der Polizei“. Niemand hat einen Generalverdacht geäußert, außer Geisel und Kandt gegen ihre unzufriedenen Untergebenen. Niemand meint, es sei ein Beleg für die Unterwanderung der Polizei, wenn Polizeianwärter mit Wurzeln außerhalb Deutschlands in den Dienst rücken. Weder Geisel noch Kandt oder Koorshi präsentieren auch nur einen einzigen Generalverdächtiger.

In der Debatte geht es auch nicht um etwas Generelles, sondern um konkrete Vorwürfe: Einige Polizeischüler sollen sich unflätig und respektlos gegenüber ihren Ausbildern benehmen. Bei Prüfungen hatten einige Schüler mit ausländischen Wurzeln vom Blatt abgelesen, konnten aber keine mündlichen Fragen zum Stoff beantworten – was nahelegt, dass sie mit Hilfe eines externen Trainers einen Lernstand simulieren, den sie nicht haben.

In einem Fall geht es konkret um den Verdacht, dass ein Polizeischüler aus dem notorischen Miri-Clan stammt. Vor kurzem gab es den aktenkundigen Fall einer Polizeipraktikantin aus einer arabischen Familie, die heimlich interne Unterlagen abfotografierte und an Clanmitglieder verschickte. Das passierte zwar nicht an der Akademie, zeigt aber, dass es diese Unterwanderungsversuche sehr wohl gibt.

Wer etwas sagt, ist Rassist

Geisels und Kandts Strategie nach dem Muster: wer etwas sagt, ist Rassist – diese Rotherham-Abwehr führt in Wirklichkeit überhaupt erst zu einem flächendeckenden Misstrauen gegen Polizisten mit Migrationshintergrund.

An der Berliner Polizeiakademie lernen derzeit 1.200 Anwärter; der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund liegt bei 45 Prozent. In diesem Jahr leitete die Akademieführung 33 Disziplinarverfahren ein, unter anderem wegen Prüfungsbetrugs, Beleidigung, Köperverletzung und Fernbleiben vom Dienst. Bisher gab es zwei Entlassungen. Der Vize-Chef der Akademie Boris Meckelburg erklärte, 80 Prozent der Schüler seien „total pflegeleicht“. Das ist eine bemerkenswerte Umschreibung dafür, dass es sich bei jedem fünften offenbar um einen Problemfall handelt.

Aber selbst, wenn diese 20 Prozent, die in Bayern vermutlich nie auf eine Polizeiakademie gekommen wären, ausnahmslos auf Anwärter mit Migrationshintergrund entfallen sollten, blieben bei einem Anteil von 45 Prozent ziemlich viele ordentliche Jungpolizisten ohne biodeutsche Wurzeln übrig. An ihnen klebt jetzt ein Stigma, angebracht durch Vertuschungsideologen wie Geisel, Kandt und ihrem Vordenker Koorshi. Der Feind der Polizei steht nicht nur, wie kürzlich ein wütender Beamter sagte, in den eigenen Reihen. Sondern vor allem eine Etage darüber.

Bei der Anhörung im Abgeordnetenhaus sagte Vize-Polizeipräsidentin Magarete Koppers über die Polizeiakademie: „Es gibt die gleichen Disziplinlosigkeiten wie an jeder anderen deutschen Schule.“ Nun soll es durchaus Schulen in Deutschland geben, in denen sich weniger als 20 Prozent Problemfälle tummeln. Und jugendliche Absolventen eine Gesamtschule im Wedding bekommen nicht anschließend Waffen und Uniform, um das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen – oder wahlweise Clangesetze.

Polizeibeamte müssen jetzt erst recht die Pfeife blasen

Koppers, die selbst im Mittelpunkt mehrerer Vorwürfe steht, soll demnächst Chefin der Berliner Generalstaatsanwaltschaft werden. Frage: wie hoch wird dann der Eifer sein, Querverbindungen zwischen Polizei und Clans aufzuklären, wenn die leitende Beamtin erst der einen und dann der anderen Behörde schon ohne Prüfung befindet, es gebe sie gar nicht?

Polizeibeamte (gerade die mit nichtdeutschen Namen und makellosem Rechtsverständnis) und Staatsanwälte, die solche Verhältnisse nicht hinnehmen wollen, müssen jetzt erst recht Vermerke anlegen und die Pfeife blasen. Informationen weitergeben. Gegenüber aufklärungswilligen Medien (einige gibt es), und gegenüber der Bundesanwaltschaft. Denn sie haben ihren Eid nicht auf einen Senator oder eine Partei geleistet, sondern auf das Grundgesetz.

Dieser Text erschien zuerst in dem neuen Online-Magazin Publico, das von Alexander Wendt als Medium für Gesellschaftskritik gegründet wurde.

Die Israel-Feinde vom Rosa-Luxemburg-Platz

In dem mit Steuergeld beschenkten Berliner Kino „Babylon“ wollte sich Deutschlands Anti-Israel-Szene selbst feiern

Von Gerd Buurmann

(Anm.d.Red.: Bereits am 13. November 2017 veröffentlichte unser Autor Gerd Buurmann den folgenden Artikel. Am 14. November 2017 wurde die Verleihung des Preises nach Veröffentlichung eben dieses Artikels abgesagt. Buurmanns Artikel bleibt jedoch auch nach der Absage der Veranstaltung äußerst lesenswert und aufschlussreich.)

Mit über 350.000 Euro im Jahr wird laut Haushaltsplan in Berlin das Kino „Babylon“ subventioniert. Am 14. Dezember 2017 wird in genau diesem Kino eine Preisverleihung stattfinden, bei der so ziemlich alle Typen anwesend sind, die in der Szene der Verschwörungstheoretiker, Israelhasser und Antisemiten Rang und Namen haben.

In der Domstadt Köln gibt es ein paar Menschen, die alten, leeren Koffern gleichen und seit August 2005 einen konfusen Blog betreiben, den sie NRhZ-Online nennen, in Anlehnung an die „Neue Rheinische Zeitung“, die von 1848 bis 1849 durch Karl Marx am Heumarkt in Köln redigiert wurde. Seit 2016 wird die NRhZ-Online von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann herausgegeben. Sie sind zwei nicht ganz unbekannte Typen in der Szene, denn im April 2012 flogen sie in das klerikal-faschistische Regime Iran, um dort Machmud Achmadinedschad zu besuchen. In einem Reisebericht schrieben sie:

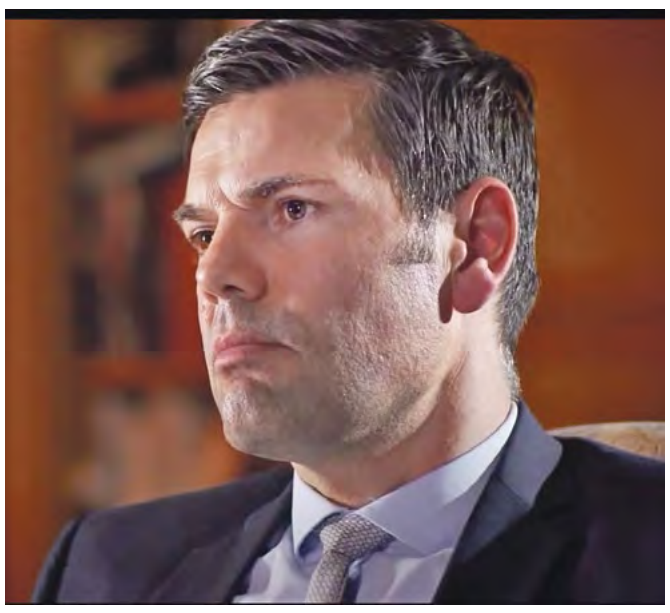
Evelyn Hecht-Galinski

„Gibt es ein Land, in dem die 30 Stunden-Woche mit sechs Stunden an fünf Tagen eingeführt ist? Gibt es ein Land, in dem jeder Mensch, ob Mann oder Frau, ob Baby oder Greis, ein bedingungsloses Grundeinkommen erhält? Gibt es ein Land, in dem auch die Tätigkeit der Frau in der Familie als vollwertige Arbeit honoriert wird? Gibt es ein Land, in dem das Prinzip der Vergebung einen hohen Rang hat, in dem betroffene Angehörige eine Tat – selbst Mord – vergeben können, um damit die Haft- oder Todesstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln? Gibt es ein Land, in dem die höchstgestellten Politiker Atomwaffen verurteilen? Das Land heißt Islamische Republik Iran. Wir haben es mit einer Gruppe von kulturell und politisch Interessierten vom 19. bis 29. April bereist.“

Seit einigen Jahren haut die NRhZ-Online, die erklärt, ich sei ein „zionistischer Propagandist“, den Kölner Karlspreis raus, der ebenfalls nach Karl Marx benannt ist. Der Mann kann einem fast leidtun.

Am 14. Dezember 2017 geht dieser Preis an Ken Jebsen, der in der verschwörungstheoretischen Szene ebenfalls einige Bekanntheit genießt. Bis 2011 war er als Fernseh- und Radiomoderator tätig, zuletzt beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Dort flog er jedoch raus, nachdem er im November 2011 erklärte hatte, er wisse, wer „den Holocaust als PR erfunden“ habe. Die Programmdirektorin Claudia Nothelle erklärte damals, er habe „in manchen Fällen die Grenze überschritten“, ohne „journalistische Standards einzuhalten“.

Seitdem vertritt Ken Jebsen in seinem Blog unter anderem Verschwörungstheorien zum 11. September 2001. Er bezeichnet die Anschläge als „Terrorlüge“ und den Einsturz des World Trade Centers als „warmen Abriss“ und behauptet, die US-Regierung habe die Anschläge selbst herbeigeführt. Zudem behauptet er, die „Zionisten“ hätten die USA und die Massenmedien unterwandert und betont, diese „mediale Massenvernichtungswaffe“ helfe, „dass wir seit über vierzig Jahren die Fresse halten, wenn im Auftrage des Staates Israel Menschen in Massen vernichtet werden“. Er erklärt, Israel rotte systematisch die „Palästinenser“ aus, um „Platz für das auserwählte Volk zu schaffen“ und spricht von einer „Endlösung“ für Palästina.



Ken Jebsen

Ken Jebsen ist ein verschwörungstheoretischer „Druide“, der in seinem braunen Kessel eine übelriechende Brühe aus Holocaustrelativierung und Israel-Hass zusammenbraut. Am 14. Dezember 2017 wird er dafür im mit über 350.000 Euro im Jahr subventionierten Kino „Babylon“ in Berlin von Achmadinedschad-Apologeten ausgezeichnet.

Bei der Preisverleihung wird ebenfalls die berüchtigte Tochter Evelyn Hecht-Galinski anwesend sein. Sie verfasst regelmäßig Artikel für die NRhZ-Online. Im Juli 2012 bezeichnete sie die israelische Regierung unter Netanjahu als „faschistisch-rassistische Regierung“ und schrieb von einem „zionistischen Apartheid-Regimes Israel“. Im August 2014 erklärte sie, Benjamin Netanjahu sei „genauso schlimm wie die IS-Kommandeure, die morden und zerstören“.

Nachdem ein Terrorist in einen jüdischen Haushalt eingebrochen war und dort unter anderem einem 13-jährigem Mädchen im Schlaf die Kehle durchgeschnitten hatte, schrieb Evelyn Hecht-Galinski am 6. Juli 2016, der Terrorist, „der das 13-jährige US-Siedlermädchen im Bett erstach, war ein Verzweifelter, der mit der Ermordung eines nahen Verwandten durch ‚jüdische Verteidigungssoldaten‘ nicht fertig wurde und nur noch dafür lebte, um zu sterben, nachdem er diesen Mord gesühnt hatte.“ Sie schrieb weiter, „für uns mag das unverständlich sein“, wer sich aber in den Terroristen hineinversetze, könne „es zumindest nachvollziehen, dass diese jungen, verzweifelten Menschen nichts mehr hält auf Erden.“

Am 14. Dezember 2017 wird diese Frau, die Judenmörder verstehen kann, in einem subventionierten Kino in Berlin eine Rede halten für einen Mann, der Juden nicht leiden kann und einen Preis bekommt, der von Leuten verliehen wird, die den Judenhasser Achmadinedschad loben. Damit die ganze Veranstaltung im Babylon noch die passende Begleitmusik erhält, wird die Band „Die Bandbreite“ die Verleihung musikalisch unterstützen. Über diese Band schrieb der „Spiegel“, sie sei „ein mehr als unappetitliches Gebräu aus Verschwörungstheorien, Anti-Amerikanismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit“. Im Jahr 2010 wurde die Band von der NPD als „eine volkssozialistische Musikgruppe“ gelobt.

Was für eine Versammlung im „Babylon“!

Der Glaube kommt, das Wissen geht

Die geringe Anzahl moslemischer Nobelpreisträger spricht für sich

Von Anabel Schunke

Immer wieder liest man Berichte über deutsche Schulen, an denen die Mehrheitsverhältnisse zwischen Kindern aus muslimischen Zuwandererfamilien und Einheimischen längst gekippt sind. Schulen, an denen, wie im Frankfurter Stadtteil Griesheim, kaum ein Kind noch richtig deutsch spricht und vollverschleierte Mütter daran gehindert werden müssen, auf dem Schulhof fremde Kinder zu agitieren.

„Was ich vor 20 Jahren mit Zweitklässlern machen konnte, das schaffen heute die Viertklässler kaum." sagt Schulleiterin Ingrid König der „WELT Online" resigniert. Von der „weltbesten Bildung", von der FDP im Wahlkampf großspurig versprochen, können wir in Deutschland kaum weiter entfernt sein.

Deutschland wird sich entscheiden müssen – zwischen dem Erhalt seines Wohlstandes, der einzig und allein auf dem Know-How und der Bildung seiner Bürger beruht, und der weiterhin unkontrollierten Aufnahme von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis.

Wenn die ehrgeizigen Leute ausgehen

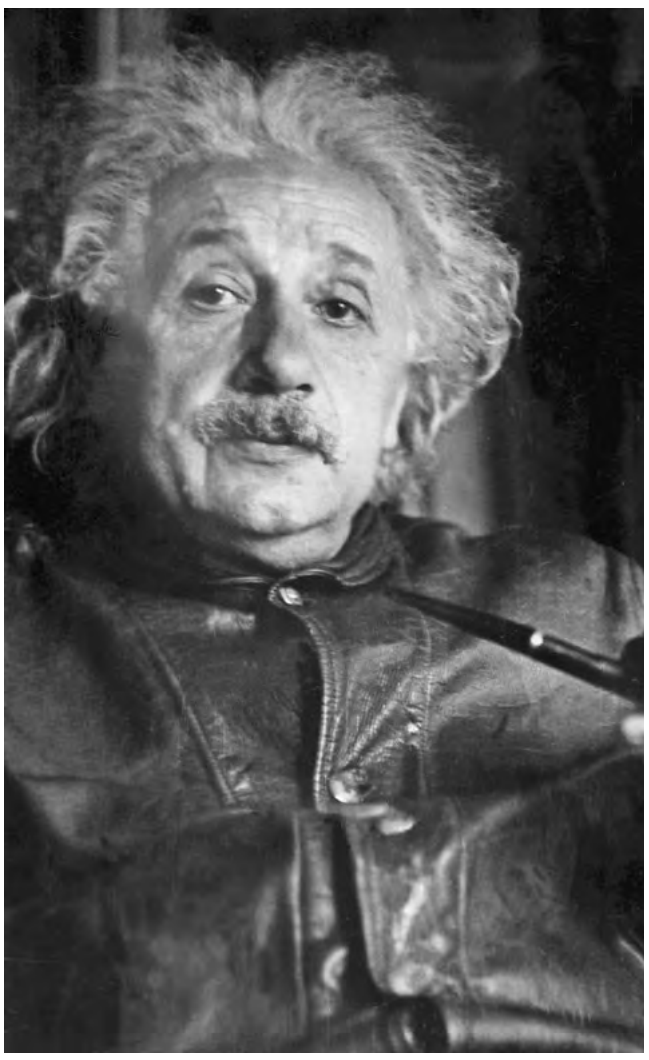
Fakt ist: Die Kinder, die aufgrund der unterschiedlichen Geburtenrate von muslimischen und nichtmuslimischen Frauen hierzulande an immer mehr Schulen die Mehrheit stellen, sind zu einem ganz großen Teil nicht die Fachkräfte von morgen. Nicht die, die unsere Rente zahlen, die dieses Land weiter voranbringen oder zumindest dafür sorgen werden, dass wir unseren jetzigen Zustand erhalten können. Und wenn uns die ehrgeizigen Leute ausgehen, wer finanziert dann erst den aufgeblähten deutschen Sozialstaat, der wiederum diese Art von Zuwanderern finanziert?

Es ist, wie es ist: Kein Land der Welt, dessen einzige Ressource die Bildung ist, kann eine stetig wachsende Anzahl bildungsferner Zuwanderer innerhalb der Gesellschaft verkraften. Schon gar nicht in Zeiten, in denen sich die Kräfteverhältnisse im Islam seit Jahren auch hierzulande verschieben. In denen konservative, rückwärtsgewandte Strömungen längst das innerislamische Zepter übernommen haben und es für immer mehr Anhänger des islamischen Glaubens wichtiger ist, dass ihre Kinder „gute" Muslime sind als gut in der Schule.

Die Gründe hierfür sind naheliegend: In keinem islamischen Land der Welt spielt Bildung nach unseren Maßstäben eine nennenswerte Rolle. Kein islamisches Land der Welt produziert großartige Dinge, die die Welt braucht. Oder haben Sie schon einmal das Smartphone eines iranischen Herstellers in den Händen gehalten? Ein Auto aus Afghanistan gefahren oder eine Maschine für die Produktion in ihrem Unternehmen aus dem Irak erworben?

Schon mal mit einem iranischen Handy telefoniert?

Kennen Sie einen muslimischen Nobelpreisträger im Bereich Medizin, Physik, Chemie oder Wirtschaft? Das könnte daran liegen, dass es überhaupt nur drei muslimische Forscher gibt, die jemals in einem dieser Bereiche einen Nobelpreis erhalten haben. Von 860 Nobelpreisträgern seit 1901 stammen gerade einmal 12 aus islamischen Ländern, was einen prozentualen Anteil von 1,4 Prozent ergibt – und das obwohl es weltweit mehr als 1,5 Milliarden Muslime gibt.



Albert Einstein

Sieben dieser Nobelpreise sind Friedensnobelpreise. Zwei wurden im Bereich Literatur vergeben. Zum Vergleich: Gerade einmal 0,2 Prozent der Menschen weltweit sind jüdisch und dennoch machen Juden mehr als 37 Prozent der Nobelpreisträger aus. Wer sein ganzes Leben darauf ausrichtet, nach den Geboten einer Religion zu leben, hat offensichtlich keine Zeit für die Wissenschaft, auch wenn Lamya Kaddor gerne darauf verweist, dass Muslime in grauer Vorzeit, als wir in Europa noch im düsteren Mittelalter wandelten, deutlich mehr Nobelpreise als heute abgeräumt hätten, weshalb man nicht von einer generellen Bildungsfeindlichkeit des Islam sprechen könne.

> Nicht alles, was in der Sozialisation, der kulturellen Prägung, bereits verbockt wurde, kann später kompensiert werden.

Fortschritt, der Drang nach Wissen, die Motivation, etwas zu leisten, das die Menschheit voranbringt, ist und bleibt nun einmal eng mit der aufklärerischen Orientierung am Diesseits verwoben. Mit dem für westlich geprägte Gesellschaften typischen liberalen Selbstverständnis, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist. Dass der Mensch sein Schicksal, seinen Erfolg genauso wie sein Scheitern selbst in den Händen hält und sein Weg nicht von einem allmächtigen Gott vorgezeichnet ist, den man im Diesseits lediglich milde stimmen muss, damit einen im Jenseits nicht seine Strafe ereilt.

Nur noch der Lehrer spricht Deutsch

Was macht man also mit diesen Heerscharen von jungen Menschen, die bereits in der Grundschule kein Interesse am Lernen zeigen? Wie integriert man sie in die deutsche Kultur und Sprache in Klassen, in denen kein einziges Kind mehr des Deutschen mächtig ist? In denen niemand, außer dem deutschen Lehrer, die hiesige Kultur vermitteln könnte? Wie zeigt man Schülern die Wichtigkeit von Bildung auf, denen zu Hause jeden Tag gezeigt wird, dass es nur darum geht, ein frommer Muslim zu sein? Wie veranschaulicht man ihnen die Schönheit liberaler Werte wie Freiheit und Gleichberechtigung, wenn all dies von den Eltern abgelehnt wird?

Für Experten wie Lamya Kaddor liegt die Antwort immer in mehr finanziellen Mitteln, mehr Integrations- und Sprachmaßnahmen. Die Kosten soll der Steuerzahler tragen, genauso wie der auch die Bringschuld in Sachen Integration trägt.

Die Wahrheit ist jedoch, dass all diese Maßnahmen wenig bis gar nichts bringen. Nicht alles, was in der Sozialisation, der kulturellen Prägung, bereits verbockt wurde, kann später kompensiert werden. Schon gar nicht, wenn sich die Wertesysteme so diametral gegenüberstehen, wie es nun mal der Fall ist. Wir aber wollen jeden Abgrund mit Geld zuschütten.

5.000 bis 8.000 Euro kostet den Steuerzahler ein sogenannter „minderjähriger unbegleiteter Flüchtling" im Monat. 2.800 Euro hat allein das afghanischstämmige Freiburger Ehepaar bekommen, das den inzwischen Angeklagten im Freiburger Mordprozess Hussein K. bei sich aufnahm. 400 Euro Taschengeld gab es monatlich für den vermeintlich 17-Jährigen zur freien Verfügung. In der Flüchtlingshilfe findet man es weitgehend normal, dass die jungen Männer sich jünger machen als sie sind. Es handelt sich um ein offenes Geheimnis. Ein Unrechtsbewusstsein ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar, profitieren die Helfer doch selbst kräftig von den vielen neugeschaffenen Stellen in der Flüchtlingsbetreuung.

Wir schaffen das nicht

Die massenhafte Umverteilung von Steuergeld kann die kulturellen Anpassungsprobleme nicht lösen, auch wenn Frau Kaddor das gerne hätte. Die Parallelgesellschaften sind schon da und eine bequeme Einwanderung in diese ist kein Problem. Wenn der Staat nicht einmal die hier Geborenen in das hiesige Wertesystem integriert bekommt, braucht man bei Leuten, deren Sozialisation abgeschlossen ist, gar nicht erst anzufangen.

Schaut man sich in den Schulen um, wird einem klar: Wir schaffen das nicht. Wenn Bildung die Voraussetzung für Wohlstand und damit einhergehend Stabilität und Frieden ist, der kann nicht die Einwanderung jener befürworten, die uns diese Grundlage mehrheitlich durch Ablehnung unserer Kultur entziehen.

Was wir brauchen, ist keine Obergrenze von 200.000 Einwanderern und schon gar nicht den Familiennachzug, der nicht für bessere Integration, sondern für mehr Rückzug in das Gewohnte sorgt. Was wir brauchen, ist ein Aufnahmestopp und effektive Rückführung. Was wir brauchen, sind Anforderungen an Zuwanderer, die unseren Bedürfnissen und den Anforderungen unseres Arbeitsmarktes gerecht werden. Ignorieren wir diese Tatsache weiterhin, wird uns das gleiche Schicksal ereilen wie die islamische Welt. Die bereits jetzt und hier ausgetragenen Konflikte werden ohne ein funktionierendes Sozialsystem, ohne jene, die für Kost und Logis aufkommen, weiter zunehmen.

Eine groteske Vorstellung

Alan Posener schrieb jüngst, die Zuwanderung habe Deutschland weltoffener und moderner gemacht. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Gesellschaft, in der die Mehrheitsverhältnisse schon bei den Jüngsten kippen, ist nicht mehr integrationsfähig. Sie hat nicht mehr länger in der Hand, welche Werte in dieser und in den kommenden Generationen gelebt werden. Eine „Europäisierung" des Islams, wie von Alan Posener postuliert, erscheint unter diesen Umständen grotesk.

Was wir stattdessen jetzt schon beobachten können, ist eine Islamisierung Europas mit allen Konsequenzen. Die politische und gesellschaftliche Kultur eines Landes wird nicht durch die Vorgaben einiger weniger Intellektueller bestimmt. Schon gar nicht in einem Land, in dem der betroffene Anteil der Bevölkerung bildungsfeindlich ist und überhaupt nicht liest, was die so schreiben.

Rütli-Schule in Berlin Neukölln.

Nein, sie wird bestimmt von jenen, die im Alltag die Mehrheit stellen. Die ihre Werte, ihre Kultur und Religion selbstbewusst vertreten und sich immun gegen Einflüsse von außen zeigen, während wir unter der Prämisse der falschen Toleranz offen für jeden Rückschritt und bereit zur Aufgabe dessen sind, was unseren Wohlstand erst ermöglicht hat.

Anabel Schunke ist Autorin und freie Journalistin. Sie schreibt für verschiedene Portale, etwa EMMA Online oder die deutsche Huffington Post.

Die Koalition Merkel, Grüne und Medien steht eisern

Ungestört von Medienkritik hat die Bundeskanzlerin das Land seit 2015 gewalttätiger, antisemitischer und frauenfeindlicher gemacht

Angela Merkel, Katrin Göring-Eckardt, Marietta Slomka (unten)

Von Alexander Wendt

An Angela Merkel wurde in den letzten Monaten selbst von grundsätzlich geneigten Kommentatoren eine völlige Entkernung ihrer Restpolik diagnostiziert. Möglicherweise täuscht der Eindruck. Die Koalition mit der FDP bis 2013 verwaltete sie wurstig, zielstrebig nur in ihrem Vorsatz, den Verbündeten auf Null zu bringen. In den beiden Bündnissen mit der SPD nahm sie den Partner gewissermaßen in die CDU auf, um ihn allmählich zu verdauen.

Im Fall der Jamaika-Konstruktion handelte es sich möglicherweise um die erste Konstellation, die von Merkel mit einer inneren Beteiligung vorangetrieben wurde. Um mit den Grünen ins Geschäft zu kommen, musste sie störende Umstände wie die CSU und die Hälfte ihrer eigenen Partei in Kauf nehmen. Aber das schreckte sie nicht. Auf der anderen Seite gingen auch die Grünen offenkundig davon aus, ein Bündnis mit Angela Merkel und den Medien schließen und den arithmetischen Rest gemeinsam dominieren zu können.

Interessanterweise scheitert dieses Projekt gerade an den beiden zentralen Punkten von Merkels Kanzlerschaft: Der Doktrin einer unbegrenzten Zuwanderung bei offenen Grenzen ohne Rücksicht auf die materiellen und mentalen Ressourcen des Landes – und dem staatsgelenkten Umbau der Energieversorgung ohne Rücksicht auf Physik und Volkswirtschaft. Die eigentlich angestrebte Koalition – Merkel, Grüne, Medien – steht zwar, und das sehr eisern. Nur der Rest macht nicht mehr mit.

Warum eine Kanzlerin, die bekanntlich 2002 vor dem Bundestag sagte, vor einer neuen Einwanderung müssten erst einmal die Migranten der Vergangenheit vernünftig integriert werden, und die 2005 im Ton der schnippischen Schalterbeamtin eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke für alternativlos erklärte, dann später ihre ganze Partei auf das Gegenteil verpflichtete, ist eine Frage für spätere Chroniken. Interessanter ist schon, warum die CDU in beiden Fällen unter nur minimalen Zuckungen mitschwenkte.

Merkel, ein Rückblick

Einen entscheidenden Punkt trifft der Soziologe Wolfgang Streeck in seinem Text "Merkel. Ein Rückblick" in der FAZ: die in der DDR unpolitische (aber schon mit einem Amt in der Staatsjugend betraute) Frau stieg 1990 sofort ganz oben im politischen Getriebe ein: als Ministerin, später Generalsekretärin, Parteichefin, Kanzlerin. Der "heiße Atem des Volkes" (Streeck), den ein Bürgermeister, ein Ministerpräsident spürt, blieb ihr erspart. Das schaffte ihr die Freiheit, in ganz großen Begriffen zu denken. Zehntausende Jobs, die in der traditionellen Energieversorgung verloren gehen? Bedauerlich. Wohnungen für 1,6 Millionen Migranten, Schulplätze und Lehrer für deren Kinder? Ist Ländersache.

Dass sie das Land mit der Grenzöffnung 2015 gewalttätiger, antisemitischer, schwulen- und frauenfeindlicher machte, sind für sie ohnehin keine politischen Kategorien. Die Frage einer Frau in einer Wahlveranstaltung, was sie denn zu den horrend gestiegenen Sexualdelikten sage, beschied sie mit dem Satz: "Strafdelikte sind bei uns nicht erlaubt." Merkel-Deuter lobten an ihr ja stets ihre Nüchtern- und Trockenheit, ohne je zu erwägen, ob es sich dabei nicht einfach um ein Asperger-Syndrom handelte. Nach diesem Muster verfuhr sie bekanntlich auch auf der Weltbühne. Brexit? Mir egal, ob die wegen mir gehen. Nun sind sie halt weg. Die mittelosteuropäischen Länder? Müssen mit finanziellen Drohungen dazu gebracht werden, die in Berlin erdachte "europäische Lösung" der Migrationsfrage zu exekutieren.

Irgendwann kommt jedes dysfunktionale System an sein Ende. Nichts anderes ist in der vergangenen Jamaika-Nacht passiert. Die Kräfte zur Abwehr des Faktischen reichten einfach nicht mehr, auch wenn Merkels wichtigste Allierten in den Medien sich bis zuletzt ins Zeug legten. Ob in der CDU noch ein Funken Leben steckt, das wird sich jetzt darin zeigen, wie schnell sie in der Lage ist, ihre eigentlich schon erledigte Vorsitzende auch formal noch zu stürzen.

Dieser Beitrag erschien zuerst in Alexander Wendts Internet-Magazin „Publico".

Die Armenier im Heiligen Land

Von einer wenig beachteten Bevölkerungsgruppe Israels mit uralter Tradition

Von Tal Leder

GALI TIBBON, AFP

Armenische Frauen während eines Gottesdienstes in Jerusalem.

Israel die Nation des jüdischen Volkes. Doch ein Viertel dieses Staates hat eine nichtjüdische Bevölkerung. Unterschiedliche kulturelle Gruppen und Konfession sehen Israel ebenfalls als ihre Heimat an. Von allen Minderheiten sind die Armenier eine der alteingesessensten Gemeinden im Heiligen Land.

„Es ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, in seinem eigenen souveränen Staat Herr über sein eigenes Schicksal zu sein, wie alle anderen Nationen auch. Daher erklären wir, die Volksvertreter der jüdischen Gemeinschaft von Eretz Israel und der zionistischen Bewegung, vom Augenblick der Beendigung des britischen Mandates, heute um Mitternacht, dem 15. Mai 1948, unter Berücksichtigung unseres natürlichen und historischen Rechts sowie der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nation, die Errichtung eines jüdischen Staates in Eretz Israel: den Staat Israel."

Diese Worte anlässlich der israelischen Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 in Tel Aviv stammen vom ersten Premierminister David Ben-Gurion. Das jüdische Volk hatte sich 2.000 Jahre lang nach einer eigenen Heimstätte gesehnt – endlich Herr über sich selbst zu sein.

Israel soll Einwanderungsland und Zufluchtsort für alle Juden dieser Welt sein. Doch ist Israel nur eine Nation für Juden? 69 Jahre nach der Staatsgründung führt die Statistik im Jahre 2017 knapp 6,4 Millionen Menschen, also 75 % der Bevölkerung als Juden. Die 1,8 Millionen Araber, die knapp über 20 % von Israel ausmachen, gehören zu den Minderheiten, die als gleichberechtigte Staatsbürger im Lande leben. Davon sind die meisten arabischen Israelis sunnitische Muslime, es gibt aber auch einen nicht geringen Anteil an Beduinen, Christen und Drusen. Zu den vielen weitere Minderheiten in Israel zählen u. a. die Samaritaner, die Tscherkessen und vor allem die Armenier.

Diese Bevölkerungsgruppe ist zwar relativ klein, doch mit einer sehr langen Tradition im Heiligen Land – lange vor der Staatsgründung des modernen Israels.

Neben dem jüdischen, moslemischen und christlichen Viertel, ist das Armenische mit seinen knapp 2.500 Menschen das kleinste in der Altstadt von Jerusalem. Dort steht die berühmte Jakobskathedrale, welche der Hauptsitz des armenischen Patriarchats von Jerusalem ist. Die Armenier waren die erste Nation der Welt, die das Christentum zur Staatsreligion machten. Unter byzantinischer Herrschaft kamen dann im 4. Jahrhundert ihre Pilger und Mönche nach Jerusalem und gründeten dort eine armenische Gemeinde. Die bis heute relativ gut erhaltenen Quellen beweisen, dass die Armenier Jerusalems somit die älteste Diasporagemeinschaft außerhalb des armenischen Stammlandes (Gebiet des heutigen Armeniens und der heutigen Türkei) ist.

Bis auf die Vertreibung durch den byzantinischen Kaiser Justinian I. nach einem konfessionellen Zwist im Jahre 506, und dem Einfall der Perser um 614 n.d.Z., die viele Kirchen und Klöster zerstörten, konnten die Armenier im Laufe der Jahrhunderte ihre kulturelle und kirchliche Unabhängigkeit bewahren. „Auch unter arabischer Herrschaft wurden sie nicht islamisiert oder arabisiert", erzählt Ruth Kark. Sie ist emeritierte Professorin des Geografischen Institut der Hebräischen Universität von Jerusalem und Expertin für historische und kulturelle Siedlungsgeografie des Nahen Ostens und des heutigen Israels.

In ihrem im Jahre 2001 veröffentlichen Werk, „Jerusalem und seine Umgebung 1800-1948: Viertel, Stadtteile und Dörfer" beschreibt sie das armenische Viertel, das – obwohl christlich –, eine eigene ethnische Gruppe mit einer besonderen Sprache und Kultur repräsentierte, die darauf abzielte, die Identität und Einheit zu bewahren und die Kontakte mit den Arabern, Juden und den osmanischen Behörden zu minimieren.

„Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bestand die Bevölkerung im armenischen Viertel aus zahlreichen Keramikhandwerkern und einigen Laienfamilien im Dienste der Kirche", fügt Prof. Kark hinzu. „Mit dem türkischen Völkermord an den Armeniern zum Ende des Ersten Weltkrieg flohen Tausende von ihnen ins Heilige Land, von denen viele in Jerusalem blieben und während der britischen Mandatszeit wieder ein normales Leben aufbauen konnten."

So auch die Familie von Keren Gasparijan, die zu den über 10.000 Armeniern im jüdischen Staat gehört. Nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg emigrierte ein Teil ihrer Familie in die damalige armenische Sowjetrepublik. Kerens Großeltern blieben und wurden wie alle aus dieser Volksgruppe, israelische Staatsbürger. „Natürlich bin Ich Armenierin", sagt Keren. „Aber Ich sehe mich auch als Israelin. Ein Teil meiner Familie lebt schon seit Jahrhunderten hier."

Keren ist 29 Jahre alt und arbeitet für einen internationalen Fernsehsender in Jaffa. Nachdem sie zwei Jahre lang beim Nachrichtendienst in den israelischen Streitkräften diente, studierte sie Politologie und Armenologie an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Mittlerweile hat Keren als TV-Journalistin schon etliche berühmte israelische Politiker interviewt. „Um nicht die schon fragilen Beziehungen zu Ankara zu gefährden, weichen diese immer wieder bei der Frage nach dem armenischen Genozid aus und haben nicht den Mut türkischen Völkermord zu verurteilen."

Sie sei sehr enttäuscht, dass ausgerechnet in Israel, wo die tragische Erinnerung an die Schoah in den Schulen gelehrt werden, noch viel zu wenig Notiz vom Leid der Armenier genommen wird. Schon seit einiger Zeit arbeitet sie in Israel an einer Dokumentation über den türkischen Genozid an ihrem Volk.

Doch bei aller Kritik ist Keren natürlich auch sehr dankbar dafür welche Möglichkeiten sie als Armenierin hier in Israel genießt. Neben Armenisch und Hebräisch spricht sie auch Arabisch, Englisch und Französisch. „Ich liebe Tel Aviv, besuche aber meine Familie in Jerusalem so oft es geht und dann gehen wir natürlich alle zusammen in die Jakobskathedrale."

Die Armenier sind oft Keramikhandwerker

Diese Hauptkirche ist nicht nur das spirituelle, sondern auch das kulturelle Zentrum der Armenier in Israel. Hier kennt jeder jeden. Und genauso wie Kerens Familie ist auch der 67-jährige Landsmann (wie man unter Armeniern sagt), Henri Petrosjan, im Keramikhandwerk tätig.

Seine Familie ist schon seit mehreren Generationen in diesem Gewerbe zu Hause. „Ich habe dieses Handwerk von meinem Vater gelernt", sagt Henri mit einem breiten Lächeln. „Und in diesem Laden hier in der Jerusalemer Altstadt hat schon mein Urgroßvater seine Keramikwerke verkauft."

Diese Kunst, das Bemalen und Glasieren von Keramik mit Tier- und Pflanzensymbolen, hat Tradition bei den Armeniern. Sie waren es auch, welche die Kacheln der Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg renovierten und im 16. Jahrhundert die blauen Fliesen schufen.

Henri ist stolz auf seine Wurzeln: „Die armenische Diaspora ist enorm. Ich habe Verwandte in Kanada und in den USA. Meine Schwiegertochter ist ebenfalls aus Armenien und kam mit der großen Einwanderungswelle aus der ehemaligen Sowjetunion, wie viele Tausende von Armeniern in den 1990er Jahren, nach Israel. Mit meinem Sohn lebt sie aber in einer Vorstadt von Tel Aviv und gehört der religiösen Gemeinde in Jaffa an."

Überhaupt spielt die Kirche in der armenischen Geschichte eine sehr entscheidende Rolle. „Armenien wurde immer wieder von anderen Mächten besetzt", erzählt Henri. „Wir hatten keinen Herrscher. Deshalb war der oberste Geistliche der armenischen Kirche, der Katholikos, sowohl religiöser als auch politischer Führer."

Seit ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 unterhalten Armenien und Israel diplomatische Beziehungen, die aber von Beginn an nicht einfach waren. Zum einen hat Israel bis heute den Genozid an den Armeniern, bei dem 1915 mehr als 1,5 Millionen Menschen ums Leben kamen, nicht anerkannt – vor allem um die Türkei, mit dem der jüdische Staat enge militärische Kontakte besitzt, nicht zu sehr zu verärgern. Zum anderen unterstützte die Regierung in Jerusalem während des Berg-Karabach-Konflikts Anfang der 1990er Jahre aus geopolitischen Gründen Aserbaidschan im Krieg gegen Armenien mit Waffen und Munition.

Obwohl die Armenier hervorragend in die israelische Gesellschaft integriert sind und sehr gute Beziehungen zu allen Bevölkerungsgruppen haben, bleiben sie aber meist unter sich und heiraten auch meist untereinander. Was den israelisch-arabischen Konflikt betrifft, sehen sich die meisten eher neutral. Oder wie es Keren Gasparijan am besten ausdrückt: „Als Journalistin versuche ich so objektiv zu berichten wie es nur geht, ohne dabei eine Partei zu ergreifen. Als Armenierin sehe ich mich nicht als Teil des Konflikts, sondern als religiöse Gemeinschaft, als eine Minderheit. Wir sind fast so etwas die Schweiz."

Israel hat die höchste Veganer-Quote der Welt

Wie hängen Tierschutz, Judentum und Veganismus zusammen?

Ein Veganer-Fest in Ramat Gan bei Tel Aviv

Von Shecharya Flatte (Redaktion Audiatur)

Die Tierschutzbewegung zieht in ganz Israel zunehmend Anhänger an. Ihr Aktivismus ebnet den Weg für ein neues Zeitalter im Tierschutz – einem Tierschutz, der in uraltem jüdischem Recht wurzelt.

In Israel gibt es die meisten Veganer pro Kopf der Bevölkerung. Was Vegetarier pro Kopf der Bevölkerung angeht, liegt Israel nur hinter Indien.

Veganismus ist nur ein Teil der Geschichte des Tierschutzes in Israel. 2015 marschierten zehntausend Menschen bei einer Tierschutzkundgebung in Tel Aviv mit, nachdem bei einer Brandstiftung an einem Hundezwinger zwei Hunde getötet und dreizehn verletzt worden waren. Die Demonstranten verlangten drakonische Strafen für die Übeltäter, aber auch einen Importstopp für Fleisch aus Ländern, die für die Misshandlung von Tieren bekannt sind und eine strafrechtliche Verfolgung von Unternehmen, wo Tiere misshandelt werden.

Eine der Organisatorinnen der Kundgebung, Orly Vilnai, befürchtete, man würde sie „als realitätsfern beschuldigen, als Teil der Tel-Aviv-Blase." Aber vielleicht waren ihre Befürchtungen unbegründet. Anders als in europäischen und nordamerikanischen Ländern, wo sich Veganismus und die Verteidigung von Tierrechten in der Regel auf eine Clique säkularer Städter beschränken, ist der Respekt für den Tierschutz in Israel weitverbreitet. Veganismus breitet sich in der Gemeinschaft der Orthodoxen ebenso aus wie unter säkularen Juden. Ein landesweites Verbot des Besitzes von Pelzen ist auf dem Weg durch die Knesset – ein solches Gesetz wäre weltweit das erste dieser Art.

Nach der Übersetzung einer 70-minütigen Rede des Tierschutzaktivisten Gary Yourofsky ins Hebräische 2012 verbreitete sich der Veganismus in Israel explosionsartig. Die Rede wurde über eine Million Mal in Hebräisch angesehen – und vermutlich hauptsächlich von Israelis. Aber warum verbreitete sie sich gerade in Israel wie ein Lauffeuer? Yourofskys Rede wurde in mindestens 34 Sprachen übersetzt. Die englische Übersetzung wurde nur drei Millionen Mal angeschaut – öfter als die hebräische, aber ein erheblich kleinerer Prozentsatz der englischsprachigen Welt. Was ist so besonders an Israel?

Sowohl Säkulare als auch Orthodoxe werden vegan

Die lange Geschichte des jüdischen Volkes ist gekennzeichnet von einer Reihe von Zwischenschritten beim Tierschutz. Vielleicht ist Veganismus der nächste Schritt, obwohl es auch sein kann, dass der Veganismus wieder zurückgeht, wenn die Produktion von Fleisch und tierischen Erzeugnissen weniger mechanisch und humaner erfolgt. Ein orthodoxer Rabbi, Jeremy Gimpel, wurde Veganer – und Tierschutzaktivist – nachdem er Schlachtungen in einer Fabrikumgebung mitangesehen hatte. „Ich konnte nicht wegsehen. Ich war schockiert. Ich sagte mir immer wieder, das ist nicht koscher. Mir ist egal, was das Rabbinat sagt."

> „Wir haben eine heilige Thora und die verbietet Tierquälerei ausdrücklich."

Aber was immer der nächste Schritt im Verhältnis des jüdischen Volkes zu den Tieren ist, die es verzehrt – es wird zweifellos ein Schritt hin zu mehr Rechten sein. Dies geschieht nicht aus einem Gefühl des Umweltbewusstseins oder der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit heraus, auf das sich Tierschutzaktivisten in Europa und Nordamerika häufig berufen. Es ist vielmehr die natürliche Fortsetzung des einzigartigen Verhältnisses der Juden zu Tieren, das „im Anfang" mit der Erschaffung der Tiere und des Menschen begann und sich zu einem ausgeprägten System ethischer Normen rund um die Behandlung von Tieren entwickelt hat. Israelis respektieren die Rechte von Tieren, weil Juden Tierrechte respektieren und das aufgrund der ethischen Verpflichtung der Juden, Tiere gut zu behandeln – eine Verpflichtung, die unter den abrahamitischen Religionen einzigartig ist.

In der Thora gibt Gott dem Menschen die Herrschaft über alle Tiere (Gen 1,28). Aber dabei handelt es sich nicht um eine absolute Herrschaft. Nach der Flut erteilt Gott Noah und dessen Söhnen – und damit der ganzen Menschheit – Anweisungen. Eine dieser Anweisungen ist, kein „Fleisch zu essen, während sein Blut noch in ihm ist." Durch die Vorschrift, dass das Tier völlig ausgeblutet sein muss, wurde im Wesentlichen verboten, Fleisch von einem noch lebenden Tier zu nehmen. So etwas würde dem Tier große Qualen zufügen, ohne Nutzen für den Konsumenten. In solch einem Fall ist das Recht der Tiere, nicht leiden zu müssen, zu wahren.

Das Verbot, Tieren unnötig Leid zuzufügen, wurde dann in den Speisegesetzen für die Schlachtung erweitert. Das verwendete Messer muss völlig makellos sein und die Schlachtung muss in einem einzigen, raschen Schnitt erfolgen, damit das Tier auch sicher keine Schmerzen leidet.

Tiere sollen nicht zusehen wie ihre Eltern oder Kinder geschlachtet werden

Das Verbot, Tieren unnötiges Leid zuzufügen, erstreckt sich über das Körperliche hinaus. „Ihr sollt aber kein Rind noch Schaf zugleich mit seinem Jungen schächten am gleichen Tag" (Lev. 22,28). Würde man ein Tier am selben Tag schlachten wie sein Junges, würde man riskieren, dass entweder Muttertier oder Junges mitansehen müssen, wie das andere geschlachtet wird. So etwas zu erleben würde dem Tier großes seelisches Leid zufügen.

Darüber hinaus ist es verboten, Tiere zu erniedrigen. Der Rashbam benennt die Grausamkeit, die es bedeutet, ein Böcklein in der Milch seiner Mutter zu kochen (verboten in Ex. 23,19): „Es ist widerlich, abstoßend, fast Völlerei, die Milch der Mutter zusammen mit dem Böcklein zu verzehren, als dessen Nahrung diese Milch gedacht war."

Trotz der starken Verwurzelung der ethischen Behandlung von Tieren im jüdischen Gesetz gelingt es Israel mitunter nicht, Tiere zu schützen. So scheiterte zum Beispiel im Jahr 2010 ein Gesetz zum Verbot von Pelztierzucht am Widerstand ultraorthodoxer Mitglieder der Regierungskoalition, obwohl über 80 % der Israelis gegen Pelztierzucht sind. Bei dieser Frage geriet der Schtreimel, eine traditionelle Kopfbedeckung aus Zobelfell, die von den Ultraorthodoxen am Sabbat und anderen Feiertagen getragen wird, in den Mittelpunkt der Diskussion. Das Verbot wurde dahingehend abgeändert, dass es eine religiöse Ausnahme für den Schtreimel geben sollte, aber die Ultraorthodoxen waren dennoch dagegen mit der Begründung, dass die meisten Pelze ohnehin aus religiösen Gründen nach Israel importiert würden.

2012 kam ans Licht, dass im von Tnuva Food Industries betriebenen Schlachthaus Adom Adom schwere Misshandlungen an Tieren begangen worden waren. Tiere wurden mit Elektroschocks und Schlägen an Genitalien und Augen gezwungen, sich in Bewegung zu setzen. Konnten sie nicht ge-

zwungen werden, wurden kleinere Tiere gezerrt – und dann mit dem Kopf nach unten aufgehängt, ehe sie geschlachtet wurden. Vier Arbeiter des Schlachthauses wurden danach wegen Tierquälerei angeklagt, das Unternehmen Tnuva selbst dagegen musste sich nicht verantworten.

Ähnliche Fälle werden regelmäßig in den Vereinigten Staaten aufgedeckt. Der Dokumentarfilm „Food, Inc“, in dem es zu einem großen Teil um Tierquälerei geht, kam 2008 heraus, erhielt begeisterte Kritiken und spielte über 20 Millionen Dollar an den Kinokassen und an DVD-Verkäufen ein. Ein Video mit der Darstellung der Quälerei von Schweinen in einem Schlachthaus wurde in den Mainstream-Medien gezeigt und von 1,7 Millionen Menschen auf YouTube angesehen. Dennoch erscheinen die Amerikaner teilnahmslos – 2008 gab es 1 Million Veganer und 7,3 Millionen Vegetarier in den USA. Im Jahr 2013 waren es ... 1 Million Veganer und 7,5 Millionen Vegetarier. Das einzige – und daher aktuellste – artenübergreifende Gesetz gegen Tierquälerei in den Vereinigten Staaten ist der Animal Welfare Act von 1966.

Ein Video brachte den Boom in Israel

Israel reagierte anders. Der Skandal um Adom Adom kam ans Licht, als Yourofskys Video zum Tierschutz in Hebräisch herauskam. Der Anteil der Vegetarier und Veganer schoss von zusammen 2,6 % im Jahr 2010 auf 5 % Veganer und 8 % Vegetarier im Jahr 2015 hoch, ein Anstieg von 500 % über fünf Jahre. Es wurde ein Sammelklage gegen Tnuva eingereicht mit der Anschuldigung, man habe dort Lebensmittel fälschlicherweise als koscher etikettiert. Der Hauptkläger in diesem Fall holte eine rabbinische Entscheidung ein, die besagte, unnötige Quälerei von Tieren sei nicht koscher. „Wir haben eine heilige Thora“, so der Kläger, ein ultraorthodoxer Jude, „und die verbietet Tierquälerei ausdrücklich.“

Tnuva bestritt nicht, dass das vom Unternehmen eingesetzte Verfahren schockierend sei und berief sich lediglich darauf, dass es technisch gesehen gesetzeskonform sei. Die Aussage des Unternehmens vor Gericht stellt in grausamen Details das Schlachtverfahren dar.

Tnuva machte ferner die strenge Auslegung der Kaschrut verantwortlich und behauptete, wenn man die Tiere vor der Schlachtung betäuben könne, würden sie auch nicht mit Angst reagieren. Koscheres Schlachten ohne Misshandlung jedoch – also ohne die Tiere mit Elektroschocks und Schlägen zu malträtieren, ohne sie mit Maschinen zu fixieren und indem man sie schlachtet, bevor man sie verkehrt herum aufhängt – kann die Angst der Tiere ebenfalls vermeiden. Der Schlachtprozess wird nicht durch das genaue Verfahren der Tötung – den raschen Schnitt durch den Hals – so erschreckend, sondern durch die sonstigen Auswirkungen der fabrikmäßigen Effizienz und der Misshandlung der Tiere.

30.000 gegen Tierquälerei

Rund 30.000 Personen demonstrierten am 9. September dieses Jahres in Tel Aviv um gegen Tierquälerei zu protestieren. Dies ist eine der größten Demonstrationen in der Geschichte für Tierrechte.

Tnuva legte die Klage außergerichtlich durch Zahlung von 4,2 Millionen Schekel an Tierschutzgruppen bei. Die Bedingungen der Beilegung verlangten von Tnuva, den Werksleiter und weitere Angestellte zu entlassen und weitere Gelder zu investieren, um einer Wiederholung der Vorfälle vorzubeugen. Die Einigung fiel deutlich geringer aus als die 100 Millionen Schekel, die die Kläger angestrebt hatten, war jedoch immer noch eine beträchtliche Summe.

Diese Fälle zeigen die Reaktion der israelischen Öffentlichkeit auf die aufgedeckten Misshandlungen. Nachdem das Pelzverbot im Jahr 2010 gescheitert war, formierten sich die Aktivisten neu und brachten es im Februar dieses Jahres erneut vor die Knesset. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass es dieses Mal verabschiedet wird. Im Dezember 2015 – drei Monate nachdem zwei Hunde bei einer Brandstiftung in einem Hundezwinger verbrannt waren – überarbeitete die Knesset ihre Tierschutzgesetze. Die Strafen für Tierquäler wurden heraufgesetzt und die gesetzlichen Beschränkungen dessen, was Menschen Tieren im Allgemeinen zufügen dürfen, strenger. Die Anmerkungen zum Gesetz stellen fest, sein Zweck sei zum Teil zu gewährleisten, dass „wenn die Notwendigkeit auftritt, einem Tier Schaden zuzufügen, dies nur zu humanen Zwecken geschieht und nicht unverhältnismäßig ist.“

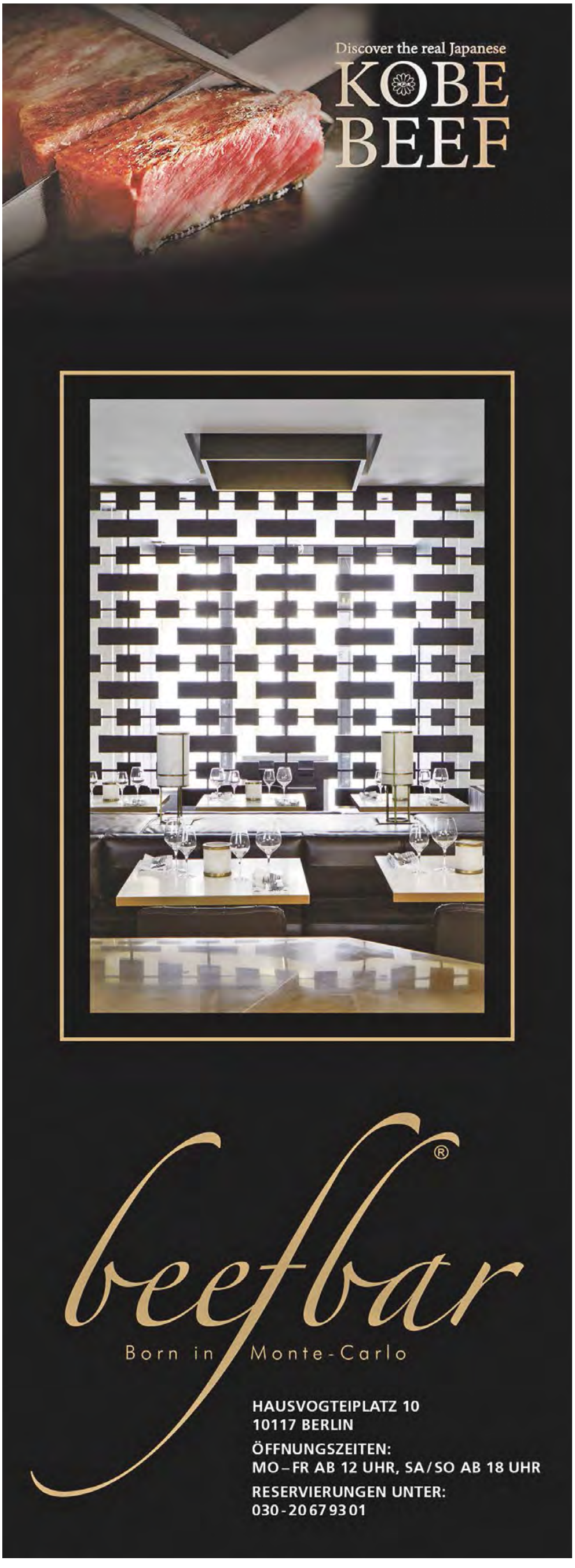
Das Gesetz schafft auch eine strafrechtliche Verantwortlichkeit für Führungskräfte, die Tiere zu beaufsichtigen haben und Misshandlungen nicht verhindern. Würde Tnuva jetzt wieder gegen das Gesetz verstoßen, würden Mitarbeiter der Führungsebene strafrechtlich verfolgt. Die Kombination aus bekannten zivilrechtlichen Sanktionen und möglichen strafrechtlichen Folgen wirken als starke Abschreckung für Tnuva, nicht wieder in die missbräuchlichen Praktiken zu verfallen.

Die jüdische Ethik verbietet die Misshandlung von Tieren

Das Gesetz fällt zufällig mit der sich wandelnden religiösen Sicht in Israel darauf zusammen, was koscheres Fleisch ausmacht. Israelis wollen nicht wegschauen, wenn Tiere in der fleischproduzierenden Industrie misshandelt werden. Den neuen rabbinischen Entscheidungen kommt auf dem Markt für koscheres Fleisch ein hoher Stellenwert zu und die Zustimmung der Rabbiner zum Verfahren wird als sehr wichtig erachtet.

Aber diese neuen Beschlüsse sind nicht überraschend – es gibt keinen juristischen Aktivismus in der jüdischen Gemeinschaft. Die Gesetze der Kaschrut sind klar darauf ausgelegt, Erniedrigung oder Leiden von Tieren zu verhindern. Obwohl der Wortlaut des Gesetzes, der bestimmte Praktiken verlangt bzw. verbietet, die Apologeten von Tnuva möglicherweise dazu verleitet hat, zu glauben, ihre Verfahren seien koscher, war der dahinterliegende Zweck ganz klar pervertiert. Die jüdische Ethik verbietet die Misshandlung von Tieren und das israelische Rechtssystem zieht endlich mit dieser Einstellung gleich.

Shecharya Flatte ist Senior am Cornell College und studiert im Hauptfach Politik und internationale Beziehungen. Im Sommer 2017 war er ein Tower Tomorrow Fellow. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Tower.



Neuer israelischer Durchbruch im Kampf gegen den Krebs

Wirkstoff zerstört Energieerzeugungssystem von Krebszellen

JACK GUEZ, AFP

An der Wissensschmiede Bar-Ilan-Universität forschen die Krebspioniere um Professor Nir.

Von Abigail Klein Leichman (Redaktion Audiatur)

Ein Enzym, das nur in metastatischen Krebszellen und gewöhnlichen Spermazellen vorkommt, bildet die Basis für einen vielversprechenden Behandlungsansatz israelischer Forscher.

Ein Enzym, das normalerweise nur in Spermazellen vorkommt, ist dasselbe, welches Krebszellen ermöglicht, in den ganzen Körper zu metastasieren – dies sagt ein israelischer Forscher, der einen synthetischen Wirkstoff zur Deaktivierung des Enzyms entwickelt hat.

Krebszellen brauchen Zucker

Wenn Krebszellen metastasieren (den Primärtumor verlassen und sich in andere Organe ausbreiten), müssen sie improvisieren, um unter schwierigen Bedingungen – wie etwa mangelnden grundlegenden Nährstoffen wie z. B. Glukose – zu überleben und zu gedeihen. Eine Möglichkeit, dies zu bewerkstelligen, ist indem sie ihr Energieerzeugungssystem umprogrammieren, erklärte Professor Uri Nir von der Bar-Ilan Universität in Ramat Gan.

Professor Nir und sein Team identifizierten ein Enzym namens FerT in den energieerzeugenden Mitochondrien metastatischer Krebszellen. Als sie FertT bei Labormäusen anvisierten, wurde die malignen Zellen nicht mehr mit Energie versorgt und starben schon bald ab.

Auf ihrer Suche nach einem vergleichbaren Enzym in den Mitochondrien anderer Körperzellen wurden die Wissenschaftler nur bei Spermazellen fündig.

Nir folgert, dass dies möglicherweise darin begründet ist, dass Spermazellen – die einzigen Zellen, die außerhalb des Körpers, aus dem sie stammen, funktionieren müssen – insofern metastasierenden Zellen ähneln, als auch sie in der Lage sein müssen, Energie unter schwierigen Bedingungen zu erzeugen.

„Wenn sie erst einmal in den weiblichen Geburtskanal gelangt sind, in dem es keine Blutversorgung für sie gibt, produzieren und verbrauchen sie enorme Energiemengen unter sehr extremen oder abnormalen Bedingungen“, erklärte Professor Nir.

„Wir haben herausgefunden, dass sehr aggressiv metastasierende Krebszellen dieses spermaspezifische Protein suchen und identifizieren, um anschließend zu lernen, wie sie es produzieren können und es dann schließlich benutzen, um ihre Mitochondrien zu potenzieren und unter sehr schwierigen Bedingungen Energie zu produzieren“, führte Nir weiter aus.

E260 zerstört FerT

Unter Verwendung fortschrittlicher chemischer und robotischer Methoden entwickelte Nirs Laborteam den synthetischen Wirkstoff E260, der oral oder per Injektion verabreicht werden kann.

Wird er in metastasierende Zellkulturen oder Mäusen mit metastasierenden Tumoren eingebracht, dringt E260 in die Mitochondrien ein und bindet sich an das Enzym FerT, wodurch es dessen Aktivität hemmt und einen vollständigen Zusammenbruch des gesamten „Zellkraftwerks“ der Mitochondrien verursacht.

Professor Nir stellte fest, dass metastasierende Krebszellen tatsächlich versuchen, geschädigte Mitochondrien zu zerlegen und wieder aufzubauen, bei diesem Prozess jedoch eine verheerende Menge an Energie verbrauchen.

„Wir haben Mäuse mit metastasierendem Krebs behandelt, und dieser Wirkstoff hat sie vollständig geheilt, ohne erkennbare toxische oder andere Nebenwirkungen. Wir haben außerdem auch mehrere normale Zellen überprüft, und auch sie wurden nicht beeinträchtigt“, berichtete Nir.

„Demzufolge ist E260 ein neuer Anti-Krebs-Wirkstoff, der in Krebszellen metabolische Belastung und Zelltod bewirkt.“ Professor Nir und sein Team planen, innerhalb der kommenden 18 Monate klinische Studien der Phase 1 durchzuführen.

Die Forschungsergebnisse wurden vor Kurzem in der Fachzeitschrift „Nature Communications“ veröffentlicht. Zu den Autoren der Studie zählen neben Nir die Life-Science-Wissenschaftler der Bar-Ilan Universität Yoav Elkis, Moshe Cohen, Etai Yaffe, Shirly Satmary-Tusk, Tal Feldman, Elad Hikri, Ariel Feiglin, Yanay Ofran und Sally Shpungin sowie Abraham Nyska von der Universität Tel Aviv.

Auf Englisch zuerst erschienen bei Israel21c.

ROSA&BELLA
fine flowers
Schlüterstr. 63 – 10625 B | Tel.: 32769600 | www.rosaundbella.de

Es brent, Brider, es brent!

Der jiddische Komponist und Dichter Mordechai Gebirtig starb 1942 während des Holocaust im Krakauer Ghetto

Von Laura Jacobi & Joseph Felix Ernst

Lassen Sie sich mitnehmen auf eine Reise ins Jiddischland und unterstützen Sie ein Buch gegen das Vergessen!

Der Schauplatz ist Galizien, einst vernachlässigtes rurales Kronland der K.-u.-K.-Monarchie, Kernland europäischen Judentums, ein Land zwischen den Kulturen, ein Land zwischen polnischem und österreichischem Katholizismus, slawisch-orthodoxem Christentum und Judentum, ein Land zwischen deutschen, polnischen, ukrainischen, russischen, jiddischen Zungen, ein Land vieler Muttersprachen, ein Land vieler Grenzen und deren Überschreitung, ein Land zwischen Zusammenleben und Pogrom. Ein durch und durch europäisches Land, das uns viel über uns selbst erzählen kann. Der deutschsprachige Leser kennt aus jenem verschwundenen Land allenfalls die Schriftsteller Bruno Schulz (geboren in Drohobycz bei Lwiw/Lemberg), Joseph Roth (geboren 1894 in Brody) und Leopold von Sacher-Masoch (geboren 1836 in Lwiw/Lemberg).

Weniger bekannt, jedoch eine der wichtigsten und authentischsten Stimmen aus Westgaliziens Hauptstadt Krakau ist Mordechai Gebirtig, der „Vater des jiddischen Liedes“. Genauso vielseitig wie seine Heimat, genauso bunt und hoffnungsvoll, gleichzeitig gezeichnet von Not und Armut sind seine Lieder. In Kazimierz, dem jüdischen Stadtteil Krakaus, lebte er als Tischler und schrieb des Nachts an seinen Liedern, die er den kleinen Leuten seiner Nachbarschaft widmete.

In ebenjenem Kazimierz trafen wir im Jahr 2013, damals noch Studenten, aber bereits angehende Verleger, den Autor Uwe von Seltmann. Uwe, geboren in Müsen (Westfalen), lebte bereits seit 2007 in Krakau und leitete regelmäßig Studienreisen durch seine neue Heimatstadt. Auch uns brachte er Kazimierz und seine Kultur, seinen Zauber und seine Geheimnisse näher. Vier Jahre später planen wir – nun als vollständige Verleger – ein Buch mit Uwe über den jüdischen Bertolt „Brecht von Kazimierz“, ein Buch gegen das Vergessen: „Es brennt – Leben und Werk des Mordechai Gebirtig“.

Unser Schtetl brennt

Der Poet Mordechai Gebirtig ist heute nur noch wenigen bekannt, er wurde 1942 im Krakauer Ghetto von Nationalsozialisten ermordet. Doch 170 seiner Lieder haben überlebt. Namhafte Künstler, in Deutschland zum Beispiel Wolf Biermann, Eva-Maria Hagen und Daniel Kahn, interpretieren noch heute Gebirtigs Werke. „S’brent, undzer shtetl brent“ (Es brennt, unser Schtetl brennt) – während des Holocaust die inoffizielle Hymne jüdischer Widerstandskämpfer – klingt, stets am Holocaust-Gedenktag, durch die Straßen Israels. Eine der eindrücklichsten Verse Gebirtigs. In diesem Lied ergeht ein Appell an alle, die tatenlos, vielleicht ohnmächtig, schockstarr stehen und abwarten: „un ir shteyt un kukt azoy zikh / mit farleygte hent. / un ir shteyt un kukt azoy zikh / undzer shtetl brent!“ (Und ihr steht und gafft nur herum, eure Arme verschränkt, und ihr steht und gafft nur herum, während unser Schtetl brennt.)

Gedenktafel an Gebirtigs Wohnhaus in Krakau

Gebirtig kommentierte mit diesem Lied ein Pogrom in dem polnisch-jüdischen Schtetl Przytyk im Jahre 1936. Seine Mahnungen sind heute aktuell wie je. Umso wichtiger ist es, sein Erbe aufzuarbeiten und urbar zu machen. Seine Klage erinnert uns daran, dass Chauvinismus in der Lage ist, die verheerendsten Seiten des Menschen an die Oberfläche zu kehren. Schon alleine deshalb müssen wir Gebirtig in das kulturelle Gedächtnis und den Kanon der galizischen Schriftsteller aufnehmen und ihn entsprechend als den bedeutenden Vertreter der jüdisch-europäischen Kulturgeschichte würdigen, der er war.

Doch aus Herz und Feder dieses großartigen Schöpfers jiddischen Liedgutes und jiddischer Lyrik stammen nicht nur Lieder der Klage und Wehmut. Auch viele Arbeiter-, Kinder- und Schlaflieder schrieb der Tischler aus Krakau. Zu den bekanntesten zählen heute wohl der freche „arbetloze marsh“ („geyn mir arum in gaz, vi di gvirim puzt un paz“ – „gehen wir durch die Gasse, lethargisch, wie die Reichen“) und die melancholische Kindheitserinnerung „kinder yoren“. Elegien, Lieder der Erinnerung, Lieder der Arbeit, Lieder der Heimat und Lieder des Spiels, der Kindheit und Wiegenlieder zeigen uns alle Aspekte des Lebens: Die familiären, die des Alterns, die des Glücks und des Schreckens gleichermaßen. Gebirtigs weite Ausschläge zwischen Hoffnung und Schmerz sind von einer Tiefe, die unmittelbar bedeutsam ist.

Gebirtigs Werk „urbar“ machen

Uwe von Seltmann arbeitet seit vielen Jahren daran, Gebirtigs Schätze zu bergen und zahlreiche unsortierte Dokumente zu organisieren, zu transkribieren, ins Hochdeutsche zu übertragen und in Bezug zu Gebirtigs Leben zu setzen. Etliche Lieder sind in ganz anderen Zusammenhängen entstanden als bisher angenommen. Viel neues Material hat Uwe von Seltmann dabei geborgen: Zeitdokumente, Fotografien, Aufzeichnungen – Material, das nicht allein durch die Namensvarianten Gebirtigs bisher nicht beachtet oder richtig verzeichnet worden waren. Mordechai? Mordechaj? Mordche? Gebirtig? Gebürtig? Bertig? Oder latinisierte Formen, die von K.-u.-K.-Beamten und dem österreichischen Zensus bevorzugt wurden? Gebirtigs Erbe ist nicht einfach unter einem Namen zusammenzutragen. Uwe von Seltmann hat viele der Verschlüsselungen aufgespürt und widmet ihnen in seinem Buch „Es brennt“ sogar einen eigenen Abschnitt.

„Es brennt“ ist mehr als eine Biographie. Es ist Werkschau, es ist Lyrik, es ist Geschichte und Geschichten, es ist Fundus und Entdeckung, es ist Würdigung und es ist: notwendig.

Mordechai Gebirtig – von einem NS-Soldaten bei einer Aussiedlungsaktion erschossen – hat 1942 im Krakauer Ghetto diese unsere Welt verlassen. Seine Lieder haben es nicht. Aus dem Echo der Vergangenheit klingen seine Verse bis heute und sind so aktuell, als hätten wir sie uns gestern erst erdacht. „Blayb gezunt mir, Kroke“ schreibt Gebirtig nach seiner Deportation in das Krakauer Ghetto: „Bleib du mir gesund / Es wartet der Wagen schon angespannt vor meinem Haus“. Doch Gebirtigs Kroke, ganz Galizien ist damals längst nicht mehr gesund. Die braune Krankheit ist als tödlicher Fluch über das Land gekommen. Gebirtigs Gedichte sind mehr als ein Zeugnis, sie sind so dicht an seinem Leben, dass wir direkt davon vereinnahmt werden, dass wir keine Möglichkeit haben, uns zu entziehen.

„Es brennt“ wird im homunculus verlag am 19. April 2018 erscheinen. Bis zum 9. Dezember 2017 läuft auf der Crowdfunding-Seite www.starnext.com/es-brennt ein Unterstützungsaufruf, um die Ausstattung des Buches, das viele der von Uwe von Seltmann geborgenen Dokumente vollfarbig abbilden soll, zu finanzieren. Der Autor selbst gibt dort in einem Video weitere Informationen zum Projekt. Wählen Sie auf der Seite einfach Ihr Dankeschön für Ihre Unterstützung aus und geben Sie ohne Anmeldung Name und Zahlungsart an – schon sind Sie Teil dieses wichtigen Projekts. Wer dort fördert, sei an dieser Stelle bereits herzlich bedankt!

Aber auch nach dem Crowdfunding kann weiter unterstützt werden: ab dem 10. Dezember wird es auf der Homepage des Verlags die Möglichkeit geben, das Buch zum Subskriptionspreis vorzubestellen: www.homunculus-verlag.de

Helfen Sie mit, Mordechai Gebirtigs lyrischem Erbe eine schöne Heimat zu geben!
www.starnext.com/es-brennt

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.**

Sarah Aaronsohn – die unbekannte Nationalheldin Israels

Vor 100 Jahren beging die frühe Wegbereiterin des Zionismus in türkischer Haft Selbstmord

von Tal Leder
(Redaktion Audiatur)

Das Leben von Sarah Aaronsohn ist die Geschichte einer mutigen Frau, die für eine jüdische Nation und Heimstätte in Palästina kämpfte und 30 Jahre vor der Gründung des Staates Israel dort lebte.

„Glauben Sie mir, ich habe nicht mehr die Kraft zu leiden und es wäre besser mich zu töten, als unter ihren blutigen Händen gefoltert zu werden. Wenn wir uns nicht mehr an unseren Mut und Idealismus erinnern, dann sollten es wenigstens die nachfolgenden Generationen tun. Als Helden starben wir ohne den Türken etwas gestanden zu haben. Ich habe für mein Volk und für Ihr Wohlergehen gesorgt, und wenn mein Volk eine Grundlage hat, dann soll es so sein."

Dies ist ein Teil des Abschiedsbriefes von Sarah Aaronsohn, einer nationalen Aktivistin sowie Koordinatorin und späteren Ortsleiterin der jüdischen, pro-britischen Untergrundorganisation „NILI", welche Palästina von der osmanischen Herrschaft befreien wollte und sich vor 100 Jahren, am 10. Oktober 1917, das Leben nahm. Es stellt ein neues Verständnis der Rolle der Frau innerhalb des nationalen Projekts und der jüdischen Wiederbesiedelung in Palästina nach 1881 dar.

Sarah war das fünfte der insgesamt sechs Kinder von Efraim Fischel Aaronsohn und seiner Frau, Malka Glatzano. Beide stammten aus Baku in Rumänien. Zusammen mit weiteren 64 Familien kamen sie 1882 als Teil der ersten „Alijah" (Hebräisch für „Aufstieg," also die Einwanderung nach Eretz Israel) nach Palästina und waren Mitbegründer der Stadt Zichron Ja'akov, wo Sarah am 5. Januar 1890 geboren wurde. Die Aaronsohns gehörten zu den prominentesten Familien im Ort, nicht zuletzt wegen der Karriere und Bekanntheit von Aaron (1876-1919), Sarahs ältestem Bruder und Mentor, einem weltberühmten Agronomen und Botaniker.

Doch die Lebensbedingungen waren extrem hart. Männer und Frauen mussten schwer arbeiten und hatten kaum Zeit für ihre Kinder. Sarah, die keine richtige Ausbildung hatte, wollte nicht wie so viele andere Mädchen nur als Mutter und Ehefrau leben und sah ihre

Sarah Aaronsohn

Brüder als Vorbilder. Von Aaron wurde sie daraufhin ermutigt mehrere Sprachen zu studieren und war nach kurzer Zeit fließend in Hebräisch, Jiddisch, Türkisch und Französisch. Auch verfügte Sarah über sehr gute Kenntnisse in Arabisch und Englisch. Sie ließ sich ebenfalls in Agrarwissenschaften und Botanik ausbilden und begleitete ihren so erfolgreichen Bruder auf seinen Reisen durch Palästina.

Aaron Aaronsohn arbeitete zu Beginn des Öfteren mit dem charismatischen Avshalom Feinberg aus Gedera zusammen, von dem einige Historiker annehmen, dass er eine Liebesbeziehung zu Sarah hatte. Nachdem ihre Romanze zerbrach, verlobte sich Avshalom mit ihrer jüngeren Schwester Rivka. Doch zuallererst sollte Sarah den Bund der Ehe eingehen und auf Druck ihres Vaters heiratete sie den viel älteren Geschäftsmann, Chaim Abraham, einen bulgarischen Juden, der in Konstantinopel lebte. Doch die Ehe mit dem viel älteren Mann stand unter keinem guten Stern und mit ihm in der türkischen Metropole zu leben machte sie sehr unglücklich. Im Sommer 1915 ließen sie sich scheiden und Sarah kehrte über Land nach Palästina zurück und sollte Zeuge eines grausamen Ereignisses werden, welches ihr weiteres Leben stark beeinflussen sollte.

Spionagenetzwerk

Als der Erste Weltkrieg im Jahre 1914 ausbrach, stand die Region Palästina unter der Herrschaft des nicht mehr allzu mächtigen Osmanischen Reiches. Unter den jüdischen Siedlern war die Meinung gespalten, ob es besser wäre, die Mittelmächte und damit die Türken, oder doch lieber die Alliierten, also die Engländer, zu unterstützen.

Aaron Aaronsohn, sowie einige Männer und Frauen seiner Gemeinde neigten eher dazu, den Briten zu helfen und die Türken aus Palästina zu vertreiben, um selber vom Krieg profitieren zu können. Sie dachten, dass eine neue Ordnung im Nahen Osten unter der Herrschaft Großbritanniens anstelle einer korrupten Türkei dazu beitragen würde,die Autonomie der Juden in Palästina zu erreichen. Nach einer kurzen Zeit der Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden, die Mitte 1915 zu Ende ging, beschlossen Aaronsohn und Feinberg eine aktive anti-osmanische Politik anzunehmen und gründeten ein Spionagenetzwerk.

Währenddessen durchquerte Sarah auf ihrer langen Heimreise Anatolien und Syrien, die zu dieser Zeit ebenfalls Teil des Osmanischen Reiches waren. Dort lebte seit Jahrhunderten eine große Bevölkerung von Armeniern. Wie die meisten ethnischen Minderheiten hatten sie unter türkischer Herrschaft einen schweren Stand.

Inmitten des großen Krieges wurden sie von den Türken beschuldigt, den eindringenden russischen Streitkräften auf ihr Territorium geholfen zu haben. Massendeportationen und Erschießungen sollten zum armenischen Genozid (mit insgesamt ca. 1,5 Millionen Opfern) führen. Aaronsohn war entsetzt über die Ermordung Tausender Armenier durch die Türken und dieses Ereignis sollte ihr weiteres Handeln stark prägen.

Nach ihrer Rückkehr nach Palästina trat sie im November 1915 der Untergrundorganisation ihres Bruders bei, die sich „NILI" nannte. NILI ist ein Akronym einer Redewendung aus dem ersten Buch Samuel 15:29, Netzach Jisrael Lo Jishaker, „Die Ewigkeit Israels (hier: Gott) täuscht nicht." Das Spionagenetzwerk bestand zunächst aus 40 Personen.

Stand den Juden ein Völkermord durch die Türken bevor?

Berichte über den armenischen Völkermord drangen auch bis nach Zichron Ja'akov vor, und die Mitglieder von NILI waren überzeugt, dass die Juden in Palästina schließlich ein ähnliches Schicksal wie die Armenier erleiden würden.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberaatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

www.TUS-REISEN.COM

Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP ***AB 99€***

HOTELS:
TEL AVIV
Armon Hayarkon 3* 461€ |7T| ÜF
JERUSALEM
Prima Park 3* 392€ |7T| ÜF
NETANYA
Galil 3* 337€ |7T| ÜF

NEU ***EXCLUSIVE TOURS*** TuS Reisebüro

- **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- VIETNAM ab ***1920€*** (15 Tage)
- MADEIRA ab ***699€*** (7 Tage)
- GEORGIEN ab ***650€*** (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab ***850€*** (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab ***450€*** (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit
Spanien ab 370€
Italien ab 470€
Zypern ab 360€
Emirates ab 880€
Kuba ab 970€
Griechenland ab 480€
Türkei ab 385€
Kanaren ab 525€
Thailand ab 760€
Bali ab 990€

Адрес: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Тел: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

Von Ende 1916 bis zu ihrer Gefangennahme und ihrem Tod im Oktober 1917 operierte Sarah mit ihren insgesamt 40 Agenten in Palästina und im Libanon. Da ihr Bruder Aaron regelmäßig reiste und Avshalom während einer Mission nach Kairo verschwunden war (seine Überreste wurden erst nach 1967 in der Wüste Sinai gefunden) wurde Sarah zur führenden Person der Untergrundorganisation.

NILI besaß einen größeren Kreis von Befürwortern und Informanten, sowie einige, welche die Organisation auch finanziell unterstützten.

Sarah entschlüsselte und sammelte Informationen, codierte sie und kommunizierte mit dem Hauptquartier des britischen Geheimdienstes in Kairo von ihrer Station aus in Atlit – welche ihr Bruder Aaron als bekannter Agronom als sein Versuchslabor nutzte – um mit dem britischen Kriegsschiff „Managam“ Kontakt aufzunehmen. Ihre Agenten reisten stets mit dem Boot von Palästina nach Ägypten.

Sie überwachte auch die Übermittlung des Geldes von amerikanischen Juden, welches NILI der jüdischen Bevölkerung zukommen ließ, die unter Not, Hunger und Umsiedelung litt. Sarah arbeitete auch mit den türkischen Behörden zusammen, um diese stets auf eine falsche Fährte zu bringen.

Obwohl sie um die Risiken wusste, lehnte Sarah es stets ab, die Aktivitäten von NILI einzustellen. Auch lehnte sie den Rat des britischen Geheimdienstes ab, dass die Zeit gekommen war, sich langsam aus dem Staub zu machen und Palästina auf dem Seeweg zu verlassen. Sie blieb in Zichron Ja’akov und sah ihre Arbeit für die Untergrundorganisation und das jüdische Volk als oberste Priorität.

Folter und Gefängnis

Im September 1917 fingen die Türken zufällig eine Brieftaube mit Beweisen für einen jüdischen Spionagering in Palästina ab und begannen das Netzwerk zu zerstören. Als Sarah Aaronsohn davon erfuhr, half sie vielen Mitgliedern von NILI unterzutauchen. Sie selbst blieb zu Hause, um den Anschein der Normalität zu bewahren.

Einen Monat später umzingelten die Türken Zichron Ja’akov und nahmen eine Reihe von Verhaftungen vor, darunter auch jene von Sarah. Sie wurde vier Tage lang gefoltert, weigerte sich aber irgendwelche Informationen preiszugeben. Als sie am 5. Oktober über das türkische Gefängnis in Nazareth nach Damaskus überführt werden sollte, erlaubten ihr die Behörden noch eine Bitte.

Missglückter Selbstmord

Sie wurde in ihr Haus gebracht und durfte sich waschen und die Kleider wechseln. In einer Geheimwand hatte sie aber einige Zeit davor eine Pistole versteckt. Als sie kurz alleine war, nutzte sie die Gelegenheit, um die Waffe zu laden und schoss sich in den Mund. Allerdings traf sie nicht das Gehirn, sondern die Wirbelsäule und lag schwer verletzt am Boden. Sie flehte den herbeieilenden Arzt an, sie zu töten, da sie die Folter und Schmerzen nicht mehr ertragen könnte.

Vier weitere Tage lang sollte sie noch schwerverletzt und gequält weiterleben. Manchmal gab Sarah in Trance einige Sätze von sich, bevor sie dann in den frühen Morgenstunden des 10. Oktober 1917 verstarb.

Kurz bevor sie sich das Leben nehmen wollte, hinterließ Sarah eine kleine Notiz: „Denken Sie daran, denen

Sarah Aaronsohns Grab (rechts), wegen des Selbstmordes eingezäunt und nur mit Vornamen.

die nach uns kommen, von uns zu erzählen, was wir erlebt haben. Wir sind als Krieger gestorben und haben nicht nachgegeben … Sie kommen. Ich kann nicht mehr schreiben.“

Auch wenn viele Agenten gefangen, getötet oder inhaftiert wurden, hatte NILI sein Ziel erreicht. Im Dezember 1917 hatten die Briten unter der Führung von General Edmund Allenby Palästina erobert und die Balfour-Deklaration erlassen. Sie versprachen, bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mitzuhelfen.

Ein paar Jahre später sagte Raymond Savage, stellvertretender Militärsekretär bei Allenby, auf einer New Yorker Pressekonferenz: „Es war größtenteils die gewagte Arbeit junger Spione, die meisten von ihnen Juden aus Palästina, die es dem Feldmarschall ermöglichten, sein Ziel zu erreichen und effektiv durchzuführen.“

Die Briten hatten aber auch den Arabern ihre Unabhängigkeit versprochen, denn um die osmanischen Türken zu besiegen, benötigten sie ihre Hilfe. Doch schon zu Beginn der Auseinandersetzungen planten die Briten und Franzosen, gleich nach dem gewonnenen Krieg die Region unter sich aufzuteilen.

Neben Sarah sollte auch die gesamte Führungsriege von NILI ein unrühmliches Ende haben. Ihr Bruder Aaron wurde nach dem Krieg von Chaim Weizmann (der später der erste Präsident des Staates Israel wurde) zur Versailler Friedenskonferenz beordert. Doch unter unklaren Umständen starb er bei einem Flugzeugabsturz über dem Ärmelkanal auf dem Weg nach Frankreich. Nicht wenige beschuldigten die britische Regierung hinter diesem Unglück zu stecken. Ein weiterer Bruder, Alexander, starb 1948 an einem Herzinfarkt während eines Aufenthaltes in Südfrankreich, kurz vor der Staatsgründung Israels.

Der Datteljude

Avshalom Feinberg verschwand, wie schon erwähnt, während einer Mission nach Kairo. Auf dem Rückweg aus Ägypten wurde er am 20. Januar 1917 von Beduinen in der Nähe von Rafah bei Gaza entdeckt und bei einem Schusswechsel mit türkischen Grenzpolizisten getötet. Sein Schicksal blieb jedoch bis zum Sechstagekrieg ungeklärt. Einige israelische Soldaten wussten um die Legende des „Datteljuden“, aus dessen Grab heraus eine inzwischen große Dattelpalme gewachsen war. Es stellte sich heraus, dass ein Beutel mit Datteln in Avshaloms Hose war. Man exhumierte seinen Leichnam und im November 1967, im Rahmen eines Staatsaktes, wurde Feinberg feierlich auf dem Herzlberg in Jerusalem beigesetzt. Dabei wurde auch die Dattelpalme geborgen und an seiner Grabstelle neu eingepflanzt.

Nach Sarahs Tod, wurde sie für viele Anhänger der „rechten“ „Bet’ar“-Bewegung zum Märtyrer. Wegen des jüdischen Verbots Selbstmord zu verüben, wurde Aaronsohn eine traditionelle Bestattung auf einem jüdischen Friedhof verweigert. Die Ablehnung eines jüdischen Begräbnisses für einen jüdischen Kriegshelden war natürlich unpopulär. Als Kompromiss wurde ein kleiner Zaun um ihr Grab auf dem Friedhof gelegt, und der Grabstein ist nur mit ihrem Vornamen „Sarah“ beschriftet. Die Bet’aristen sahen in ihr eine nationale Heldin, die im Kampf für das jüdische Volk starb. Ab 1935 begannen sie jährliche Pilgerfahrten zu ihrem Grab auf dem Friedhof von Zichron Ja’akov zu organisieren und idealisierten sie als „Heldin von NILI“. Dies erhöhte Sarah zu einem Symbol eines aktivistischen Nationalismus. Nicht wenige sahen in ihr eine Art „jüdische Jeanne d’Arc“.

Aus Sarahs Briefen kann man unmissverständlich ihr unabhängiges Denken herauslesen, aber auch die Weigerung vorgeschriebene Rollen für Frauen zu übernehmen. Ihr Selbstmord ist der erste Tod einer säkularen jüdisch-zionistischen Frau in der Neuzeit für „Eretz Israel“, die sowohl im geschichtlich-religiösen Märtyrertum als auch in der in Palästina etablierten zionistischen Tradition beispiellos war.

Nationalheldin

Obwohl die Agenten von NILI lange vor der Staatsgründung Israels einen Teil dazu beigetragen haben, dass 31 Jahre später der jüdische Staat in Palästina entstehen sollte, waren die NILI-Erfolge jahrzehntelang unbekannt. Die jüdische Gemeinschaft des britischen Mandats Palästina und später des Staates Israel sahen in den Tätigkeiten Sarah Aaronsons und der NILI- Gefolgschaft eine Art „Verantwortungslosigkeit“, weil die NILI-Operationen nicht mit der zionistischen Führung koordiniert wurden und dadurch den Jischuw (die jüdische Gemeinde in Palästina) gefährdeten. Die Angelegenheit fand im November 1967 offiziell seinen Frieden, als Feinbergs Überreste auf dem Berg Herzl mit vollen militärischen Ehren beigesetzt wurden und die Beisetzung von höchster politischer und militärischer Führung geehrt wurde. In Zichron Ja’akov beherbergt das Aaronsohn-Haus das im Jahre 1955 gegründete NILI-Museum zum Gedenken an das erste jüdische Spionagenetzwerk der Neuzeit im Heiligen Land.

Im heutigen Israel hat Sarah Aaronsohn ihren Platz in den Geschichtsbüchern gefunden. Nach dem Sechstagekrieg von 1967 wurden sie und die Untergrundorganisation NILI in der zentralen, staatlich geförderten Verehrung rund um moderne jüdische Helden und in der Kinderliteratur verewigt. Im Schulunterricht wird sie als Nationalheldin gefeiert und zu ihrem Todestag besuchen viele Israelis ihr Grab in Zichron Ja’akow, um an eine große Frau zu erinnern.

„Der ewige Antisemit“

Besprechung des neuen Films von Henryk Broder

Von Jörg Gebauer

Henryk Broder sagte einmal über den Titel seines gleichnamigen Buches: „Das ist keine Variation, sondern eine Umkehrung. Der antisemitische Mythos von den ‚Weisen von Zion‘ wird von mir aufgespießt, so wie ich mit dem Titel meines Buches ‚Der ewige Antisemit‘ das Bild vom ‚Ewigen Juden‘ aufgespießt habe. Ich vertraue dabei natürlich auf die Bildung des Lesers: Dass er die Anspielung erkennt und dechiffriert.“

Im November 2010 startete die ARD das politisch wohl inkorrekteste TV-Magazin des Jahres: „Entweder Broder – Die Deutschland-Safari“. Zwei pittoreske Typen – ein polnischer Jude und ein ägyptischer Moslem – begeben sich auf Streifzug durch die deutsche Vorurteilswelt. Die damalige TV-Staffel findet in dem neuen Film, der Anfang November im Bayrischen Fernsehen gezeigt wurde, seine geniale Fortsetzung.

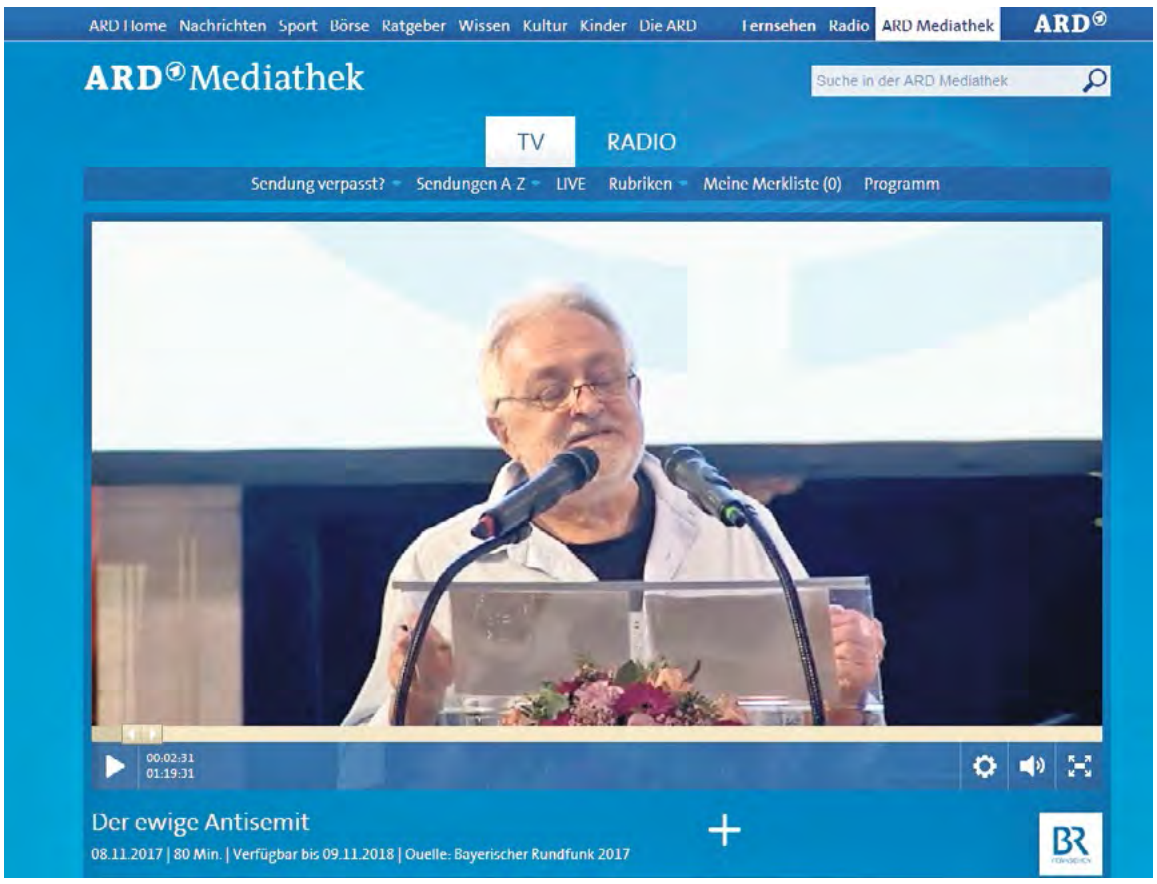
Es ist nicht mehr derselbe Volvo wie 2010. Aber das jüdisch-arabische Dream Team Broder/Abdel-Samad wird ergänzt durch Broders Schoßhündchen Chico sowie etliche Devotionalien und Stofftiere, die auch schon den alten Volvo schmückten, mit dem das Trio infernale von Allah bis Adolf durch Deutschland und jetzt auch durch halb Europa tourt. Der Streifzug durch die deutsche und insbesondere „linke“ Vorurteilswelt wird in diesem Film auf die Spitze getrieben. Hier Broder und da der eher sachliche, nüchterne und differenzierte „entwurzelte Integrations-Araber“ Hamed Abdel-Samad.

Zwei „Beute-Deutsche“, zwei „nette Onkels“ (Aufschrift auf der Heckscheibe ihres Autos), „ein entwurzelter Araber“ und ein „chronisch rechthaberischer Jude“ auf Tour: Grandios und garantiert Political Correctness-frei.

Bei seinem Streit mit der „Linken“ hatte Broder nicht immer uneingeschränkt Israel verteidigt, sondern vielmehr die unterschiedlichen Maßstäbe der „Linken“ angegriffen. Wörtlich: „Israel gilt den deutschen Linken als Hort des Bösen, die damaligen sogenannten Volksdemokratien außenrum wurden gefeiert. Oder wenn ich an Ströbele denke, den Prototypen des linken Antisemiten: Der wollte Israel keine Patriot-Raketen gegen Saddams Giftgas zukommen lassen – hatte aber keine Schwierigkeiten mit der Kampagne „Waffen für El Salvador“. Und der Schriftsteller Gerhard Zwerenz verkündete: „Es gibt keinen linken Antisemitismus.“

Genau dies ist auch jetzt wieder Thema des Films. In einem Ausschnitt sagt Dieter Dehm (der Westdeutsche Dehm wurde von der Stasi als IM geführt) von der Linkspartei: „Antisemitismus ist Massenmord. Und der Begriff muss dem Massenmord vorbehalten bleiben.“ Sogleich schließt sich eine andere Sequenz von Gerd Buurmann in den Kölner Messehallen an: Im Vorbeigehen verwandelt sich ein großes Hakenkreuz als Wand-Hologramm in den Davidstern. Das ist moderne Kunst.

Broder traf unter anderem den Autor und Islamkritiker Leon de Winter. Das „Jude-Sein“ bestimme dessen Leben und Werk, stellt der Sprecher des Films fest. De Winter berichtet, dass es in seinem Heimatort Hertogenbosch in Holland fast keine Juden mehr gebe. „Vorher lebten rund 460 Juden dort. Nur einige Dutzend haben überlebt.“ De Winter propagiere das freie Denken. „Wir sollten uns nicht begrenzen lassen von heiligen Texte oder Autoritäten.“



Der Film ist in der Mediathek des Bayerischen Rundfunks verfügbar

Gemeinsam fahren Broder und Abdel-Samad nach Naumburg in Sachsen-Anhalt, um Hans Püschel zu besuchen, der frühere SPD-Bürgermeister, der jetzt NPD-Mitglied ist. Er sagt den Besuchern: „Broder betreibt Antisemitismus.“ Den Holocaust hält er für einen Mythos.

In Hildesheim besuchten Broder und Abdel-Samad dann die „Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst“. Dort hatte es ein Seminar zur „sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina“ gegeben, und der Vorwurf war laut geworden, dass dort „lupenreiner Hass auf Israel“ verbreitet worden sei, wie Broder erklärt. Bei der öffentlichen Diskussion zum Vorfall, zu der viele Zuschauer gekommen waren, sagt Christiane Dienel, die Präsidentin der Hochschule, dass es im Nachhinein schwer zu klären sei, ob es Antisemitisches im Seminar gegeben habe. Alle Dokumente, die vorgelegt werden, sind aber mehr als eindeutig. Im Film erscheint die Präsidentin wie vernagelt. Sie ist aus gutem Hause. Sie ist freikirchlich evangelisch praktizierend. Sie war auch schon SPD-Staatssekretärin. Dienels Vertrag an der Hochschule wurde aber nach ihren Auftritten und Rechtfertigungen nicht mehr verlängert.

Rabbiner Shneur Kesselman, Rabbiner der Synagoge im schwedischen Malmö, berichtet gegenüber Broder, dass es nur noch rund 400 Mitglieder in seiner Gemeinde gebe und es immer weniger würden. Der Antisemitismus sei immer schlimmer geworden. „Das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit, das sie vor 15 Jahren noch hatten, hat sich verändert“, sagt Kesselman. In den vergangenen zwölf Jahren habe er in Malmö persönlich Antisemitismus erlebt. So würde ihm auf der Straße der Mittelfinger gezeigt und er bekomme bösartige Dinge über Juden zu hören.

Broder: „Der Antisemitismus und der Antizionismus ist Teil der europäischen DNA. Es gab ihn immer, es gibt ihn immer noch und es wird ihn weiter geben. Er wechselt nur sein Kostüm.“ Für seinen Film „Der ewige Antisemit“, bei dem Joachim Schroeder Regie führte, fuhr Broder übrigens mehr als 5.000 Kilometer quer durch Europa.

Regisseur Schroeder machte auch die Reportage über Israel, die arte und der WDR wegen angeblicher „Einseitigkeit“ jüngst nicht senden wollten. Auf die Frage, ob der Film deswegen bei arte nicht laufen würde, antwortete Broder: „Bei arte würde ich nicht mal meine alten Teebeutel entsorgen. Der Bayerische Rundfunk (BR) ist eine andere Nummer. Die haben uns machen lassen. Ich glaube nicht, dass der Antisemitismus der Linken aus ihrem Linkssein resultiert. Linke waren und sind antisemitisch, weil sie Kinder der deutschen Gesellschaft sind.“

Und einige junge deutsche „Linke“ scheinen heute absurderweise zu glauben, ausgerechnet an den nun zugewanderten Arabern „wiedergutmachen“ zu können, was Deutsche den Juden angetan haben.

Henryk Broder liebt die Provokation, sie scheint ihm zur zweiten Natur geworden – darum ist er ja in Konsens-Deutschland so auffällig und so unterhaltsam. Manchmal nervt das aber auch – umso besser, dass er Hamed Abdel-Samad an der Seite hat, der zwar auch einen leisen und bösen Humor pflegt, aber ruhiger und bedächtiger ist. Dadurch gibt es nicht nur Provokationen, sondern Gespräche, in denen die beiden zuhören und sachlich nachfragen – und sich ihre Gesprächspartner manchmal um Kopf und Kragen reden.

Terroranschläge, Krisen, schwelende politische Konflikte: Die Zeiten werden rauer, von allen Richtungen bläst uns der Wind ins Gesicht. Da könnte es hilfreich sein, einen Standpunkt zu haben. Doch haben wir einen, und wenn ja, wie viele?

Vor diesem Hintergrund machte Henryk Broder den Film. Pointiert und satirisch scharfsichtig hilft uns News-Junkie Broder dabei im medialen Wahnsinn, der täglich über uns hereinbricht, Haltung zu bewahren.

„Ich halte Toleranz für keine Tugend, sondern für eine Schwäche – und Intoleranz für ein Gebot der Stunde“, so Henryk Broder. Und weiter: „Was toleriert unsere Gesellschaft nicht alles: prügelnde Jugendliche, religiöse Fundamentalisten, Terroristen. Doch das ist eine gefährliche Toleranz, die von der Gleichwertigkeit aller Lebensstile ausgeht und die Ursache und Wirkung verwechselt.“

Ein Thema, das sein gesamtes Werk durchzieht. Schon sein gleichnamiges Buch „Der ewige Antisemit“ war eines der kontroversesten Bücher der 80er Jahre – aufgrund einer einstweiligen Verfügung wurde es sogar kurzzeitig aus den Buchhandlungen genommen. Es löste heftige Reaktionen aus, weil es nicht den klassischen Antisemitismus der judenfeindlichen „Rechten“ beschrieb, sondern den Antizionismus im „fortschrittlichen“ Milieu. Heute, 30 Jahre später, haben Antisemitismus und Antizionismus nichts von ihrer Virulenz verloren – im Gegenteil: sie haben sich von den Rändern der Gesellschaft zur Mitte hin verlagert. Was als „neuer Antisemitismus“ bezeichnet wird, ist nur eine Spielart des altbekannten Ressentiments, das sich als immun gegen jede Form der Aufklärung erwiesen hat.

Bereits vor zehn Jahren schrieb Henryk Broder und begann mit einem Zitat von Kurt Schumacher, dem damaligen SPD-Vorsitzenden, aus dem Jahre 1947: „Es gibt auf dieser Welt eine unheilvolle Art von Menschen: Das sind diejenigen, die glauben, man sei schwach und feige, wenn man höflich und nobel zu ihnen ist. Wir sind tolerant zu allen Toleranten. Aber wir haben den Mut, rücksichtslos zuzufassen gegenüber allen denen, die die Toleranz dazu mißbrauchen wollen, später einmal gegenüber dem Toleranten intolerant werden zu können.“

Broder weiter: „So etwas würde kein Sozialdemokrat heute sagen. Die einen liieren sich mit der Linkspartei. Die anderen entdecken ‚Schnittmengen‘ zwischen dem Sozialismus und dem Islam, die sie gerne ausbauen möchten. Wenn im SPD-Unterbezirk Altötting endlich die Scharia eingeführt würde, könnte es mit der SPD in ganz Bayern wieder bergauf gehen.“

Den zweistündigen Film finden Sie in der Mediathek des Bayrischen Rundfunks.

Sachsen findet ein verloren geglaubtes Genie

Emanuel Goldberg, ein jüdischer Pionier der Fotografie, Optik und Informationstechnik

Von Orit Arfa

„Ich habe einen Studienplatz an der Universität Leipzig bekommen", ruft Eshchar Gichon, 25, am Anfang des Interviews mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU aufgeregt.

Dass er an der Uni Leipzig, genauer gesagt am Institut für Tiermedizin, studieren wird, ist für ihn von höchster Bedeutung: Denn damit schließt sich der Kreis seiner Familiensaga um ein weiteres Stück.

Die Universität Leipzig ist nämlich auch die Alma Mater seines Urgroßvaters Emanuel Goldberg, der einst einer der bekanntesten Professoren der Stadt war. Ein Pionier auf den Feldern Fotografie, Optik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Fotografie an der Königlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe (heute Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig). Doch seine Verdienste wurden nach dem Krieg aus der sächsischen Geschichte ausradiert. In Leipzig und Dresden, wo er als Gründer und Generaldirektor der Zeiss Ikon wirkte und den Kamerahersteller zu einem der führenden weltweit machte, wurde er nach seiner Flucht aus Deutschland zu einem Unbekannten. Hätte er in seinem Heimatland bleiben können, er hätte der „Steve Jobs" oder der „Bill Gates" Deutschlands werden können.

„Wir sind mit den Geschichten über seine Arbeit als Direktor von Zeiss Ikon aufgewachsen und damit, dass er im Grunde genommen ein Genie war", erzählt Gichon der JÜDISCHEN RUNDSCHAU in einem Berliner Café. Gichon ist vor zwei Jahren zum Studieren nach Berlin gekommen, auch dank der deutschen Staatsbürgerschaft, die er durch seine deutsche Abstammung erhalten hat. Aber er hat nicht erwartet, dass er eine Art Renaissance um die Geschichte seines Urgroßvaters erleben würde.

Goldbergs Ideen, Geräte, Entwicklungen und Erfindungen waren kürzlich Gegenstand der Ausstellung „Emanuel Goldberg: Architekt des Wissens", die im März im Museum Technische Sammlungen Dresden eröffnet wurde; übrigens am Standort des ehemaligen Firmensitzes der Zeiss Ikon. Zu Goldbergs Erfindungen gehören eine „Wissensmaschine" (eine frühe Suchmaschine und eine Art Vorgänger von Google) und die transportierbare Kamera „Kinoma" (ein Vorgänger des Pocket-Camcorder). Die Wiederentdeckung von Goldbergs Errungenschaften hängt auch mit der Veröffentlichung der Biografie „Vom Mikrofilm zur Wissensmaschine: Emanuel Goldberg zwischen Medientechnik und Politik" des amerikanischen Professors Michael Buckland zusammen.

„Es ist schwierig, zu erklären, wie Goldberg verschwunden ist", berichtet Buckland, der an der renommierten Berkeley-Universität lehrt, der JÜDISCHEN RUNDSCHAU. „Er war einst international berühmt und schließlich kannte ihn außerhalb von Israel niemand mehr. Ich fand diese Detektivarbeit an seiner Biografie in vielerlei Hinsicht absolut faszinierend: Er hatte ein höchst interessantes und abenteuerliches Leben. Er hat unglaublich schlaue Sachen getan und seine Geschichte ist menschlich unheimlich interessant. Nicht nur war die Historie der Informationswissenschaft ohne seine Erwähnung lückenhaft, es gibt auch eine starke ethische Komponente. Er hat es verdient, dass man sich an ihn erinnert und nicht, dass man ihn vergisst."

Emanuel Goldberg (links) als Leiter der Abteilung Reproduktionstechnik an der Königlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe Leipzig, um 1911

Die Geschichte von Emanuel Goldberg ist die eines „Selfmademan". Geboren 1881 im Russischen Kaiserreich zwangen ihn die dort sehr eingeschränkten Studienmöglichkeiten für Juden, sein Studium aufzugeben und stattdessen in Leipzig weiter zu studieren und schließlich auch zu lehren. 1917 ging er nach Dresden, um in der Hauptstadt der Kameras Zeiss Ikon zu gründen.

Entführung durch die SA

1933 stürmten bewaffnete SA-Männer die Büros der Zeiss Ikon und entführten Goldberg. Sein Unternehmen konnte zwar seine Freilassung aushandeln, degradierte ihn daraufhin jedoch und entsandte ihn in die Firmenniederlassung in Paris. 1936 wurde er „ausbezahlt" und man ließ ihn ein „Wettbewerbsverbot" unterzeichnen. Sein Nachfolger wurde ein Nazi, mit dem Unternehmen Zeiss Ikon ging es danach stetig bergab.

Goldberg lehnte ein Angebot, an der Seite von Albert Einstein in den USA zu arbeiten ab und ging stattdessen 1937 ins damalige Palästina. Dort setzte er seine Forschungs- und Entwicklungskenntnisse im Bereich der Rüstungsindustrie, beispielsweise für Kompasse und Ferngläser, ein – erst, um die britische Armee gegen die Nazis zu unterstützen, später in der Haganah, aus der schließlich die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte hervorgingen. Emanuel Goldberg starb schließlich 1970 in Israel. Er hatte in Israel für seine Mitarbeit an der Gründung von ElOp, einem auf den Bereich Optik fokussierten Teil des Rüstungsunternehmens Elbit, unter anderem den Israel-Preis erhalten.

Es sollte aber noch bis zu den Feierlichkeiten des 250. Jubiläums der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig dauern, bis seine Geschichte in Sachsen wieder aufgerollt wurde. Ein Student war im Rahmen der Vorbereitung zu den Feierlichkeiten, für die in einem Wettbewerb Rechercheprojekte über ehemalige Professoren angefertigt werden sollten, auf Goldberg gestoßen. Dieser Student, René Patzwaldt, kontaktierte kurzerhand die Nachkommen von Emanuel Goldberg in Israel.

„Eines Tages bekam meine Großmutter eine Nachricht bei Facebook", erinnert sich Gichon, „wir sahen die Nachricht allerdings erst drei Monate später, als mein Cousin das Facebookprofil checkte. Das war der Anfang von allem. Wir luden ihn nach Israel ein, um meine Oma zu interviewen. Sie zeigte ihm auch einige Werkzeuge von Emanuel Goldberg und der Student erstellte sein Projekt, mit dem er schließlich den Wettbewerb gewann."

Die Hochschule kooperierte auch mit der Technischen Universität Berlin, um die Ausstellung im Museum Technische Sammlungen in Dresden zu realisieren. Wie der Museumsdirektor Roland Schwarz berichtet, unterstütze die Firma Zeiss das Museum für die Ausstellung erstmalig finanziell. Die Ausstellung markiert einen kritischen Wendepunkt für Dresden. Immerhin hatten die Mitarbeiter des Museums noch 1995, als der Goldberg-Biograf Buckland dort recherchierte, noch nie vom Erfinder und Zeiss Ikon-Gründer gehört.

„Hätte er weiter an seinen Projekten hier in Dresden arbeiten können, würden wir Emanuel Goldberg heutzutage wahrscheinlich als Erfinder des Computers bezeichnen", erklärt Schwarz beim Besuch der Ausstellung, die im letzten September endete. Schwarz ist nicht sicher, ob die Ausstellung noch irgendwo anders zu sehen sein wird. Die israelischen Museen, die er kontaktierte, haben kein großes Interesse daran gezeigt und Goldbergs Kinder (inklusive Gichons Großmutter Chava) sind alle bereits vor der Eröffnung verstorben.

„Glücklicherweise hatte sich die Familie entschlossen, sein Vermächtnis an das Museum zu übergeben", berichtet Museumsdirektor Schwarz dankbar. Dazu gehört auch die geliebte Drehbank, die Goldberg mit nach Paris genommen hatte und die später in seiner Werkstatt in Tel Aviv stand. Das fünfte Stockwerk des Museums soll nach Goldberg benannt und Informationen über ihn in die Dauerausstellung eingefügt werden.

Vom Fenster in den Ausstellungsräumen aus kann man das Haus sehen, dass Emanuel Goldberg in Dresden entworfen und gebaut hatte, ganz in der Nähe der Straßenbahnlinie. Seinen Urenkel Eshchar Gichon interessiert die Geschichte des Menschen Goldberg, die des Erfolgs und der Tragödie, mehr als seine technischen Errungenschaften. Er besuchte sein ehemaliges Wohnhaus auf Einladung des jetzigen Besitzers und gemeinsam arbeiten sie daran, einen Stolperstein zu installieren, um auch so ein Denkmal für Goldberg zu setzen.

„Wir haben immer gesagt: Wäre er in Deutschland geblieben, wäre er bestimmt weltberühmt geworden", resümiert Gichon, „er hätte die Firma weiter vorangetrieben und meine Onkel haben immer gesagt, dass er bestimmt auch einen Nobelpreis gewonnen hätte."

Aus dem Englischen von Katharina Höftmann

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Der Boykotteur wird boykottiert

Eine Kölner Bürgerin engagiert sich erfolgreich gegen den prominenten Musiker und BDS-Aktivisten Roger Waters

Von Dr. Nikoline Hansen

Roger Waters besprüht die israelische Schutzmauer.

Gelegentlich kann eine kleine Ursache große Wirkung haben. Wann das geschieht, lässt sich kaum vorhersagen, aber diesmal scheint einfach alles gestimmt zu haben. Angesichts der mittlerweile fast selbstverständlich gewordenen regelmäßigen israel-feindlichen Berichterstattung wirkt es fast als sei ein Wunder geschehen: Einer engagierten Kölnerin ist es geglückt, die Unterstützung eines prominenten Israelhassers durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten der ARD (SWR, WDR, BR, NDR und RBB) zu verhindern.

Malca Goldstein-Wolf hat sich noch immer nicht an den Rummel gewöhnen können, den diese Meldung auslöste. Das Medieninteresse ist gewaltig – und das Echo selbst in der deutschen Presselandschaft wohl einmalig und erstaunlich positiv. Neben den Glückwünschen und Dankesbekundungen der in Deutschland lebenden Juden – so schreibt der Zentralrat der Juden auf seiner Webseite, dass er die Entscheidung mehrerer öffentlich-rechtlicher Sender, die Zusammenarbeit mit dem Musiker Roger Waters zu beenden, begrüßt – erntet sie natürlich auch Hassmails, aber das versucht sie soweit es geht zu ignorieren. Was war passiert?

Das Schwein mit dem Davidstern

Während Goldstein-Wolf im Auto saß, hörte sie die Werbung für ein Konzert mit dem ehemaligen „Pink Floyd"-Star Roger Waters. Eben jener Roger Waters, der im Rahmen seiner Shows gerne mal ein Schwein mit Davidstern in die Luft steigen und dann zerstören lässt – eine Symbolik, die an die antisemitischen Ressentiments des Mittelalters erinnert, in der das Schwein – die „Judensau" – ikonografischen Eingang in der Kirchenausschmückung fand. Roger Waters hat auch noch andere Symbole auf seinem Schwein – aber das macht es nicht besser. Zumal er aktiv in der sogenannten BDS-Bewegung zum Boykott gegen Israel aufruft und entsprechende Kampagnen unterstützt. So wurde etwa das Konzert von Nick Cave im Oktober in Berlin von Anhängern der Bewegung kritisiert, weil Nick Cave sich diesem Boykott verweigerte und in Israel auftrat. Die BDS-Aktivisten verteilten vor dem Veranstaltungsort Flugblätter, auf denen der Sänger in einem brennenden Ghetto inmitten von Leichen gezeigt wird. Ein beeindruckendes Bild, das etwas suggeriert, das nicht der Realität entspricht.

Tom Buhrow war sensibilisiert

All das ging Malca Goldstein-Wolf durch den Kopf, als sie die Werbung für das Konzert hörte. Sie wollte nicht hinnehmen, dass der WDR als öffentlich-rechtlicher Sender wieder einmal antisemitische Propaganda unterstützte. Spontan habe sie gedacht „Mensch, das geht doch nicht" – und handelte sobald sie zu Hause war. Sie schrieb eine E-Mail an den Intendanten des WDR, Tom Buhrow. Buhrow hatte in einer Pressemitteilung anlässlich der Ausstrahlung des Films „Auserwählt und Ausgegrenzt" erklärt: „Das Thema der Dokumentation war und ist uns wichtig. Und je wichtiger das Thema, desto genauer muss die journalistisch-handwerkliche Sorgfalt sein. Dabei gilt: Sorgfalt vor Schnelligkeit. Wir haben den Film intensiv geprüft und ich habe entschieden, die Dokumentation und unsere handwerklichen Fragezeichen dazu transparent zur Diskussion zu stellen." Er war also vor noch nicht allzu langer Zeit für das Thema sensibilisiert worden. Trotzdem passierte eine Woche lang nichts. Goldstein-Wolf gab nicht auf. Sie startete eine Online-Petition und schrieb Buhrow erneut an, diesmal mit einem Link zur Petition.

Die Reaktion folgte prompt: Buhrow schrieb zurück. Und handelte – denn er hatte richtig erkannt, dass Worte alleine nicht mehr reichen würden, das Problem aus der Welt zu schaffen: „Ich spüre, dass nicht viele Worte und Argumente Sie überzeugen werden, sondern nur eine eindeutige Handlung. Die gebe ich Ihnen, denn mir ist wichtig, dass Sie mir glauben, wie wichtig mir Ihre Empfindungen sind. Deshalb komme ich Ihrer Bitte nach: Die Zusammenarbeit für das Konzert ist beendet."

Die Presse unterstützt die Absage

Was folgte war in der Tat eine Sensation: nachdem die „Bild"-Zeitung berichtet hatte, folgten viele weitere Printmedien – und unterstützten die Absage. Die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit" schrieb: „Roger Waters führt scharfe Kampagnen gegen Israel und Musiker, die dort Konzerte spielen möchten. Dass sich ARD-Anstalten nun von ihm distanzieren, ist absolut richtig." Und weiter: „Jetzt macht Roger Waters erstmals selbst die Erfahrung eines Boykotts – auch wenn es nur ein kleiner Boykott ist, nicht zu vergleichen mit den Kampagnen, die er gegen andere Künstler entfacht, aber immerhin doch: ein Zeichen." Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt: „Die Radiosender der ARD haben ihr Engagement als Medienpartner bei den Konzerten von Roger Waters abgesagt. Sie tun gut daran. Die Kritik an Waters politischer Symbolik ist berechtigt. Die ARD müsste sich bei Malca Goldstein-Wolf eigentlich bedanken. Mit ihrer an den WDR gerichteten Petition, nicht als Medienpartner beim Konzert des früheren Pink-Floyd-Bassisten Roger Waters mitzuwirken, hat sie die öffentlich-rechtlichen Sender vor einer Peinlichkeit bewahrt."

Ja, das stimmt: Zumal Roger Waters in dem Film „Auserwählt und Ausgegrenzt" thematisiert wurde und der WDR es eigentlich hätte besser wissen müssen. Aber manchmal werden Dinge eben nicht so ernstgenommen. Umso besser, dass die Unterstützung für das Konzert noch rechtzeitig gestoppt wurde. Denn nachdem der WDR-Intendant diese Entscheidung getroffen hatte, folgten die Intendanten anderer regionaler Sender nach. Goldstein-Wolf ist glücklich über diesen überraschenden Erfolg.

Noch 2013 waren die heftigen Proteste gegen den Auftritt des Sängers und die menschenverachtende Show kaum auf Resonanz gestoßen. Umso wichtiger war es der Initiatorin Tom Buhrow zu danken – eine Herzensangelegenheit, wie sie auf Facebook schreibt:

„Lieber Herr Buhrow, Ihre empathischen Worte klingen immer noch nach.

Ihre klare Haltung, Ihr unmissverständliches Handeln hat nicht nur mir Mut gemacht.

Ich wünschte, Sie könnten all die Kommentare unserer jüdischen Community lesen.

Sie haben all diesen Menschen gezeigt, dass jüdisches Leben in Deutschland schützenswert ist.

Sie haben bewiesen, dass es doch noch Menschen mit Rückgrat gibt.

Ich bin mir sicher, dass auch Sie so manchem Shitstorm ausgesetzt sind.

Sie haben sich nicht bequem weggeduckt, sondern eine Lawine der Gerechtigkeit losgetreten.

Sie waren für andere, federführende Intendanten Vorbild, ohne Ihren Mut, hätten alle anderen geschwiegen. Wie gerne würde ich Ihnen all das persönlich sagen und Sie dafür umarmen, dass Sie vielen Menschen, das zurückgegeben haben, was sie in der letzten Zeit so schmerzlich vermisst haben:

Hoffnung und Zuversicht!

DANKE!"

Die Hoffnung hat neue Nahrung gefunden, dass es künftig mehr Menschen gibt, die sensibler reagieren. Doch die antisemitischen Vorurteile sitzen tief, wie Goldstein-Wolf erfährt: „Da schreibt mir doch gerade ein gewisser Johannes Berthold und fragt, ob er die drei Waters Konzerte unbeschadet besuchen dürfte, oder ob er von Zionisten wie mir tätlich angegriffen würde...."

Empörung statt Resignation muss die Devise lauten, wenn es darum geht, Antisemitismus immer wieder und in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Und mit etwas Glück kann eine kleine E-Mail zur richtigen Zeit große Wirkung zeigen. Malca Goldstein-Wolf:

„Nicht aufgeben, es geht! Es gibt immer Möglichkeiten. Jeder einzelne kann etwas erreichen und muss seine Stimme erheben. Es hat uns gut getan, dass das passiert ist und viele Menschen haben Mut gewonnen."

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)
Vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —,90
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,50.
2. im Postabonnement M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.
Postzeitungsliste No. 3793.
Inserate
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbeilagen
15 M

Organ
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.
Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin C 22, Auguststrasse Nr. 49a.
Sprechstunden:
4—5 Uhr nachmittags.
Redaktion:
Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40, Lehrterstrasse 14/15.
Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4—6 Uhr.

No. 49. Berlin. 5. Dezember 1902. 5. Kislew 5663. VII. Jahrgang.

Unnötige Sorgen.

Eine Erwiderung auf den Artikel des Herrn E. Auerbach.

In No. 48 der „Rundschau" hat Herr A. einen Aufsatz, den ich in der „Welt" über das Verhältnis des Judentums zum Zionismus veröffentlicht habe, zum Gegenstand einer kritischen Besprechung gemacht. Wenn schon Herr A., der meinen Artikel selbst gelesen, diesen in wesentlichen Punkten missverstanden hat, so ist es doch wohl nötig, dass auch ich nochmals meinen Standpunkt den Lesern dieses Blattes darlege und verteidige.

Vor allem konstatiere ich, dass ich nicht von der Frage ausgegangen bin: warum will der Zionismus in Deutschland keine Fortschritte machen? — und dass deshalb die Gegenfrage des Herrn A.: aber macht denn hier der Zionismus keine Fortschritte? ganz deplaziert ist. Meine Fragestellung ist im ersten Satz ganz deutlich enthalten: „Während wir die Schar unsrer Anhänger in aller Welt stetig und beträchtlich zunehmen sehen, ist in Deutschland noch immer weiten jüdischen Kreisen vom Zionismus nicht viel mehr als der Name bekannt." Kann Herr A. da widersprechen? Der Angelpunkt meiner Betrachtungen ist nicht das Fehlen, sondern das langsame Tempo unserer Fortschritte; der aktive und passive Widerstand, dem wir auf Schritt und Tritt begegnen, das Widerstreben der deutschen Juden gegen unsere Idee. Und wer möchte in Abrede stellen, dass wir hier auffallend langsam vorwärts kommen, wie nirgends in den Ländern mit erheblicher jüdischer Bevölkerung! Dass wir auch in Deutschland an Boden gewinnen, seit dem 5. Kongress sogar merklich rascher als zuvor, das könnte ja nur ein blinder, fanatischer Pessimist bestreiten.

Pessimismus! Natürlich stehen auch die Anhänger einer grossen Bewegung ihr sehr verschiedenartig gegenüber: Die einen mit unbegrenzter Hoffnungsseligkeit und zweifelsfreiem Enthusiasmus, andere mit kühler Kritik und ruhigem Abwägen, einige mit retardierender Skepsis. Und alle drei Gruppen gehören zu einer jungen Bewegung, sichern ihr im Parallelogramm der Kräfte am ehesten den geraden Weg. Nimmermehr aber passt Pessimismus in eine ideale Strömung, die der Befreiung und Aufrichtigkeit dient, mancherlei Hoffen und Sehnen erfüllen will. Jedenfalls kann man auch aus meinem Aufsatz alles eher als Pessimismus herauslesen; es entspricht vielmehr einem durchaus ungebrochenen, ebenso kampfesfrohen wie siegesgewissen Optimismus, wenn ich zum Schlusse aus meinen Betrachtungen nun nicht die Berechtigung zur Mutlosigkeit und Untätigkeit folgere, sondern im Gegenteil darauf hinweise, dass der Erkenntnis ungewöhnlicher Schwierigkeiten ein besonderer Sporn zu deren Ueberwindung innewohne, dass vermehrten Hemmnissen auch erhöhter Eifer entsprechen müsse und diesem eine besonders köstliche Frucht winke: Die deutschen Juden, wenn sie auch langsamer als andre unsrer Idee zu gewinnen seien, würden dereinst unsere vorzüglichsten Kerntruppen bilden!

Also unnötige Sorgen um mich, verehrter Herr Auerbach! Weder bin ich Pessimist, noch viel weniger habe ich die trüben Nebel des Pessimismus um mich verbreiten wollen. Leitende Absicht bei Niederschreibung meines Artikels war die Klarstellung der einzelnen Momente, die zusammenwirken bei der von ausserdeutschen Zionisten so oft mit vorwurfsvollem Kopfschütteln, von deutschen Genossen mit Unmut oder Verzweiflung konstatierten Erscheinung: Dass das deutsche Judentum, das in der ideellen Entwicklung der Juden Jahrhunderte hindurch eine führende Rolle gehabt hat, gerade im Zuge des Zionismus so weit zurückbleibt. Zu dieser Analyse reizte mich ebenso sehr ein abstrakt psychologisches wie ein praktisch organisiertes Interesse.

Gewiss masse ich mir nicht an, in Fragen der Völkerpsychologie mehr als unmassgebliche, ganz subjektive Meinungen zu produzieren. Ich lege auch keinen besonderen Wert darauf, dass ich für meine Parallele zwischen deutschem und jüdischem Volkscharakter nachträglich in Heine einen Eideshelfer fand, da dieser allzu sehr von flüchtigen Stimmungen und Sentiments beeinflusst war. Dagegen möchte ich Herrn A. auf die Nordau'sche Rede „Der Zionismus und seine Gegner" hinweisen, wie ich denn überhaupt bei Aufstellung jener Parallele wohl von Reminiscenzen an diesen Vortrag unbewusst geleitet war. Gegenüber einem geistvollen Analytiker wie Nordau dürfte Herr A. doch nicht „so rasch fertig mit dem Wort" sein! Ich habe nun gerade in den mancherlei Aehnlichkeiten des deutschen und

Zu Gast bei „Milo“

Ein Besuch in einem Berliner koscheren „fleischigen“ Restaurant

Das Restaurant „Milo“ im jüdischen Bildungszentrum Chabad-Lubawitsch in Berin-Wilmersdorf.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Eigentlich ist das jüdische Leben in Berlin aus Sicht der orthodoxen Juden im Vergleich zu der Situation in anderen Städten Deutschlands ziemlich gut: es gibt mehrere orthodoxe Synagogen verschiedener Ausrichtungen, mehrere Mikwaot, koschere Supermärkte, jüdische Schulen und Kindergärten. Solch eine Vielfalt kann keine andere Stadt in diesem Land vorweisen.

Wenn es jedoch um koschere Restaurants oder Cafés geht, sieht es nicht so rosig aus. In dieser Stadt mit einer relativ großen jüdischen Gemeinde und vielen jüdischen Touristen aus aller Welt, gibt es (nach der Schließung des Restaurants „Gabriel“ im Gemeindehaus Fasanenstraße vor mehreren Jahren) nur ein einziges koscheres „fleischiges“ Restaurant: Das „Milo“.

Gerade deshalb, weil diese Gaststätte die einzige ihrer Art in Berlin ist, lohnt es sich sie näher kennenzulernen: Das Restaurant „Milo“ befindet sich im Beit Chabad in der Münsterschen Straße 6 und ist bereits seit mehr als 5 Jahren in Betrieb.

Hinter dem ungewöhnlichen Namen steckt eine spannende Geschichte: der Großvater des Shmuel Zach, des Besitzers dieses Restaurants, hieß ebenfalls Shmuel mit Vornamen und lebte vor dem Krieg in Berlin. In den Dreißigern hat er rechtzeitig erkannt, woher bzw. wohin der neue Wind in Deutschland weht, nahm seine Familie und floh nach Palästina.

Dort eröffnete er in Jerusalem ein „Berliner“ Café mit dem Namen „Alaska“, das schnell berühmt wurde. Als sein Enkel nach vielen Jahren nach Deutschland kam und in der Heimat seines Großvaters eine Gaststätte öffnete, benannte er sie nach ihm („Milo“ ist der Diminutiv von Samuel).

Auch wenn dieses Restaurant keine Konkurrenz in Berlin hat, so versucht Herr Zach, der gleichzeitig auch Chef-Koch ist, doch ein hohes Niveau zu halten und für guten Service zu sorgen.

Schon die Reservierung eines Platzes im Restaurant übers Internet sorgt für gute Laune: die Internet-Seite der Gaststätte ist sehr übersichtlich, die Reservierungs-Form ist einfach und der ganze Vorgang dauert nur wenige Minuten. Anschließend bekommt man sofort die Bestätigung per Email mit einer guten Beschreibung des Standortes. Außerdem wird dem Gast die Möglichkeit gegeben die Leitung des Lokals per Email oder telefonisch zu kontaktieren.

Das Restaurant selbst, das sich im 1. OG des Chabad-Hauses befindet, ist nicht groß, aber sehr gemütlich. Zur angenehmen Beleuchtung passt leise israelische Hintergrund-Musik.

Die Portionen sind großzügig, so dass man schon mit ein paar Scheiben Brot, Suppe und Vorspeise satt werden kann. Jedoch bietet das „Milo“ natürlich noch viel mehr und schon beim Lesen der Speisekarte bekommt man Appetit. Auch die Preise sind für die örtlichen Verhältnisse angemessen: ein gutes Mittagessen mit drei Gängen kann man für etwa 40 Euro genießen.

Herr Zach, der vor einem Jahr noch einen erfahrenen Chef-Koch in sein Team geholt hat, ist sehr freundlich und man merkt ihm sofort an, dass dieses Restaurant sein Herzensprojekt ist.

Nur von den täglichen Besuchern alleine würde die Gaststätte jedoch nicht überleben können. Im heutigen Deutschland kann es sich praktisch keine jüdische Einrichtung erlauben,

sich einfach in einem Gebäude auf offener Straße ohne Bewachung zu niederlassen. Deshalb können jüdische Restaurants und Cafés fast ausschließlich in bewachten Gemeindezentren und Synagogen existieren, denn die Kosten für eigene Sicherheitsleute würden das betriebswirtschaftliche Aus bedeuten.

So befindet sich auch das „Milo“ im gutgeschützten Chabad-Haus unter ständiger Bewachung durch Polizei und eine Sicherheitsfirma. Die Kehrseite dieses „Luxus“ ist, dass das Lokal von der Straße nicht zu sehen ist und daher kein Kunde spontan vorbeikommt. Das gleiche Problem haben übrigens auch andere koschere Restaurants in einigen deutschen Großstädten: alle befinden sich entweder in Gemeindezentren oder in deren unmittelbaren Nähe.

Deshalb ist die Wirtschaft auf Catering-Dienstleistungen, Kidduschim am Schabbat und Veranstaltungen angewiesen. Zum Glück ist in der Berliner Chabad-Gemeinde immer etwas los: Im „Milo“ werden gelegentlich Bar/Bat Mitzwot, Beschneidungen, Opschernische, und manchmal sogar Geburtstage gefeiert. In fünf Jahren seines Bestehens hat „Milo“ außerdem geholfen fünf große Hochzeiten zu feiern – worauf Reb Shmuel sehr stolz ist.

Es ist ein wenig betrüblich, aber der häufigste „Anlass“, der im Restaurant veranstaltet wird, ist „Seudat Hawra'a“ – eine Kondolenz-Mahlzeit für die Trauernden. Besonders unter russischsprachigen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion wird dieser Brauch sehr geachtet und eine große Mahlzeit für alle Verwandten und Bekannten hergerichtet.

„Seudat Hawra'a“ ist gleichzeitig auch die anspruchsvollste Veranstaltung für die Mitarbeiter des Restaurants: es passiert immer plötzlich, so dass man kaum im voraus planen kann und innerhalb von nur ein bis zwei Tagen muss alles vorbereitet werden muss. Oft kommen zu diesem Anlass auch die Gäste, die normalerweise in angesagten und teureren nicht-koscheren Restaurants essen, und die man kaum noch beeindrucken kann. Deshalb müssen Köche und andere Mitarbeiter bei diesen Seudot oft über sich hinauswachsen, um den hohen Erwartungen gerecht zu werden.

Solche Simches ziehen normalerweise viele Gäste an und die würden in den kleinen Saal des Restaurants, der für 40-50 Plätze ausgelegt ist, nicht hineinpassen. Dafür gibt es einen Festsaal im 2. OG des Gebäudes, wo bis zu 170 Gäste Platz finden können.

Auch „nach außen“ wird geliefert. Jüdische Touristen, die koscher essen möchten, können sich die Speisen aus dem „Milo“ zu ihrem Hotel überall in Berlin und Umgebung liefern lassen. Es muss keine große Gruppe sein, auch schon für eine einzige Person wird geliefert.

Auch am Schabbat und während der jüdischen Feiertagen ist das Restaurant geöffnet. Jeden Freitagabend gibt es einen kleinen Kiddusch für 40 bis 50 Personen im Restaurant selbst und am Schabbatmittag gibt es einen größeren Kiddusch für ca. 100 Personen im Festsaal. Für diese Kidduschim kommen die Baalej Batim der Chabad-Gemeinde auf. Auch die Gäste der Stadt können sich für die Schabbat- und Jom Tov-Seudot anmelden und vorausbezahlen, und damit ein echtes „Oneg“ haben.

Natürlich werden beim Betrieb am Schabbat und am Jovim Tovim die strengen Anforderungen des jüdischen Gesetzes eingehalten: der Schaliach des Ljubawitschen Rebben in Berlin, Rabbi Yehuda Teichtal, der das Kaschrut-Zertifikat für das Restaurant vergibt, ist sehr strikt und passt sorgfältig auf, dass der Kaschrut im „Milo“ den höchsten Standards entspricht.

Man könnte denken, dass die Besitzer des „Milo“ im Geld schwimmen: keine Konkurrenz außer bei den Caterings (in diesem Bereich gibt mehre gute Anbieter in Berlin), und die vielen Veranstaltungen sollten viel Geld einbringen. Jedoch ist das nicht der Fall: die Miete, die hohen Betriebskosten (gekocht wird nur mit Strom, was um ein Vielfaches teurer ist als das Kochen mit Gas) und die Kosten für Maschgiach (koschere Überwachung) sind immens.

Trotzdem ist Herr Zach optimistisch und möchte weiterhin den Service ausbauen und es den Kunden noch bequemer machen: zurzeit wird an einer App

gearbeitet, die die Bestellungen und die Reservierungen noch einfacher und schneller machen würde.

Wenn die nichtjüdischen Journalisten vorbeikommen, um über das koschere Essen zu schreiben, sind sie oft ungläubig: ist es tatsächlich möglich mit solch einer beschränkten Auswahl an Lebensmitteln und bei diesen sehr spezifischen Anforderungen an den Kochprozess (keine Milch, keine Butter) schöne und leckere Gerichte anzubieten? Jedoch gelingt es Herrn Zach und seinen Mitarbeitern immer wieder die Skeptiker zu überzeugen: koscheres Essen kann auch in einem Restaurant lecker und schmackhaft sein.

Der beste Weg das zu prüfen, ist natürlich ein Besuch beim „Milo“ selbst: wer einmal dort gegessen hat, wird höchstwahrscheinlich gerne wiederkommen.

MILO Restaurant
Münstersche Straße 6
10709 Berlin
(Chabad-Zentrum
Berlin-Wilmersdorf)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Für 10 Euro ans Rote Meer

Eilat ist zurück auf Israels Tourismuskarte

Blick über die Küste von Eilat.

Von Aron Kamphausen

Eine persönliche Anmerkung vorab: Die Reaktionen auf meinen Beitrag über die Anreise nach Eilat und die 10-Euro-Flüge waren recht unterschiedlich. Neben vielen Danksagungen und Emails bekam ich leider auch einige, für mich unangenehme Meldungen. Hier war dann von „Unseriösität“ über „Fake“ bis hin zur „Lüge“ die Rede. Aus diesem Grund schreibe ich nun diesen Beitrag, um die Hintergründe ein wenig zu beleuchten.

Warum Israel Flüge nach Eilat unterstützt

Als die „Operation Schutzrand“, der Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen, im August 2014 zu Ende ging, lag die Tourismusbranche der Stadt Eilat fast darnieder. Dabei spielte die unsägliche Berichterstattung der westlichen Medien eine wesentliche Rolle. Beeinflusst von dieser einseitigen Medienhysterie stornierten viele Urlauber ihre Reise nach Israel und somit auch nach Eilat. In der Folge setzten internationale Fluggesellschaften ihre Flüge nach Israel aus. Touristen brachen ihren Urlaub aus Sicherheitsbedenken ab oder flogen vorzeitig zurück.

Für die israelische Ferienhauptstadt Eilat am Roten Meer war dies eine Katastrophe. Schließlich sank die Zahl der Urlauber in der Wintersaison 2014/2015 um 68 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum!

Der Staat Israel musste handeln

Letztendlich reagierte der Staat Israel. Tourismusminister Yariv Levin übernahm daher eine Maßnahme, die bereits viele andere Ländern anwenden, darunter viele Staaten, die im direkten touristischen Wettbewerb mit Israel stehen: Nämlich die Zahlung eines Zuschusses an die Fluggesellschaft, die einen Fluggast nach Eilat (Ovda) befördert, in Höhe von 45 Euro. Die Eilat-Hotel-Vereinigung schloss sich ebenfalls dieser Maßnahme an und bezahlt weitere 15 Euro je Urlauber. Weiterhin sorgt eine kostenlose Nutzung der Landebahn für eine zusätzliche Kostenersparnis.

Ryanair und Wizz Air sprangen auf den Zug auf und flogen direkt nach Eilat (Ovda). Die Zahl der Touristenankünfte erholte sich und in diesem Jahr (2017/2018) erwartet Israel dank dieser Maßnahmen mehr als 150.000 Menschen in Ovda. – Selbst in der Blütezeit des israelischen Eilat-Tourismus konnte von diesen Zahlen nur geträumt werden!

In der Saison „2017/2018 fliegen wöchentlich 60 Flüge von internationalen Fluggesellschaften nach Ovda. Das Ministerium für Tourismus hat die Subventionen noch bis Mai 2018 verlängert.

Flüge für 5 Euro von Deutschland nach Eilat sind die Folge

Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass teilweise Flüge für nur 5 Euro von Deutschland nach Eilat angeboten wurden. Letztendlich liegen heute (Stand: Anfang November 2017) die günstigsten Flieger bei ca. 10 Euro je Passagier.

Israel kann Kriege gewinnen, aber nie ohne Verluste

Jede erfolgreiche Verteidigung Israels gegen einen kriegerischen Angriff hat schwerwiegende Folgen. Letztendlich sind die wirtschaftlichen Einbußen im Tourismus eine davon. Nicht nur aus diesem Grund ist Israel an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten interessiert. Ein Schild am Nordstrand sollte für alle Nachbarn des Heiligen Landes eine Botschaft sein: Go in Peace!

„Eilat ist nach seiner fast vollständigen Tilgung auf der Welttourismuskarte zurück“

(Yariv Levin, israelischer Tourismusminister)

Kampfkunstschule Mikoyan

Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend.
Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger.
Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.
Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.
Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.
Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichtsatmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.
Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.
Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.

Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de

KAMPF KUNST SCHULE MIKOYAN

Lichtige und … ölige Chanukka

Warum am Chanukka Pfannkuchen gegessen werden und welche Bräuche rund um dieses Fest noch entstanden sind

Von Rabbiner Elischa Portnoy

MENAHEM KAHANA, AFP

Eine Familie beim Entzünden der Chanukka-Lichter.

Es gibt einen bekannten Witz über die jüdischen Feiertage: „Die Zusammenfassung alle jüdischer Feste würde lautet: unsere Feinde wollten uns vernichten, wir haben sie besiegt, lass uns essen!“

Und tatsächlich sind unsere Feiertage fest mit dem Essen verbunden: Matza am Pessach, Käsekuchen am Schawuot, Apfel, Honig und gefilter Fisch am Rosch Haschana, Wein am Purim sind untrennbar mit diesem Festen assoziiert.

Und natürlich Chanukka! Auch wenn man während des Jahres Latkes (Kartoffelpuffer) oder Sufganijot (Berliner Pfannkuchen) isst, denkt man unfreiwillig an Chanukka. Denn auch diese Gerichte stehen sinnbildlich für dieses Winter-Fest.

Doch warum ausgerechnet Latkes und Sufganijot, und warum gerade am Chanukka? Welche Bräuche sind im Laufe der Geschichte in Verbindung mit diesem Feiertag noch entstanden? Und wie unterscheidet sich das Feiern von heute, von dem, was unsere Weisen bei der Einführung dieses Festes vorhatten?

Wenn man den bekanntesten jüdischen Gesetzkodex „Schulchan Aruch“ liest, der im 16.Jahrhundert von Rabbi Josef Karo (1488-1575, Safed) verfasst wurde, dann wird man überrascht feststellen, dass unsere Weisen für das Chanukka-Fest überhaupt kein Essen vorgesehen hatten!

Schon im 1. Paragraphen des 670. Kapitels, das über die Gesetze von Chanukka spricht, schreibt der Verfasser, dass eine festliche Mahlzeit am Chanukka keine Pflicht sei, jedoch freiwillig eingenommen werden darf. Wenn man mit der Geschichte des Festes ein wenig vertraut ist, so fragt man sich gleich, warum hier eine solche Mahlzeit keine Pflicht ist.

Denn für den vergleichbaren Feiertag Purim, der ja ebenfalls nicht aus der Thora stammt, sondern von unseren Weisen vor mehr als 2.500 Jahren eingeführt wurde, ist ja von diesen Weisen auch eine große und freudige Mahlzeit geboten. Warum also nicht auch zu Chanukka?

Der berühmte Rabbiner des 20. Jahrhunderts, Rabbi Israel Meir haKohen („Chofetz Chaim“, 1839-1933, Radin) erklärt in seinem bekannten Kommentar zu „Schulchan Aruch“ den Grund dafür: Während der Purim-Geschichte gab es durch Dekret von Haman die Gefahr einer totalen Vernichtung des jüdischen Volkes. Das Ziel des Antisemiten Haman war es alle Juden zu vernichten, egal ob sie ihren Glauben behalten oder nicht. Beim Kampf gegen Haman ging es also um die physische Existenz unseres Volkes.

Bei der Chanukka-Geschichte ist es jedoch komplett anders: die antiken Griechen, die das Land Israel in dieser Zeit besetzt hielten, hatten nichts gegen die Juden an sich und wollten das jüdische Volk auch nicht ermorden. Worum es ihnen ging, war die jüdische Religion (Monotheismus). Hätten die Juden ihren Glauben aufgegeben, hätte die Verfolgung seitens der Griechen aufgehört. Hier gab es keine physische, sondern vor allem eine geistliche Gefahr.

Und dort, wo es um das existenzielle Überleben geht (Purim), haben unsere Weisen auch „physisches“ Feiern mit Wein und Fleisch angeordnet.

Im Fall des „spirituellen“ Triumphes jedoch wäre das Essen beim Feiern einfach unnötig: man ist schließlich auf andere Dinge fokussiert, wie z.B. das Entzünden von Lichtern zu Chanukka.

Aber warum essen heutzutage sogar die frömmsten Juden Latkes und Sufganijot am Chanukka?

Den Grund dafür finden wir im gleichem Kapitel von „Schulchan Aruch“: Rabbi Mosche Isserles (Ramo) aus Krakau merkt an, dass es unter unseren Weisen einige gibt, die meinen, dass sehr wohl auch am Chanukka eine schöne Mahlzeit geboten ist.

Für jede Meinung unseren Weisen gibt es gute Gründe, und auch für diese Idee gibt es einen ziemlich interessanten Grund, der wiederum in der „Mischna Brurah“ offenbart wird: in der Thora, im 2. Buch Moses wird erzählt, dass G’tt Mosche befohlen hat, eine Mischkan (einen mobilen Tempel) zu bauen. Dieser Befehl wurde am 11. Tischrej (nach jüdischem Kalender) gegeben und schon in knapp zweieinhalb Monaten zum 25. Kislew wurde der Mischkan fertiggebaut. Jedoch sagte G’tt, dass man mit der Einweihung der Mischkan bis 1. Nisan warten soll. Die Überlieferung besagt, dass der Monat Kislew deswegen traurig wurde und vor G’tt klagte, dass er sich deswegen benachteiligt fühlt: warum soll dieser Monat so ein Verdienst verlieren? G’tt hatte seinen Einspruch akzeptiert und dem Kislew versprochen, dass er in Zukunft ein Fest bekommen wird (was mit Chanukka tatsächlich erfüllt wurde). Jedoch sagen unsere Weisen, dass die Tatsache, dass die Mischkan im Kislew fertig gebaut wurde, schon ein Grund ist, um eine Seuda (festliche Mahlzeit) zu veranstalten.

Wenn also das Essen am Chanukka doch seinen Platz hat – was soll dann gegessen werden?

Ramo merkt an, dass es den Brauch gibt Speisen mit Öl zu essen, um an das Wunder mit dem acht Tage lang brennenden Öl in der Menora des Tempels zu erinnern. Deshalb sind Latkes und Pfannkuchen, die mit viel Öl gebraten werden, sehr gut dafür geeignet.

Außerdem schreibt Ramo, dass es einen weiteren Brauch bzgl. des Essens gibt: es ist passend am Chanukka Käse zu essen, was auch einen – ziemlich dramatischen – Grund hat.

Jedoch haben wir am Chanukka auch Bräuche, die nichts mit Essen zu tun haben.

Nicht alle wissen, dass selbst die Art und Weise, wie wir heutzutage die Chanukka-Lichter zünden, eigentlich ein Brauch ist. Unsere Weisen haben, als sie das Chanukka-Fest einführten, verordnet, dass während der acht Nächte des Festes mindestens eine Leuchte angezündet wird. Jedoch wird in unserer Zeit mehr gezündet: in der ersten Nacht eine Kerze, in der zweiten Nacht zwei Kerzen und so weiter, bis am achten Tage acht Kerzen angezündet werden. In der Halacha wird diese Herangehensweise „Mehadrin min haMedrin“ (perfekte Ausführung) genannt, jedoch zünden jetzt alle Menschen die Kerzen auf diese perfekte Weise an, und nicht wie früher nur wenige sehr fromme Menschen.

Ein anderer bekannter Brauch ist das „Chanukka-Geld“, das vor allem bei Kindern sehr beliebt ist: Kinder bekommen am Chanukka von ihren Eltern ein wenig Geld geschenkt (und die ganz Kleinen bekommen Schoko-Geld). Es wäre gut die Kinder dazu anzuregen ein Teil dieses Geldes für wohltätige Zwecke zu spenden.

Das Geld wurde am Chanukka auch schon mal zum Problem: Im Mittelalter verbreiten sich in den jüdischen Gemeinden in Europa überraschend Kartenspiele, die aus irgendeinem Grund gerade während Chanukka gespielt wurden. Die Rabbonim haben gegen diesen wohl Brauch gekämpft: Erstens kann man die Zeit für bessere Zwecke verwenden, wie z. B. für das Thora-Lernen oder für die Zeit mit der Familie, und zweitens konnten solche Spiele schnell süchtig machen und viel Geld kosten.

Auch die Frauen wurden nicht vergessen:

Rabbi Josef Karo schreibt, dass es eigentlich erlaubt ist an Chanukka zu arbeiten (im Gegensatz zu den Feiertagen der Thora). Es gibt jedoch einen Brauch, dass die Frauen, solange die Chanukka-Lichter brennen, nicht arbeiten. Der Grund dafür wird wiederum in der „Mischna Brurah“ erklärt: Auch die Frauen haben zum Sieg über die Besatzer entscheidend beigetragen und das soll anerkannt werden. Bemerkenswert ist die Anmerkung von Chofetz Chaim, dass in einigen Gemeinden dieser eigentlich sehr positive Brauch dazu geführt hat, dass die Frauen den ganzen Tag nicht gearbeitet haben! In diesem Fall protestieren unsere Weisen dagegen: das ist zuviel und Nichtstun bringt nichts Gutes. Jedoch sollten die Frauen mindestens eine halbe Stunde, während die Kerzen brennen, die Arbeit niederlegen, auch wenn sie unbedingt arbeiten wollen.

Vielleicht sollten die Frauen diese halbe Stunde nicht nur zur Erholung nutzen, sondern (oft selbstgemachte) Latkes und Sufganijot einfach genießen: bis zum nächsten Feiertag Purim gibt es reichlich Zeit um abzunehmen und sich fürs nächste festliche Essen vorzubereiten.

„Herschel und die Channukka-Kobolde“

Von Ulrike Stockmann

Kinderbücher sind kein leichtes Unterfangen. Es braucht zunächst einmal eine spannende, mitreißende Geschichte und schöne Illustrationen. Darüber hinaus freuen sich besonders die Eltern darüber, wenn ihre Kleinen bei der Lektüre auch etwas lernen können.

„Herschel und die Channukka-Kobolde“ von Eric A. Kimmel ist in diesem Sinne ein außerordentlich gelungenes Kinderbuch.

Die phantasievolle Geschichte dreht sich um eine Neuinterpretation der Figur des Herschel von Ostropol. Laut Überlieferung handelt es sich hierbei um einen jüdischen Spaßmacher und Komiker, der zwischen ca. 1750 und 1800 gelebt haben soll. Längere Zeit hielt er sich wohl in der Stadt Ostropol (heutige Ukraine) auf. Später zog er in Till-Eulenspiegel-Manier durch die Lande, spielte gerne Streiche und gab seine Abenteuer in Wirtshäusern zum Besten.

Im Buch stößt Herschel bei seinen Wanderungen auf eine Dorfgemeinde, die von bösen Kobolden heimgesucht wird. Diese verderben den Bewohnern ihr Channukka, indem sie verhindern, dass die Channukkias brennen können.

Kurzerhand beschließt Herschel, den Dorfleuten zu helfen und die Kobolde zu vertreiben. Die unseligen Kreaturen hausen ausgerechnet in einer alten Synagoge. Hier muss Herschel nun acht abenteuerliche Nächte verbringen, um mit allerlei Tricks und Kniffen den Widersachern den Garaus zu machen. Wird er es schaffen, den Dorfbewohnern ihr Channukka-Licht wiederzubringen?

Das Buch ist im englischsprachigen Original bereits 1989 erstmalig erschienen. Der amerikanisch-jüdische Kinderbuchautor Eric A. Kimmel (* 1946) hatte sich zum Ziel gesetzt, eine jüdische Version der berühmten „Weihnachtsgeschichte“ von Charles Dickens zu schreiben.

Das Ergebnis wurde die zauberhafte Erzählung von „Herschel und die Channukka-Kobolde“, die neben der Dickens-Hommage leise Anklänge an die Märchen „Das tapfere Schneiderlein“ und „Rumpelstilzchen“ aufweist.

Eric A. Kimmel geriet aus dem Häuschen, als die bekannte Kinderbuch-Illustratorin Trina Schart Hyman (1939-2004) sich bereit erklärte, seine Geschichte zu bebildern. Ihre liebevollen Zeichnungen sind eine ideale Ergänzung zum Text. Dank ihres realistischen Anspruchs scheinen sie die Handlung ins 19. Jahrhundert zu versetzen – genau in jene Zeit also, in der die Geschichten um Herschel populär wurden. Nicht zuletzt hat Hyman für dieses Buch schaurig-schöne Koboldmonster entworfen.

Es macht Spaß, die sorgfältigen Illustrationen beim Lesen zu betrachten und ihre vielen Details zu entdecken.

Sowohl Autor als auch Zeichnerin wurden für „Herschel und die Channukka-Kobolde“ mit dem renommierten „Caldecott-Preis“ ausgezeichnet, Kimmel erhielt sogar den „Caldecott-Ehrenpreis“.

Der engagierten Verlegerin, Journalistin, Autorin und Filmemacherin Myriam Halberstam ist es zu verdanken, dass nun endlich eine deutsche Übersetzung dieses bezaubernden Buches vorliegt.

Seit 2010 leitet sie Deutschlands ersten jüdischen Kinderbuchverlag mit Sitz in Berlin. Ihr Programm bietet spielerisch-pädagogische Bücher rund ums Judentum und ist ausdrücklich darauf ausgerichtet auch ein nicht-jüdisches Lesepublikum zu erreichen.

Falls Sie also noch ein Geschenk für ein Kind zwischen ungefähr 6 und 9 Jahren suchen – sei es nun zu Channukka oder zu Weihnachten – haben wir Sie vielleicht auf eine gute Idee gebracht.

Und noch ein kleiner Tipp: Auch Erwachsene lesen zuweilen gerne Bilderbücher.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 50** • per Fax (auch Anrufbeantworter): **(030) 23 32 88 60**
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von
☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✕ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau